

Politik der Prävention unvorsichtig – riskant – widersprüchlich

Günter Pabst

Die Tür war immer offen ... Zum Tod von Christa Sonnenfeld (1945-2015)

Helga Cremer-Schäfer

Über die Produktivität der „frühen Kritik“ von Prävention als Denkweise und Politik

Christa Sonnenfeld (1945-2015)

Gesundheit durch Selbstkontrolle

Nicoletta Rapetti

Ganzheitlichkeit oder Totalität? Absurde Überlegungen zu einer präventiven Sozialen Arbeit im Gesundheitswesen

Manfred Kappeler

Prävention als Verhinderung selbstbestimmten Lebens in der Gegenwart im Namen der Zukunft

Julia König

Wer jagt wen 'um der Kinder willen'? Das Präventionsparadigma als Folie für gesellschaftliche Kämpfe um Sexualität

Christian Lüders & Manfred Kappeler

Abschaffen oder seinen ideologisch-technokratischen Gebrauch verhindern? Eine Kontroverse über den Begriff „Prävention“, seine Bedeutungen und Wirkungen

Forum

Sebastian Schneider

Grenzen der Partizipation heute: Objektivierung, affirmative Wendung und die Ambivalenz von Ermächtigung und Unterwerfung Grenzen der Partizipation heute



Widersprüche

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

36. Jahrgang, März 2016

Herausgegeben vom Widersprüche e.V.

Verein für kritische Analyse und Bildung im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich

Redaktion: Manfred Kappeler, Friedel Schütte (Berlin); Christof Beckmann, Holger Ziegler (Bielefeld); Henning Schmidt-Semisch (Bremen); Friedemann Affolderbach, Uwe Hirschfeld (Dresden); Fabian Kessl (Essen); Karl August Chassé, Helga Cremer-Schäfer, Kirsten Huckenbeck (Frankfurt); Frank Düchting, Timm Kunstreich (Vi.S.d.P.), Annita Kalpaka, Michael Lindenberg, Tilman Lutz, Barbara Rose, Wolfgang Völker, Heiner Zillmer (Hamburg); Dietlinde Gipsier (Hannover); Ellen Bareis, Thomas Wagner, Kerstin Herzog (Ludwigshafen); Joachim Weber (Mannheim); Maria Bitzan, Eberhard Bolay (Reutlingen); Günter Pabst (Schwalbach/Ts.); Holger Adam, Michael May, Arne Schäfer (Wiesbaden); Gertrud Oelerich, Andreas Schaarschuch, Heinz Sünker (Wuppertal).

Die Schwerpunkte der nächsten Nummern sind:

Widersprüche 140 Politik des Sozialen und Religion – Ein ambivalentes Verhältnis
(Juni 2016)

Widersprüche 141 Pädagogik des Sozialen – ein Schritt zu Demokratie als Lebensform
(September 2016)

Widersprüche 142 Flucht – Provokationen und Regulationen
(Dezember 2016)

Die **Widersprüche** erscheinen regelmäßig mit vier Nummern im Jahr mit einem Gesamtumfang von mindestens 520 Seiten. Einzelheft € 15,00. Jahresabonnement € 42,00; StudentInnenabonnement (Studienbescheinigung beilegen) € 27,00; Preise jeweils zzgl. Versand. Das Abonnement kann mit einer Frist von acht Wochen zum Jahresende schriftlich gekündigt werden.

Hinweis der Redaktion: Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Manuskripte zur Veröffentlichung nimmt die Redaktion gerne entgegen. Für eingesandtes Material wird keine Haftung übernommen.

Redaktionsadresse: Widersprüche, Nicoletta Rapetti c/o Redaktion express/AFP e.V., Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a.M., Tel.: (0 69) 67 99 84, E-Mail: widersprueche@gmx.de

Verlagsadresse: Verlag Westfälisches Dampfboot, Hafenweg 26a, 48155 Münster, Tel.: (02 51) 39 00 48-0, FAX (02 51) 39 00 48 50, E-Mail: info@dampfboot-verlag.de, Internet: <http://www.dampfboot-verlag.de>

Vertrieb an Einzelkunden: Germinal GmbH, Siemensstr. 16, D-35463 Fernwald, Tel.: +49 (0) 641 / 4 17 00, E-Mail: bestellservice@germinal.de

Vertrieb an Institutionen/Buchhandlungen: Prolit Verlagsauslieferung, Siemensstr. 16, D-35463 Fernwald, Tel.: +49 (0) 641 / 9 43 93 33, Fax: +49 (0) 641 / 9 43 93 39, E-Mail: R.Eckert@prolit.de

© 2016 Verlag Westfälisches Dampfboot. Alle Rechte, auch das der Übersetzung vorbehalten
Druck und Bindung: Rosch-Buch Druckerei GmbH, Scheßlitz
Dieser Ausgabe liegen Prospekte des „Informationszentrum Dritte Welt“, des „VSA: Verlag Hamburg GmbH“ sowie des „Verlag Westfälisches Dampfboot“ bei.

ISSN 0721-8834 ISBN 978-3-89691-999-1

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

Widersprüche

139



Knochenbrüche
Z'sammenbrüche
Bibelsprüche
Lehrerflüche
Mutters Küche
sind 'ne Menge
Widersprüche
(Volsmund)

Politik der Prävention unvorsichtig – riskant – widersprüchlich

Zu diesem Heft.....3

Günter Pabst

Die Tür war immer offen ... Zum Tod von Christa Sonnenfeld (1945-2015)7

Schwerpunkt

Helga Cremer-Schäfer

Über die Produktivität der „frühen Kritik“ von Prävention als Denkweise
und Politik..... 11

Christa Sonnenfeld (1945-2015)

Gesundheit durch Selbstkontrolle..... 25

Nicoletta Rapetti

Ganzheitlichkeit oder Totalität? Absurde Überlegungen zu einer
präventiven Sozialen Arbeit im Gesundheitswesen 37

Manfred Kappeler

Prävention als Verhinderung selbstbestimmten Lebens in der Gegenwart
im Namen der Zukunft 53

Julia König

Wer jagt wen 'um der Kinder willen'? Das Präventionsparadigma als Folie für gesellschaftliche Kämpfe um Sexualität 71

Christian Lüders & Manfred Kappeler

Abschaffen oder seinen ideologisch-technokratischen Gebrauch verhindern? Eine Kontroverse über den Begriff „Prävention“, seine Bedeutungen und Wirkungen. 87

Forum

Sebastian Schneider

Grenzen der Partizipation heute: Objektivierung, affirmative Wendung und die Ambivalenz von Ermächtigung und Unterwerfung Grenzen der Partizipation heute 113

Rezensionen

Michael May

Tief in Foucaults Werkzeugkiste gegriffen
Über: *Marc Diebäcker 2014: Soziale Arbeit als staatliche Praxis im städtischen Raum* 127

Kritische Soziale Arbeit: Eingriffe und Positionen

Kampagne „AufRecht bestehen!“

Strafen bei Hartz IV: Wem nützt es, wenn andere ins Elend gestürzt werden?.. 137

Bildnachweise

Fotos im Innenteil: © Walburga Freitag, Bielefeld

Zu diesem Heft

„Prävention“ hat sich in einem sehr materiellen Sinn durchgesetzt: als Prävention von Angst, von Ausländerkriminalität, von Gewalt und Kinderdelinquenz, von Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit, von sexuellem Missbrauch, von Vernachlässigung und Verwahrlosung, von Rechtsextremismus und islamistischer Radikalisierung, von Vorurteilen und Hass, von Unterrichtsstörungen und Handy-Diebstahl und burn out. Präventions-Programme und -Maßnahmen wurden zu einem weiten Feld von organisierter Wissensproduktion und -verwertung, Präventionsketten, Präventionstage, Präventionsnetzwerke und Präventionsforen werden organisiert und verwaltet. Das Wort von der „Präventionslandschaft“ wird sowohl affirmativ wie kritisch gebraucht.

1987 veröffentlichten die WIDERSPRÜCHE das Heft 25 „Prävention und soziale Kontrolle“ und darin eine Analyse und Kritik der „Logik von Prävention“ von Wolfgang Völker. Selbst in der Konzeption von „struktureller“ Prävention, die in der Zukunft „Problemlagen“ von Leuten verhindern will, die der kapitalistischen Ökonomie oder den Rationalisierungen der Lebensweise geschuldet sind, beruht Prävention auf Machtvorgängen und institutionalisierter Herrschaft: „Eine bestimmte Zukunft, die als gewünscht betrachtet wird und herbeigeführt werden soll, schließt andere, widerstrebende Zukunftsentwürfe aus. Insofern ist jede Prävention *repressiv*“ (Völker 1987: 10). In der Gegenwart werden „Abweichler“ als Stör- und Risikofaktoren der Gegenwart identifiziert. Ihr Verhalten (instrumentell) zu steuern, beruht auf Macht und Wissen: Wissen über Instrumente und Technologien von (in-)direkter Verhaltenssteuerung, durch die ein erwünschtes Verhalten nicht nur mit, sondern auch gegen den Willen einer Person realisiert werden kann. Die Verfügung über diese Wissensformen und die Entscheidungsmacht liegen bei Institutionen und ihrem Personal. Die gewählte Zukunft ist die Zukunft der Interessenkompromisse, die Herrschende bereit sind zu ihrem Nutzen einzugehen. Daraus ergab sich für Wolfgang Völker die Einsicht: „Insofern ist jede Prävention *autoritär*“ (ebenda: 10): Bezieht sich Prävention auf komplexe menschliche Handlungsweisen, tendieren Interventionen in Lebensweisen zur unspezifischen Überwachung und einer sich ausweitenden Kontrolle in der Hand derer, die schon die Macht haben Norm(alität)en und „Abweichungen“ zu defi-

nieren. Weil notorische „nichtintendierte Nebenfolgen“ von modernisierenden Reformen mit „mehr desselben“ verhütet werden, befördert „mehr Prävention“ im sozialen Bereich eine „Tendenz totaler Kontrolle“ (ebenda: 10).

Sozialer Arbeit, die Präventionsmaximen und Vorstellungen von umfassender Machbarkeit eines befriedeten Sozialen folgen würde, prognostizierte Wolfgang Völker ihre absehbare Zukunft: „Würde die Praxis der Berufe im Sozial- und Gesundheitsbereich nach diesem Muster von Prävention gestaltet, wäre es an der Zeit, neue Namen für die Tätigkeit zu finden: Wie wäre es mit Risikodetektiv, Sozialingenieur, Lebensstilkontrolletti?“ (ebenda: 13). Als Konsequenz der Analyse hat er vorgeschlagen: „Es bleibt nur noch eines für eine Politik im Sozial- und Gesundheitsbereich, die sich Emanzipation auf ihre Fahnen geschrieben hat: Wir müssen der Prävention vorbeugen! (...) die Utopie „sozialer Sicherheit“ (als Voraussetzung für eine ‚selbstbestimmte Vergesellschaftung von unten‘) muss deswegen nicht aufgegeben werden.“ (ebenda: 14).

Betrachtet man die Entwicklung der „Präventionslandschaft“ seit den 1990er Jahren, wurde der Prävention mitnichten vorgebeugt. Die Institutionalisierung von Präventionsorientierung als eine der Strukturmaximen von Jugendhilfe – bekräftigt im 8. Jugendbericht als Prävention und Weg zum Ziel „lebenswerte, stabile Verhältnisse (zu schaffen), Verhältnisse also, die es nicht zu Konflikten und Krisen kommen lassen“ – hat nicht alleine als „Entgrenzung“ von Verhaltens-Prävention gewirkt, wohl aber als eine Bremse für radikale Kritik.

Zu den Beiträgen im Einzelnen

Nach längerer Pause diskutieren wir in diesem Heft die Widersprüche von Prävention – ausgehend von „alten“ Unternehmungen (wie Prävention von Gewalt & Kriminalität, Gesundheitsprävention) und „neuen“ Feldern (wie Kindheit und Sexualität). *Helga Cremer-Schäfer* leitet den thematischen Schwerpunkt des Hefes mit einer Darstellung der Produktivität der „frühen Kritik“ von Prävention ein. Sie interpretiert das in den 1980er Jahren verfügbare Wissen über (und nicht für) Prävention als „prognostische Hermeneutik“: im „fortgeschrittenen“ Heute die morgen möglichen Fortschritte der Herrschaftstechniken erkennen und damit Welt anders interpretieren als durch vorgegebene Fortschrittsmythen.

Für *Christa Sonnenfeld*, die im Dezember 2015 viel zu früh verstorben ist, hat *Günter Papst* mit einem Nachruf unsere Trauer ausgedrückt. Durch den Wiederabdruck ihres 1989 geschriebenen Beitrags über „Gesundheit durch Selbstkontrolle“ wollen wir durch ein Beispiel die Produktivität der „frühen Kritik“ von Prävention im Bereich Gesundheit konkretisieren.

Davon, dass es Prävention an sich nicht gibt, geht *Nicoletta Rapetti* in ihren Überlegungen zu einer präventiven Sozialen Arbeit im Gesundheitswesen aus. Sie analysiert die Verbindung zwischen Präventionslogik und ganzheitlichem Ansatz, um Widersprüchlichkeiten und gegenseitige Verstärkungen herauszuarbeiten. Im Rückgriff auf Albert Camus und den Begriff des Absurden stellt sie die Logik von Prävention der Frage nach Freiheit gegenüber.

Aufgrund technischer Probleme kann *Manfred Kappeler*s angekündigter zweiter Teil seines Beitrags aus dem vorigen Heft nicht erscheinen. Stattdessen untersucht er die Zeitdimensionen im Präventionsbegriff und stellt die These auf, dass Prävention in der Gegenwart, legitimiert mit „Gewissheiten“ aus der Vergangenheit, in die Zukunft projizierte Gefahren bekämpfen will. Prävention präjudiziert damit nicht nur den Zukunftshorizont der nachwachsenden Generationen – sie beeinträchtigt selbstbestimmtes Leben in der Gegenwart. Prävention ist ein tyrannisches Zeitregiment.

Julia König analysiert den Zusammenhang der Konjunktur von Präventionsaktivitäten mit der öffentlichen Diskreditierung einer Sexualpädagogik der Vielfalt und der Bestimmung von Pädosexualität als letzter Perversion, die zum Verschwinden gebracht werden müsse. Aus einer reflexiven psychoanalytischen und sexualwissenschaftlichen Perspektive ist es jedoch der präventive Blick, der verhindert, mit der strukturell immer wieder entstehenden erwachsenen Irritation über die kindliche Sexualität so umzugehen, dass sich die Anerkennung der Differenz zwischen kindlicher und erwachsener Sexualität bei Erwachsenen entwickelt und Projektionen (wie die einer auf das unschuldige Kind lauenden Bestie) ihre Notwendigkeit verlieren.

In einem Streitgespräch über Prävention schließlich kritisiert *Christian Lüders* die Position der Widersprüche als idealistisch, weil man zwar den Begriff dekonstruieren, ihn vielleicht sogar abschaffen könne, die Prävention als praktisches Handeln und als eine Struktur des Denkens in der Moderne aber nicht. *Manfred Kappeler* kritisiert die vom Deutschen Jugendinstitut vertretene Auffassung, man müsse eine „entgrenzte“ Prävention von ihren vielen problematischen Nebenwirkungen befreien um ihre positiven Wirkungen zur Geltung bringen zu können, als idealistisch, weil diese „Nebenwirkungen“ keine dem Begriff zugeschriebenen seien, sondern dem Begriff inhärent. Die dadurch hervorgerufenen Widersprüche können zwar durch Reflexion und Kritik bearbeitet, nicht aber aus der Welt geschafft werden.

Im Forum diskutiert *Sebastian Schneider* am Beispiel der Pädagogik Janus Korcaks Partizipation als Möglichkeit einer Bewegung im Prozess der Emanzipierung. Gegen diese Möglichkeit setzt er die gegenwärtigen Erfahrungen, dass im

Rahmen des Umbaus des Sozial- zum Workfare-Staat Partizipation auch Teil der Legitimation von autoritären Praktiken geworden ist. Partizipation kann daher nicht mehr eindeutig als Teil einer Bewegung vom Status als Objekt zu dem als Subjekt wohl aber widersprüchlich gedacht werden. Gegen affirmative Praktiken des Partizipieren-Lassens, stehe der Pädagogik der Modus der „reflexiven Kritik“ zur Verfügung.

Die Redaktion

Günter Pabst

Die Tür war immer offen ... Zum Tod von Christa Sonnenfeld (1945-2015)

Liebe Familie Sonnenfeld, liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen,

gestatten Sie mir ein paar Worte: Ich kenne Christa aus der Zeit im Sozialistischen Büro, im Komitee für Grundrechte und Demokratie und die letzten zehn Jahre im Institut für Sozialforschung. Die meisten von uns waren sehr überrascht, als sie von Christas Tod erfahren haben. Nun, sie war im Krankenhaus, aber wir rechneten doch mit ihrer Entlassung und ihrer Rückkehr ins Instituts-Archiv. Der beabsichtigte Telefonanruf und Besuch im Krankenhaus kam leider nicht mehr zustande. Es hat uns alle sehr getroffen und traurig gemacht, dass sie nun nicht mehr unter uns ist.

Christa ist im August 70 geworden. Sie ist an der Bergstraße aufgewachsen, hat nach dem Abitur Psychologie studiert und im Sommersemester 1972 ihre Diplomprüfung absolviert. Ihre Berufstätigkeit erstreckte sich auf verschiedene Felder der Sozialen Arbeit: Modellprojekt Erziehungshilfe, Erziehungsberatungsstelle, Pädagogische Leiterin in einem Kinderheim, Lehrbeauftragte an der Fachhochschule Frankfurt, Praxisforschung, wissenschaftliche Begleitung und Institutionenberatung, Durchführung einer empirischen Studie zum Bildungsbedarf inhaftierter Frauen, Mitarbeit im Frankfurter Arbeitslosenzentrum FALZ. Nebenbei dann noch 1991 die Promotion bei Heinz Steinert.

Parallel dazu setzte sie ihre hohen Qualifikationen für publizistische Tätigkeiten ein: Mitarbeit bei der Redaktion der *Widersprüche* im Sozialistischen Büro, im *express* und beim Komitee für Grundrechte. Das ist nur ein kurzer Überblick zu ihren vielfältigen Tätigkeiten. Warum erwähne ich noch einmal diese zusammengefasste Berufsbiographie? Weil sie deutlich macht, was wir mit Christa verloren haben: einen kritischen Geist, der die Ungerechtigkeiten der Welt nicht kommentarlos hingenommen hat. Die Gesundheitspolitik, die Armutsentwicklung, der

staatliche Umgang mit Arbeitslosen, die Bürgerrechte, die Sozialstaatsentwicklung waren jahrzehntelang ihre Themen. Ihre Beiträge in den *Widersprüchen* und im *express* zeugen noch heute davon.

Christa war auch Gründungsmitglied von *links-netz* und hat mehr als ein Jahrzehnt in der Redaktion mitgearbeitet. Sie hat unter anderem an dem Konzept der „Sozialen Infrastruktur“ mitgearbeitet, in das sie ihre kritische Kompetenz und ihre Erfahrungen aus den vielfältigen Initiativen, in denen sie tätig war, eingebracht hat. Vier Jahre lang arbeitete sie dann an der Dokumentationsstelle „Pflege“ im „Hilde-Steppe-Archiv“ der Fachhochschule Frankfurt. Diese Archiv-Erfahrung kam später dem Institut für Sozialforschung zugute.

Vom 1. Januar 2006 bis zu ihrer Krankheit arbeitete sie im Archiv des Instituts. Für das Institut eine unschätzbare Hilfe – leider konnten wir ihr keine adäquate Anstellung bieten. Aber für Christa stand die Bezahlung nicht im Vordergrund. Sie stürzte sich sofort mit großem Eifer in die Arbeit im Archiv und füllte sie in einer besonderen Weise aus. Sie sortierte und katalogisierte nicht nur die abgeschlossenen Forschungsarbeiten, sondern entwickelte einen scharfen Spürsinn für fehlende Unterlagen im jeweiligen Forschungsmaterial. Darüber hinaus spürte sie in den hintersten Winkeln des Archivs Dinge auf, die dort seit 60 bis 70 Jahren schlummerten. Sie haben darauf gewartet, dass Christa sie entdeckte: Fotos, Magnetbänder, Folien, Radiospulen, Briefe, Dokumente, Zeitungsausschnitte und und und.

Christa ist es zu verdanken, dass ab September 2011 das Institut sukzessive seine Unterlagen ins Archivzentrum der Universität integrieren konnte, so dass heute schon eine Recherche über das Internet im IfS-Archiv möglich ist. Zu den Beständen des hauseigenen IfS-Archives zählen mehr als hundert laufende Aktenmeter, welche die Forschungstätigkeit des Instituts seit seiner Gründung bis heute dokumentieren: Forschungsskizzen, Projektanträge und Projektberichte, Protokollbände und Sammlungen von Fragebögen. Dazu kommen Korrespondenzakten, die unter anderem Briefwechsel von Theodor W. Adorno und Max Horkheimer enthalten, ferner Materialien zu Lehrveranstaltungen, Publikationen, Tagungen und Kongressen sowie zur Neugründung des Instituts nach dem Zweiten Weltkrieg im Jahr 1951.

Christa bewegte sich im Archiv wie eine Archäologin, die Schicht für Schicht einer verschütteten, verborgenen Stadt offenlegt. Sie machte dies mit einer großen Begeisterung und einem unbändigen Engagement. Und sie war zu Recht stolz, wenn sie wieder einmal ein besonders wertvolles Dokument zu Tage förderte. Im Januar hätten wir mit ihr ihre zehnjährige Tätigkeit im Institutsarchiv gefeiert und ihr für ihr großartiges Wirken besonders gedankt – und jemand hätte auch gesagt:

„Christa hat auf bewundernswerte Weise Kopf- und Handarbeit verbunden und sie hat sich um das Instituts-Archiv und die Wissenschaft verdient gemacht.“ Diese Ehrung ist leider nur noch posthum möglich. Ihr viel zu früher Tod hat die öffentliche Ehrung verhindert. – Wir trauern um Christa!

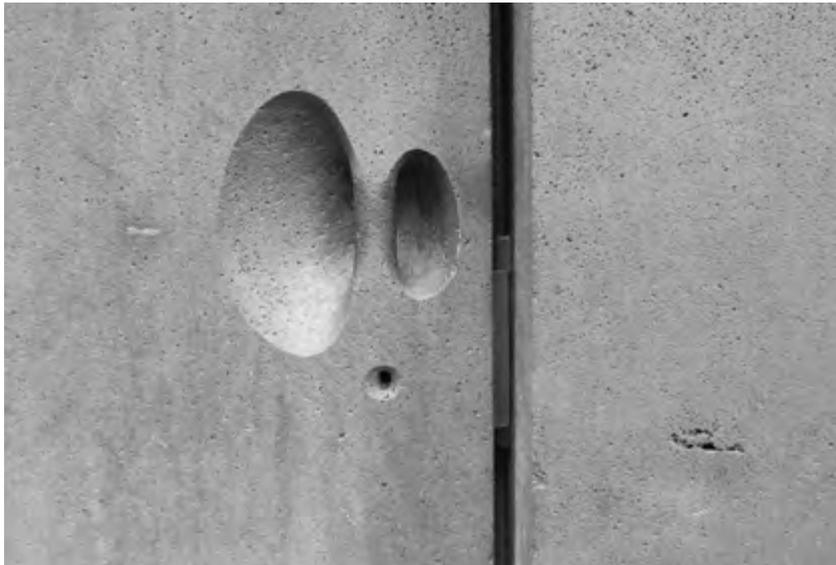
Kirsten Huckenbeck (*express*) hat in der Traueranzeige formuliert: „Aufselten gewordene Weise hat Christa die Verbindung von kritischer Sozialwissenschaft und parteinehendem Engagement gelebt.“ Dieses Engagement war in allen Diskussionen mit ihr spürbar. Ich werde es nicht vergessen: Die Tür zum Archiv war immer offen und dokumentierte für alle im Institut ihre Anwesenheit. So ergaben sich zwangsläufig viele gute Gespräche mit ihr. Nun ist die Tür geschlossen. Christa wird vielen von uns fehlen. Wir können nur versuchen, unsere Arbeit in ihrem Geiste fortzusetzen. Christa hat begeistert die Streitschrift von Stéphane Hessel „Empört Euch“ kommentiert. Sie entsprach ihrer Sicht- und Denkweise. Stéphane Hessels Schlusssatz lautet: „Neues schaffen heißt Widerstand leisten – Widerstand leisten heißt Neues schaffen“.

Christa, in unserer Erinnerung wirst Du einen festen Platz haben.

Die Redaktion

Helga Cremer-Schäfer

Über die Produktivität der „frühen Kritik“ von Prävention als Denkweise und Politik



Ein Ergebnis der seit mehr als einem Viertel Jahrhundert verfügbaren Kritik von Prävention sei vorweggenommen: Die Bedingungen der Möglichkeit von Prävention und die beobachteten Folgen der Politik und Denkweise passen ziemlich gut in das Modell von historischem Fortschritt, das Max Horkheimer und Theodor W. Adorno als „Dialektik der Aufklärung“ analysiert haben. Auch historisch herrschaftsbegrenzende Formen instrumenteller Vernunft und kalkulierender Rationalität, wie sie hauptsächlich im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweisen beobachtbar waren, tragen zum Fortschritt der Herrschaftstechniken bei. Die Erfahrung von Wissensarbeiter*innen, dass sowohl der zuverlässige Mensch wie eine politisch und ökonomisch bestimmte Ordnung von Gesellschaft mittels Techniken von Disziplinierung hergestellt werden, war eine zentrale Ressource, dieses Fortschrittsmodell zu aktualisieren und auf Prävention und vorausgesetzte Wissensformen anzuwenden.

Als Gegenmittel zu diesem Analyse-Modell kam die ideologische Strategie der Amnesie zum Einsatz: eine interessierte Vergesslichkeit der Widersprüche von (Selbst-)Disziplinierung und Kontrolle und Bestrafung und instrumentellem Denken („Kontrollwissen“). Die Amnesie wurde besonders gepflegt im Bereich der Sozialen Arbeit, genauer in Bereichen, in denen sie eine Allianz mit der Institution des Strafrechts pflegte und sich als Präventionsinstanz konstituierte. Die (selektive) Rekapitulation der „frühen Kritik“ von Prävention versucht der gesellschaftlichen Amnesie entgegenzuarbeiten.

„Frühe Kritik“ von Prävention – die Ressourcen

In den 1980er Jahren waren Analysen von Sozialpolitik als soziale Kontrolle in der Soziologie (noch) hegemonial. Disziplinierung wurde als Herrschaftstechnik und Vergesellschaftungsform diskutiert. Kritik Sozialer Arbeit als widersprüchliche

Einheit von Hilfe und Herrschaft organisierte sich – „Hilfe und Herrschaft“ wurde als Titel des ersten Heftes der Widersprüche 1981 gewählt. Joachim Hirsch (1981) stellte für die Amalgamierung von sozialstaatlich organisierter Sicherheit, Politik der inneren Sicherheit und der erweiterten staatlichen Funktionen zur „Gewährleistung einer systemfunktionalen Reproduktion der Arbeitskraft den Begriff „Sicherheitsstaat“ zur Verfügung. Analysen der Verdinglichung durch Experten waren verbreitet. Analysen von „Protest und Reaktion“ (Sack/Steinert 1984) stellten eine ganze Menge an Wissen über das Zusammenspiel von offen repressiv-ausschließenden Politiken und Strategien der sozialen Kontrolle zur Verfügung – nicht zuletzt über ideologische Strategien. Kritik der totalen Institutionen wurde in der Kritischen Kriminologie durch Analysen des „net widening effect“ als Folge von helfenden und erziehenden („resozialisierenden“) Alternativen zu bürokratisierter Ausschließung und staatlicher Bestrafung ergänzt.¹ Zusammengefasst könnte man sagen, dass Herrschaftskritik so weit transversal und präsent war, dass ziemlich zeitgleich mit einem beginnenden „Präventions-Unternehmertum“ ein Kritikmodell verfügbar war, das nicht in dem Versuch endete, Prävention verbessern zu wollen. Christa Schulz und Manfred Max Wambach (1983: 10) leiten ihre frühe Präventionskritik mit dem Satz ein: „Es kann sich durchaus herausstellen, dass die beste Form von Prävention die sein wird, vor Prävention zu warnen“.

Zur Produktivität der „frühen Kritik“ von Prävention

Das Kritik-Modell der 1980er Jahre bezieht sich sowohl auf sozialtechnologische Utopien wie auf trans-institutionelle Projekte, Strategien und Techniken von Prävention. Zeitgleiche Analysen, die nach ihren Voraussetzungen und möglichen Folgen gesellschaftlicher Entwicklungen fragen, haben zwar den Nachteil, dass Allmachtsphantasien leicht verdoppelt und Widersprüche von Herrschaftsformen

1 Zum Verhältnis von Gesellschaftsentwicklung, „net widening effects“ und „Visions of Social Control“ vgl. auch stellvertretend für das Kritik-Modell der deutschsprachigen Kritischen Kriminologie Stanley Cohen (1985), zur Karriere und Kritik von Kriminalitätsprävention Werner Lehne 2002, zu Prävention als instrumentelles Denken Steinert 1995; zur „frühen Kritik“ Heft 25 der WIDERSPRÜCHE (1987) mit Beiträgen u.a. von Wolfgang Völker und Werner Lehne, gegen Unterordnung von Konfliktregulierung unter Prävention vgl. Cremer-Schäfer 1997. Die Themen der „begleitenden Kritik“ wurden 2001 zum Thema von Heft 79 (2001): „Prävention als Sozialtechnologie“.

zu wenig in Blick geraten. Das trifft auch auf die vorsorgliche Präventionskritik zu. Gleichzeitig verfügen wir über ein ziemlich gelungenes Beispiel für die von Günther Anders vorgeschlagene „prognostische Hermeneutik“. Die Folgen der drei industriellen Revolutionen machen es notwendig, im Heute das morgen Mögliche zu erkennen und damit Welt anders als durch vorgegebene Fortschrittsmythen zu interpretieren. (Vgl. Anders 1979: 423ff.)

Die Ausführungen zur „Logik von Prävention“ von Wolfgang Völker, die im Editorial zitiert wurden, sind ein erstes Beispiel für „prognostische Hermeneutik“, die auf der Grundlage eines reflexiven Erfahrungswissens nach- und vorausdenkt. Jede Prävention, so Völker, bezieht sich auf „eine bestimmte Zukunft, die als gewünscht betrachtet wird und herbeigeführt werden soll, das schließt andere, widerstreitende Zukunftsentwürfe aus. Insofern ist jede Prävention *repressiv*“ (Völker 1987: 10). Die Macht, Verhalten (instrumentell) zu steuern, bedarf Disziplinierungswissen, das auf die Person zugreift, und einem Kontroll-Wissen, das sich auf die eine gesellschaftliche Ordnung bezieht. Die gewählte, eine Zukunft, die nach einem effektiven Plan durchgesetzt wird, ist die Zukunft der Interessenkompromisse, die herrschende Institutionen und Interessen bereit sind, zu ihrem Nutzen einzugehen. Aus beidem ergibt sich die Einsicht: „Insofern ist jede Prävention *autoritär*.“ (ebenda: 10) Bezieht sich Prävention auf komplexe menschliche Handlungsweisen und auf Lebensweisen, die bekanntlich nicht dem behaviorischen Verhaltensmodell folgen, tendieren Interventionen zur unspezifischen Überwachung und einer sich ausweitenden Kontrolle in der Hand derer, die über Definitionsmacht verfügen. Prävention befördert eine „*Tendenz totaler Kontrolle*“ (ebenda: 10).

Die Logik von Prävention ließ sich besonders gut am Beispiel von sozialtechnokratischen Utopien herausarbeiten. Nicht alle sozialtechnokratischen Utopien wirkten auf Kritik derart „aktivierend“ wie die Vision einer „gesellschaftssanitären Polizei“ von Horst Herold, Präsident des Bundeskriminalamtes in der Zeit zwischen 1971 und 1981. Die Symbolfigur für die Modernisierung der Polizei, Terrorismusbekämpfung und Rasterfahndung machte lediglich öffentlich, was politischer Liberalismus in allen kapitalistischen Produktionsweisen und was Modernisierungs-Experten und -Professionen am Staat attraktiv fänden: Die Aussicht auf die Planbarkeit einer Welt, in der alle Leute sich wie von selbst gut benehmen – das richtige Maß an staatlichen Investitionen in die Arbeitskraft und effektive Kontrollen vorausgesetzt. Politischer Liberalismus war (und ist) interessiert an der zuverlässigen Arbeitskraft und am produktiven Subjekt. Zu manchen Zeiten, wie im Fordismus, aus ideologischen Gründen auch daran, Bestrafungsrituale zu reduzieren ohne sie abschaffen zu wollen.

In einem Interview mit Sebastian Cobler² formulierte Herold 1980 (noch in der Hochzeit der Bekämpfung des „linken Terrorismus“ und der „Politik der inneren Sicherheit“) das positiv konnotierte und moderne Projekt des „gesellschaftlichen Gartenbaus“ mit dem Staat als Gärtner und Sozialreformer (vgl. Bauman 1992: 51ff.). Eine „gesellschaftssanitäre Polizei“ könne Gesellschaft positiv, machtvoll, sozialtechnokratisch und durch Kooperation mit Sozialverwaltungen, die den Problem-Diagnosen der Polizei folgen, in Richtung einer „lebenswerten“ Gesellschaft umgestalten. Das bis heute zitierte Interview mit Herold, geführt in dessen Hochsicherheits-Wohnung im Bundeskriminalamt, endet mit den Sätzen:

„Ich kann mich doch Erkenntnisquellen zur Gesundung der Gesellschaft, zur Intakthaltung auch der Verfassungsideen und Verfassungsleitziele nicht verschließen. Man muss einen lebenswerten Staat schaffen. Einen Staat der Bürger – einen transparenten Staat. Und den können sie nur technisch transparent machen. Ja, das ist natürlich ein Sonnenstaat, aber der ist machbar heute. Hier in der Polizei ist das machbar.“

Angezeigt wird in dem Projekt eine gesellschaftssanitäre Polizei, die den mit der fordistischen Produktionsweise und der Durchsetzung der disziplinierten Lebensweise verbundenen „sozialen Sicherheitsstaat“ selbst verkörpert.

Der Band von Manfred Max Wambach *Der Mensch als Risiko* enthält ein bis heute relevantes Programm der Beobachtung und Analyse von Prävention: Fragen nach der Logik und Dialektik von Prävention, ihren Widersprüche und Ambivalenz, Skizzen der beobachtbaren und möglichen Folgen, schließlich die Frage nach dem politischen und wissenschaftlichen Umgang damit. Ich werde im Folgenden daher Beiträge dieses Bandes aufgreifen und ergänzen, um zu skizzieren, was wir vor der Institutionalisierung einer „Präventionslandschaft“ über Mythen des „präventiven Blicks“ und den darauf beruhenden Praktiken und Politiken hätten wissen können.

Zu den Mythen um Prävention gehört, die damit verbundenen Tendenzen (autoritär-repressiv-Tendenz zur unspezifischen Kontrolle, Selbstverdinglichung) würden ohne großen Widerstand akzeptiert, weil die Leute ein Bedürfnis und Interesse an Sicherheit, Gesundheit und einem guten Leben haben. Nicht alle Risiken von Lohnarbeit und disziplinierter Lebensweise wollen sie selbst aushalten. Nicht alle Konflikte und Beschädigungen, Ärgernisse und Lebenskatastrophen des Alltags können sie ohne eine staatlich organisierte Institution durchstehen. Bis heute hält sich im Bereich der Sozialen Arbeit die verwandte Annahme, Prä-

2 Das schließlich in der Zeitschrift Transatlantik erschienene Interview ist heute verfügbar unter http://www.todesnacht.com/Herold_gegen_alle_Interview_bei_Transatlantik_mit_Sebastian_Cobler.pdf.

vention könne als „Gestaltung von Gesellschaft“ betrieben werden. Prävention als „Strukturmaxime“ von Jugendhilfe meinte in den Diskussionen der 1980er Jahre und im 1990 veröffentlichten Achten Jugendbericht jedenfalls Maßnahmen, die unter den Bedingungen der sozialpathologischen Krisen-Diagnose von „Individualisierung und Pluralisierung“ doch „lebenswerte, stabile Verhältnisse“ für Kinder und Jugendliche herstellen könnten.

Die noch im fordistischen Sozialstaat beginnende präventive Wende der Sozialpolitik im Gesundheits- und Sozialwesen zeigt, dass es damit um Rationalisierung von bereits rationalisierten mehr oder weniger modernisierten sozialstaatlichen Institutionen ging. Der Ruf nach Prävention, so Georg Vobruba in dem Band *Der Mensch als Risiko* entsteht aus „Systemerfordernissen“: aus Effektivitäts- und vor allem Kostenklemmen kompensatorischer, kurierender, disziplinierender „Sozial-Systeme“, die in einen „Sachzwang“ verwandelt werden. Die Durchsetzbarkeit von Prävention ist abhängig von Interessen, Handlungs- und Ordnungstheorien der WissensproduzentInnen und Dienstleistungsprofessionen. Die Entscheidung für Prävention muss daher als eine Rationalisierungsstrategie im doppelten Sinn verstanden werden: Sie basiert auf Wissen, folgt instrumentellem Handeln und wird zu ideologischen Zwecken der Überbrückung von Widersprüchen eingesetzt.

Wenn nach dem Ende von Fordismus über Gesellschaft Veränderung vorangetrieben werden solle, geht sie, wie Vobruba (1983, 30) schreibt, in die Richtung der „Systemerhaltung durch Selbstkontrolle“. Die „Ambivalenz von Prävention (kippt) leicht nach der Seite der Subjekte“. Der Grund liegt in der herrschenden Politikform: Entlastungen der Leute von institutionellen Zwängen sind nicht politisch gewollt, dagegen auch nicht kurzfristig durchsetzbar, daher können sie auch nicht die für einen Konflikt und den Alltag notwendige kurzfristige Wirksamkeit zeigen.

Von oben „die Vermeidung der Problemstellungen in die Verantwortung der Subjekte zu übertragen“ (Vobruba 1983: 31), lässt sich dagegen nicht so schwer durchsetzen. Das wichtigste Mittel sei als allgemeines Element von Kultur verfügbar: Die Bereitschaft, Sachzwang-Argumente aufzudrängen und Selbstkontrolle zu akzeptieren (d.h. von eigenen Interessen zunächst abzusehen), wird durch das im Fordismus entwickelte und gepflegte „instrumentelle Gesellschaftsbild“ (ebenda, 36) ermöglicht und erleichtert. Mit der im instrumentellen Gesellschaftsbild enthaltenen Theorie der „Interdependenz von Interessen“ kann plausibel gemacht werden, dass anderer Leute Privilegien und das Wohlergehen des Großen und Ganzen die Voraussetzung für die eigenen (vergleichsweise reduzierten) Lebenschancen sind. Diskreditiert wird damit, gegensätzliche Interessen im Kampf und Konflikt auszutragen, propagiert wird die „verkehrte“ Bereitschaft, als Person durch Selbstkontrolle zuerst in Systeme und das Große und Ganze zu investieren.

Präventionswissen als Teil von Kontrollwissen beruht, so die Analyse von Robert Castel, auf einer „Evolution“ von Praktiken und Wissensformen, die ein unbestimmtes „Risiko“ sowohl zur eigenständigen Kategorisierung wie zu einem Gegenstand von Intervention machen. Das immer noch aktuelle Interesse am Risikobegriff hat in den Hintergrund geschoben, dass Castel sich für die wissenschaftlichen Voraussetzungen für die Praxis Prävention interessiert, welche Wissenschaft befördert den präventiven Blick, welche Praktiken werden erzeugt. Von der „Gefährlichkeit zum Risiko“ als zusätzlichem und eigenständigen Gegenstand von präventiven Interventionen komme man nur, wenn, wie bei Quantifizierungen sozialer Zusammenhänge, Massendaten gesammelt, diese in Einzelteile zerlegt, als Abstraktionen („Faktoren“) korreliert, aus so erzeugten Abstraktionen (wahrscheinlich) sichere Ursachen-Zusammenhänge bestimmt und dieser Prozess mit wissenschaftlicher Dignität ausgestattet werde. Es ist dieser Arbeitsprozess an und mit Abstraktionen, der es legitimiere „objektive Bedingungen zu konstruieren, um daraus Interventionsweisen abzuleiten“ (Castel 1983: 61). In der Kategorie „Risiko“ (und der Verbreitung von „Risikostigmata“) sieht Castel den Weg in eine „nachdisziplinäre Ordnung“, eine Bedingung für die „Steuerung von Populationen als einem Merkmal von ‚neoliberalen Gesellschaften‘“ (ebenda).

Am Beispiel der Vision der „gesellschaftssanitären Polizei“, die der BKA Präsident Horst Herold als Verwalterin eines „interdisziplinären“ kriminologischen Wissens entwickelt haben wollte, am Beispiel von Delinquenzprognosen und Kleinkind-Screening arbeiten Christa Schulz, Gert Hellerich und Max Wambach nicht nur die Folgen von Prävention, sondern die im Präventionswissen für selbstverständlich gehaltenen Annahmen heraus – die Mythen der Prävention. Im Zentrum steht die Lehre der „Ätiologie“ von Devianz: Retrospektiv identifizierte schädliche „Noxen“ (Milieus/Umwstände/Faktoren) werden in die Zukunft verlängert. Vorausgesetzt wird, gegenwärtiges abweichendes Verhalten verschlimmere sich, falls nicht machtvoll interveniert werde. Nur frühe und rechtzeitige Eingriffe versprechen, so die Ableitung aus ätiologischen Theorien, Risiken zu mindern oder gar zu beheben. Zu den Annahmen gehört, präventive Interventionen könnten als Hilfe konzeptualisiert werden: als Interventionen im Interesse der Betroffenen und gemäß ihren Bedürfnissen. Die gleichen Annahmen liegen herrschender kriminologischer Jugendforschung zugrunde, einer zentralen Akteurin der ausgebauten „Präventionslandschaft“.³

3 Ausführlich zur Geschichte und Kritik der Kriminologie als Ausschlusswissenschaft, Soziale-Probleme-Wissen und Beraterkriminologie vgl. Cremer-Schäfer/Steinert 2014, Cremer-Schäfer 2008.

Als beobachtbare Folgen von Präventionswissen und Marktforschung für den Sicherheitsstaat halten die AutorInnen fest: 1) definierte „Risikopopulationen“ bleiben die „üblichen Verdächtigen“ der bürgerlichen Gesellschaft (die Fremden, die Armen, die Undisziplinierten, die Widerständigen, die Minderheiten). Und 2) Die verfügbaren Etiketten vermehren und vervielfältigen sich. Es kommen „Risiko-Stigmata“ wie „Prädelinquenz“ und „Intensivdelinquenz“ hinzu. Die Ausweitung der Etiketten führen zu deren „Über-Kontrolle“ in einen polizeilich-gerichtlichen-therapeutischen-medizinisch-pädagogischen Komplex, der „fortwährend immer mehr und neue „early interventions“ fordert (Hellerich 1983: 146).

Die absehbare Bewandnis von Prävention lässt die AutorInnen des Bandes zu der Einsicht kommen: „... dass künftig die beste Form von Prävention die sein wird, vor Prävention zu warnen“ (Schulz/Wambach 1983: 9). Aus der Perspektive der Anti-Psychiatrie und der Entinstitutionalisierung schreiben Ota De Leonardis, Diana Mauri (1983: 259): „Als Prävention kann letzten Endes nur eine Prävention gelten, die vor der Institution und ihrer Macht zu etikettieren, zu internieren, Identität zu enteignen, Abhängigkeit und Chronifizierung zu produzieren, schützt.“

„Pessimismus als pädagogische und reformerische Triebkraft“ Soziale-Probleme-Wissen als wenig beachtete Produktion von „Risiko-Stigmata“

Die Wissensform „Ätiologie“: die Lehre von den Ursachen der Entstehung von Handlungsweisen, der „Charakter- und Menschentypen“ und aller Abweichungen vom Normalen blieb ein in allen bisherigen kapitalistischen Produktionsweisen und Politikformen herrschendes Wissenschaftsparadigma. Als Beispiel für instrumentelles Denken und Ordnungswissen wird Ätiologie selten herangezogen. Die Lehre von den Ursachen sozialer Probleme passte zu gut, um sozial- und bildungspolitische Reformen anzumahnen. Ätiologie ist die Grundlage für „Pessimismus als pädagogische und reformerische Triebkraft“. Katarina Rutschky (1987) hat den „Pessimismus als pädagogische Triebkraft“ ironisch beschrieben – veranlasst durch die zu Beginn der 1980er Jahre verbreitete Klage, dass Jugendprotest (undisziplinierte Hausbesetzer, streikende Schüler), gewalttätige Demonstranten, Drogenopfer, Schülerselbstmorde als Ausdruck eines gesellschaftlichen Defizits an Erziehung bestimmt werden müssten. Eine Urform dessen, was Castel „Risiko-Stigmata“ nennt, stellt der Topos der „gefährlichen und gefährdeten Jugend“ dar, die heute noch verbreitete Begründung für mehr Prävention. „Gefährlichkeit“ legitimiert seit dem 19. Jahrhundert das Unschädlich-Machen durch Kontrolle und Bestrafung. „Pessimismus als eine pädagogische Triebkraft“ setzt nicht bei sozialer

Ungleichheit an, sondern bei „Auffälligkeiten“, bei „Verwahrlosung (einschließlich der „Wohlstandsverwahrlosung“), „abweichendem Verhalten“, (früher auch „Akkzelerationsproblemen“ oder „Degenerationerscheinungen“). Diese Phänomene und Personen sollen zum Verschwinden gebracht werden. Skandalisiert werden sie sowohl als ein individuelles Problem wie als (drohende) Krise von Gesellschaft. Die Ordnung zerfällt, weil auch sie von einem gesetzten Norm(alitäts-)zustand abweicht. Durch eine bessere und sachkundig-erzieherische Behandlung, durch Bildungs- und soziale Reformen könnten jedoch alle Probleme gelöst werden – zum Nutzen von Individuum und Gesellschaft. Ätiologie und Sozialpathologie funktionieren nicht nur als „Marktforschung für den Wohlfahrtsstaat“. Dem in den 1980er Jahren nach dem Muster der Sympathisanten-Debatte geführten Gewalt-Diskurs liegt die gleiche Logik zugrunde. Entsprechend dem Zweck der Festlegung von Grenzen für legitimen Protest werden die Ursachen allerdings in Defiziten allerlei institutionalisierter, nicht-staatlicher Kontrollen verortet. Man könnte dies Marktforschung für den Sicherheitsstaat nennen.

Eine „kritische Ätiologie“ wäre in der Sozialwissenschaft wohl willkommen, ist aber nach der Logik der Wissensform unlogisch. Es wird meist vergessen: Ätiologie funktioniert sowohl als Ausschlusswissen wie als Ordnungs- bzw. Kontrollwissen. Die Geschichte von Kriminologie, Psychiatrie, von Verwahrlosungswissenschaften, Eugenik, der Bevölkerungswissenschaft zeigen das überdeutlich. Der Grund liegt darin, dass ätiologischem Wissen die logische Struktur des Experiments zu Grunde liegt. „Effekte“ (Verhaltensvariablen) und (multifaktorielle) „Ursachen“ können vertauscht und in ein Wirkungsverhältnis für Interventionen als Ursache eines Verhaltenseffektes transformiert werden. Damit wird die Anordnung von „sozialen Experimenten“ der Verhaltenssteuerung, wird Herrschaft durch Verdinglichung politisch und im Kontext institutioneller Herrschaft verfügbar – mit einer strukturellen Drift gegen Befreiung von welchen Zwängen auch immer. Ätiologie ist im besten Fall für „Hilfe als Herrschaft“ einsetzbar.⁴

⁴ Zu der von Heinz Steinert übernommenen Phänomenologie von Wissensformen (Ausschlusswissen und Formen von Ordnungswissen (Disziplinierungs-, Soziale-Probleme- und Kontrollwissen) sowie Befreiungswissen vgl. zuletzt Cremer-Schäfer 2014, zur Kritik von Ätiologie und der Logik des Experiments vgl. schon Wolfgang Keckeisen 1974.

Von sozialtechnologischen Utopien und Einzelmaßnahmen zur „Präventionslandschaft“ – in einem Vierteljahrhundert?

Die zentralen Begriffe der frühen Kritik von Prävention lauteten soziale Kontrolle und Aufforderungen zur Selbstkontrolle. Für die Intensivierung und die Rationalisierung von sozialer Kontrolle als Verhaltenskontrolle benutzte die Kritische Kriminologie den Begriff des „net widening“ und „Prävention als Legitimation fortbestehender bzw. neuer Repression“. Die (sowohl kritisch wie affirmativ gebrauchte) Metapher der „Präventionslandschaft“ macht die räumliche, zeitliche und die institutionelle Ausweitung von Präventionsaktivitäten anschaulich: So z.B. die eminente Hochkonjunktur des Ausbaus von Räten, Gremien, Foren und Vereinigungen der Kriminalitäts- und Gewaltprävention über die letzte Jahrtausendwende. Den jährlichen Deutschen Präventionstagen sind (geschätzt) 1000 Institutionen assoziiert (von AIDS-Hilfen über Polizei-Präsidien bis zur Organisation Zartbitter. Die Palette der Präventionsaktivitäten fasst zusammen, was nicht zusammengehört: (Polizeiliche) Präventionsberatung per Flyer, Broschüre oder „Kindergarten-Kitt“ nach dem Muster „Sieben Ratschläge gegen Sucht“, Techno-Prävention, „normale“ Jugendarbeit, Anti-Aggressions-Training, Frauen- und Mädchenarbeit, Opferschutz-Vereine. Eine ambivalente Erfolgsgeschichte?

Als theoretische Rahmung für allgemeine Analysen der raumgreifenden Konjunktur von Prävention wählten Sozialwissenschaften vorzugsweise den Foucault'schen Begriff der „Gouvernementalität“.⁵ Prävention wird als exemplarische neoliberale Regierungstechnologie untersucht. Das knüpft an die Logik von Prävention an, die bereits in den 1980ern ausbuchstabiert war: Prävention verhindert, versucht bereichsübergreifend Zukunft zu managen, bezieht sich auf Risiken, ist ein nicht abschließbares Projekt, diffundiert, normalisiert, totalisiert und individualisiert, setzt Wissen über Verhaltenssteuerung voraus, ist gekoppelt an Kosten-Nutzen-Kalküle. (Vgl. zusammenfassend Bröckling 2008) Das Verhältnis zu den „alten“ Herrschaftstechniken der Disziplinierung wird als Ablösmodell konzipiert. Das Netz von Überwachung und Kontrolle sowie das Personal arbeiten nicht mehr kapillar, therapeutisch, sanft, helfend, enger, total und mit dem Anspruch eines für alle verbindlichen „Sozialcharakters“. Die Einzelnen haben es mit Kontrollpunkten und unpersönlicher Überwachungstechnik zu tun: eine flächendeckende, permanente, in den Alltag eingebettete, unausweichlich werdende

⁵ Vgl. dazu auch die „begleitende Kritik“ in Heft 79 (2001) der WIDERSPRÜCHE „Prävention als Sozialtechnologie“ u.a. mit Beiträgen von Christoph Beckmann und Holger Ziegler.

Erinnerung an die geforderte Bereitschaft zur Selbstmobilisierung der Selbstkräfte – dies bereits zur Vermeidung schon des aus Abstraktionen hergeleiteten Risikos einer Funktionsstörung. Einem Risiko nicht vorzubeugen, ist von den Subjekten selbst zu verantworten, individuelle Präventionsresistenz konstituiert einen zusätzlichen und neuen moralischen Schuldvorwurf. Der Übergang von der Gefahr zum Risiko wird zum zentralen Thema und zur Realität. Prävention bedient sich des Risikomanagements. Als Prävention legitimieren sich alle Technologien der Verhaltenssteuerung: Früherkennung, (Rauch-)Verbote, Hygiene, Umweltschutz, Unschädlich-Machen von Kriminellen, Lebensberatung, Immunisierung.

Aus der Perspektive von Gouvernamentalität wird uns die Beurteilung nahegelegt, es gibt nur einen Fortschritt der Herrschaftstechniken, wobei die „neuen“ effektiven die „alten“ widersprüchlichen (fast) gänzlich ablösen. In der Perspektive der Gouvernamentalität spielen Regierungstechnologien ziemlich widerspruchsfrei zusammen. Widersprüche und die nicht-neoliberalen Bedingungen von Prävention, die Allianz mit disziplinierenden und punitiven und strafenden Praktiken bleiben eher Hintergrundthema. Für die Pflege von Gegenwissen in den Sozialwissenschaften hat dies den Nachteil, dass die Logik des Sozialstaats, die Logiken des Pessimismus als reformerische und pädagogische Triebkraft und das Legitimationspotential von Prävention für moralisch legitimierte Ausschließung in einen toten Winkel geraten. Zumindest im Bereich der Prävention von Kriminalitäts- und Gewaltprävention können wir ein politisch erzeugtes Dilemma, einen wohlfahrtsstaatlich erzeugten „Sachzwang“ beobachten, der zu den Folgen des „Pessimismus als pädagogische und reformerische Triebkraft“ hinzukommt. Weil gewusst wird, dass Bestrafung von „Tätern“ der schlechteste Opferschutz ist, Politik und Polizei sich aber als populistische (und populäre) Sicherheitsmacht darstellen wollen, finden wir den Ruf 1. Nach Verschärfung von Strafrecht und 2., natürlich, Prävention, weil ja eine wirksame Intervention gebraucht wird und schließlich „Täter auch Opfer sind“. Die Opfer-Orientierung macht die präventive Wende für Professionen besonders plausibel und für Polizei besonders praktisch. Die Logik des Pessimismus als pädagogische Triebkraft bleibt erhalten.

Prävention als Konkurrenz Sozialer Arbeit. Über einige Spätfolgen des „Pessimismus als pädagogische Triebkraft“

Kritiken von Prävention, die nicht versuchen, Prävention als Politik und Begriff zu retten, finden sich im Feld von Jugendhilfe und Sozialer Arbeit ziemlich selten. Prävention wird zwar unter Überschriften wie „Zauberwort“, „Leerformel“ oder „Mythos“ diskutiert, scheint aber nur lösbare Probleme zu bereiten. Die Diskussion

wird durch „Rettungsversuche“ bestimmt: der Entgrenzung entgegenarbeiten,⁶ Defekte bzw. den Charakter der „Zauberformel“ produktiv wenden, „die Notwendigkeit einer weiterführenden Diskussion des Präventionsbegriffs“ (Böllert 1995, 127) akzeptieren. Der Disziplin wird empfohlen, die „Attraktivität und Unumgänglichkeit des Begriffs für die Profession“ nicht zu ignorieren (Wohlgemuth 2009: 264).

In Kenntnis der logischen und sachlichen Schwierigkeiten, die Prävention in der Jugendhilfe macht, käme man in eher zu dem Schluss, alle Rettungsversuche aufzugeben. Die klarsichtige Folgenanalyse von Werner Lindner und Thomas Freund (2001) „Der Prävention vorbeugen?“ spricht sich dafür aus. Prävention impliziere eine „soziale Degradierung“ von Jugend; der Dramatisierung des Gefährlichen sind keine institutionellen Grenzen gesetzt; „Risikogruppen“ stehen unter besonderem Generalverdacht; Normalitätsanforderungen werden strikter, gleichzeitig zeigen sich Normalitätsanforderungen als Fiktionen. Mit Prävention (und dem Projekt der „Präventionsketten“) entwickle sich eine Parallelstruktur zur Sozialen Arbeit. Selbstaufklärung über die eigene Funktion als „fürsorgliche Macht“ und Profession mit einem „Technologiedefizit“ wird durch präventives Denken zerstreut und durch „Servilität“ gegenüber den Ordnungs- und Sicherheitsinstitutionen ersetzt (Lindner/Freund 2001: 89).

Als Alternative zu „Präventionsarbeit“ wird ein anderer Mythos angeboten: Kinder- und Jugendarbeit, die „selbst die Initiative ergreift“ und „ihrerseits andere Instanzen zur Kooperation zu verpflichten (hätte), an der nachhaltigen Verbesserung der Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen mitzuwirken.“ – wie es schon gemäß dem gültigen Gesetzeswerk „SGB VIII“ vorgeschrieben und vorgesehen wäre. Die Wendung überrascht insofern, als modernisierte Kinder- und Jugendhilfe vom Fortschritt der Herrschaftstechniken ausgenommen sein soll. Ich will nicht bestreiten, dass manche „Orientierungen“ wie die „an lebenswerten Verhältnissen“ ein Mittel normativer Kritik und pragmatischer Politik sein können. Dies als Rückkehr zu einem sozialstaatlich festgelegten Sinn von Kinder- und Jugendhilfe zu machen, pflegt den Mythos vom fordistischen Sozialstaat als „dem“ Sozialstaat nach den Bedürfnissen der Leute und das Ende von Geschichte.

Mein Vorschlag dagegen wäre, uns wie Sisyphos zu benehmen, der den Berg hinabsteigt: Wieder und wieder über die Bewandnis von Prävention und allen anderen

⁶ Vgl. dazu DJI Impulse 2/2011: „Mythos Prävention“ Nr. 94 (2011), verfügbar unter: http://www.dji.de/bulletin/d_bull_d/bull94_d/DJIB_94.pdf und die Diskussion zwischen Christian Lüders und Manfred Kappeler in diesem Heft.

Verbindungen von Hilfe und Herrschaft nachdenken, aber keinesfalls auf die Idee kommen, Prävention durch Verbesserungen von Praxis retten zu wollen – wählen wir uns einen anderen Stein und einen anderen Berg.

Literatur

- Anders, Günther 1992: Die Antiquiertheit des Menschen: Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution. München
- Bauman, Zygmunt 1992: Moderne und Ambivalenz: Das Ende der Eindeutigkeit. Hamburg
- Böllert, Karin 2011: Prävention und Intervention. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hg.): Handbuch Soziale Arbeit, München Basel, 1125-1130.
- Bröckling, Ulrich 2008: Vorbeugen ist besser ... Zur Soziologie der Prävention. In: Behemoth, A Journal on Civilisation, 2008,1, 38-48
- Castel, Robert 1983: Von der Gefährlichkeit zum Risiko, in: Wambach (Hg.), 51-74
- Cremer-Schäfer, Helga 1997: Konfliktregelung und Prävention. Welche „Prävention?“, in: Hassemer, Elke/Marks, Erich/Meyer, Klaus (Hg.), Zehn Jahre Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung, Bonn, 314-337
- 2008: „Schulschwänzen“. Über Naturalisierungs- und Trivialisierungsgewinne kriminologischer Jugendforschung, in: Klimke, Daniela (Hg.): Exklusion in der Marktgesellschaft, Wiesbaden, 175-189
- 2014: Kulturindustrie und Ausschlusswissen(schaften). Zur Dialektik von Kategorisierung und dem Umgang der Sozialwissenschaften damit, in: Martin, Susanne und Christine Resch (Hg.): Kulturindustrie und Sozialwissenschaften – In memoriam Heinz Steinert –, Münster, 158-186
- DJI Impulse 2/2011: „Mythos Prävention“ Nr. 94 (2011), verfügbar unter: http://www.dji.de/bulletin/d_bull_d/bull94_d/DJIB_94.pdf
- Hellerich, Gert/Wambach, Manfred Max 1983: Risikoprognose als Prävention. Die systematisierte Antizipation von Delinquenz, in: Wambach (Hg.), 126-136
- Hirsch, Joachim 1980: Der Sicherheitsstaat. Frankfurt
- Keckeisen, Wolfgang 1974: Die gesellschaftliche Definition abweichenden Verhaltens. München
- Lehne, Werner 2002: Aktuelle Präventionskonzepte im Spiegel der kriminologischen Debatte, in: Anhorn, Roland, Bettinger, Frank (Hg.), Kritische Kriminologie für Soziale Arbeit. Impulse für professionelles Selbstverständnis und kritisch-reflexive Handlungskompetenz, Weinheim und München, 169-188
- Lindner, Werner/Freund, Thomas 2001: Der Prävention vorbeugen? Reflexion und kritische Bewertung von Präventionsaktivitäten in der Sozialpädagogik, in: Freund/Lindner (Hg.): Prävention – zur kritischen Bewertung von Präventionsansätzen in der Jugendarbeit, 69-96
- Rutschky, Katharina 1987 Das Milchmädchen rechnet – Über den Pessimismus als pädagogische Triebkraft, in: Baacke, Dieter (Hg.): Am Ende Postmodern. Weinheim und München, 83-96

- Sack, Fritz/Steinert, Heinz (Hg.) 1984: Protest und Reaktion. Analysen zum Terrorismus Band 4/II. Opladen
- Schulz, Christa/Wambach, Manfred Max 1983a: Vorbemerkungen. Oberfläche und Dunkelfeld, in: Wambach (Hg.), 7-10
- 1983b: Das gesellschaftssanitäre Projekt. Sozialpolizeiliche Erkenntnisnahme als letzte Etappe der Aufklärung?, in: Wambach (Hg.), 103-106
- Steinert, Heinz 1995b: The idea of prevention and the critique of instrumental reason, in: Günter Albrecht/Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (Hg.): Diversion and Informal Social Control. Berlin, 5-16
- Vobruba, Georg 1983: Prävention durch Selbstkontrolle, in: Wambach (Hg.), 29-49
- Völker, Wolfgang 1987: Immer Lustig und vergnügt. Einwände gegen den präventiven Blick, in: widersprüche 25, 7-14
- Wambach, Manfred Max (Hg.) 1983: Der Mensch als Risiko, Frankfurt
- widersprüche 25 1987: „Prävention und soziale Kontrolle“, Bielefeld
- widersprüche 79 2001: „Prävention als Sozialtechnologie“, Bielefeld
- Wohlgemuth, Katja 2009: Prävention in der Kinder- und Jugendhilfe – Die empirische Perspektive, Wiesbaden

Helga Cremer-Schäfer, Friedrich-Ebert-Str. 31c, 61118 Bad Vilbel

E-Mail: Cremer-Schaefer@em.uni-frankfurt.de

DIE
SINNE
SCHÄR-
FEN!!!
JETZT
TESTEN:
4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen: www.akweb.de



analyse & kritik

Zeitung für linke
Debatte und Praxis



Christa Sonnenfeld (1945-2015)

Gesundheit durch Selbstkontrolle¹

Das Risikobewusstsein: Aufforderung zur Selbstkontrolle

Begriffe wie „Gefährdung“, „Verdacht“ oder „Risiko“ sind gegenwärtig Stichworte, um die Auswirkungen kapitalistischer Produktion zu charakterisieren. Es gibt kaum mehr eine Publikation im sozialwissenschaftlichen Spektrum, die nicht auf objektive Gefährdung Bezug nimmt; insbesondere im psychosozialen und medizinischen Bereich wird unter dem Begriff der „Prävention“ das Aufspüren von Risiken zur Vorbedingung, um konstruktive individuelle Lösungswege zu entwerfen. BECK (1) hat mit dem Versuch, auf der Folie von Risiko und Gefahr die gegenwärtigen gesellschaftlichen Umbrüche zu beschreiben, einer herrschenden Tendenz entsprochen, allgegenwärtig Gefährdungslagen wahrzunehmen und aufzuspüren. Eine verstärkte Sensibilisierung hat sich herausgebildet, die über die Institutionen hinaus beträchtliche Aktivitäten zu Risikobewältigung und Sicherheit in Gang setzt. Das beständige Aufspüren ist im umfassenden Sinn zum Bestandteil herrschender Normalität geworden. Aufgezeigt werden müsste dabei allerdings, durch welche Interessen dieses Bewusstsein geleitet ist und welche psychischen Mechanismen ein solcher Prozess mobilisiert.

Es ist bemerkenswert, dass der Risikobegriff, wie ihn WAMBACH, CASTEL, VOBRUBA u.a. (2) in den Kontext von Erfassung und sozialer Kontrolle gestellt haben, weit weniger Publizität in der wissenschaftlichen Diskussion erlangt hat als der BECKs, der nicht den ideologiebildenden und damit legitimatorischen Charakter dieses Begriffs thematisiert, sondern ihm eine universelle Bedeutung gibt, die er nicht weiter hinterfragt. Nicht der Generalisierung des Risikos als quasi polizeiförmige Fahndungsmethode, die in präventionslogische Zielsetzungen gekleidet ist, gilt seine Bestimmung der Risikogesellschaft, noch den Interessen,

¹ Dieser Beitrag ist eine gekürzte Fassung des gleichnamigen Aufsatzes von Christa Sonnenfeld, in: WIDERSPRÜCHE Heft 31, 1989: 81-90. Die ursprüngliche Formatierung wurde beibehalten.

die hinter der Aufrechterhaltung des Risikobewusstseins stehen können; auch die (selbst)disziplinierenden Mechanismen, die die dauernde Reflexion um Risiken auslösen könnten, bleiben ausgeblendet. Was BECK aber besonders populär macht, ist der Umstand, dass er die gegenwärtige Gefühlslage der Mittelschicht im Kern trifft, in der die Gedanken um eine Neuordnung der Lebensführung kreisen.

Die Gefährdungspotentiale, die in der Folge kapitalistischer Entwicklung zu Tage treten, sind unbestreitbar. Was BECK aber in seinem Risikobegriff unternimmt, geht weit über diese Potentiale hinaus; so werden „Modernisierungsrisiken ... überlagert durch gesellschaftliche, biographische und kulturelle Risiken und Unsicherheiten“ (115) und reichen damit weit über Gefährdungen hinaus, die durch die technisch-industrielle Entwicklung unmittelbar verursacht sind. Indem für BECK Gesellschaft „im Umgang mit Risiken mit sich selbst konfrontiert“ ist (300), wird aber undeutlich, welche Individuen oder Gruppierungen damit gemeint sein könnten und ob es allen Individuen anheimgestellt ist, mit Risiken „umzugehen“ oder nicht. Moderne Risiken stellen nach seiner Auffassung auch deshalb ein Problem dar, weil sie sinnlich nicht wahrnehmbar sind (28) und sich gleichzeitig systematisch verschärfen (29); sie sind im Wesentlichen argumentativ vermittelt (35). Gerade in diesem Faktum aber ist das unspezifische, ideologiebildende Moment seines Risikobegriffs verankert: argumentative Vermittlung bedeutet ja auch, dass es lediglich der Definition und der sprachlichen Zuordnung – die auch immer an Herrschaft gekoppelt sind – bedarf, um zu immer neuen Risikofaktoren zu kommen. BECK selbst weitet sprachlich das Denken in Risikokategorien aus, – so sieht er „Risikokonflikte und -kooperationen“ (369), „Risikolagen“ (369), „Risiken der Verwissenschaftlichung“ (260), „riskante Entwicklungen“ (293) und eine „Risikowirklichkeit“ (284) bis hin zur „(Welt)-Risikogesellschaft“ (160). Der Begriff modernisiert das gängige sprachliche Repertoire, indem herrschende Stimmungen beigeordnet werden; er wird kriterienlos. Ein solcher inflationärer Gebrauch lässt gerade nicht mehr zu, was BECK dem Risikobegriff als konstruktives Moment zurechnet, nämlich, dass er einer „Sonde“ gleiche, „die es erlaubt, sowohl den ganzen Bauplan als auch jeden Zementkrumen des Zivilisationsgebäudes hin zu durchleuchten“ (293). Dieser immer wiederkehrende Bezug zur Gesamtheit der Bevölkerung, der in dem häufigen Gebrauch des Begriffs „Selbst“ zu Tage tritt, suggeriert, dass „wir“ alle schuldig geworden sind und Verantwortung tragen, dass „wir“ Atomraketen bauen oder „wir“ das Ozonloch verursacht haben; die Beispiele ließen sich beliebig ergänzen. Verursachung und Schuld werden nicht nur umverteilt, sondern nach unten verlagert. Es ist herrschendes Bewusstsein, dass die Verantwortung von den

Einzelnen zu tragen ist und deshalb individuelles, risikovermeidendes Handeln unabdingbar ist. Ein derartiges Bewusstsein hat auf psychischer Ebene erhebliche Auswirkungen:

Die Individualisierung von Risiken in Bezug auf Umwelt, Körper und Seele lässt keine Ruhe oder Sicherheit aufkommen; es muss beständig aufgespürt, beobachtet und bearbeitet werden, da Risiken bestehen könnten. Die Ohnmacht verstärkt sich durch die Dominanz von (naturwissenschaftlichem) Expertenwissen; Individuen werden zu „Laien“, zu solchen, denen etwas fehlt, transformiert. Die Angst, Verdacht und die Delegation von Verantwortung nach unten schaffen Raum für selbstdisziplinierende Mechanismen, die als Befreiung oder doch zumindest als konstruktiver Lösungsweg angesehen werden.

Eine derart prekäre psychische Verfassung ist für das System produktiv: die gesundheitsbezogene Selbstüberwachung wird durch die industrielle Produktion forciert, indem immer neue Apparaturen zur Kontrolle körperlicher und seelischer Funktionsabläufe (Blutdruck, Leber, Cholesterinspiegel etc.) auf den Markt kommen; sie geben Idealnormen vor und machen die Kopie des Körpers realer als die Wirklichkeit (vgl. ATTAU, 1981) (3). Darüber hinaus stellt sich das Risikobewusstsein im sozialpolitischen Sinne als Ordnungsfaktor dar. Wenn Individuen sich verantwortlich fühlen für kapitalproduzierte Zerstörungen, dann sind sie nicht nur mit ihren Energien absorbiert, sondern auch bereit, Ansprüche zu reduzieren, oder wie VOBRUBA es nennt, Selbstkontrolle zum Zweck der Systemerhaltung auszuüben (1983) (4).

Das alltägliche besorgte Kreisen der Gedanken um Körper und Seele, die dauernde Reflexion über Gesundes und Ungesundes setzt permanente Selbstüberwachung und -bearbeitung in Gang, die ganz dem ähnelt, was Max WEBER (1934) als kennzeichnend für den puritanischen Geist ansah: die systematische Selbstkontrolle in einer „konsequenten Methode der ganzen Lebensführung“ (5).

Gerade für den Bereich der Gesundheit lässt sich ein solcher Prozess aufzeigen. Veranschaulichen lässt sich auch, wie in der Sorge um Gesundheit immer auch Elemente von Erfassung eingeflochten sind; insbesondere in der Ernährungsfrage wird dies erkennbar.

Die Ideologie in der Ernährungsfrage

Kaufen und Essen, während in anderen Regionen Menschen an Hunger sterben, das macht die gegenwärtige gesellschaftliche Situation zynisch. Bei genauerer Betrachtung wird allerdings deutlich, dass die Frage der gesunden Ernährung nicht nur mit spezifischen gesellschaftspolitischen Interessen verbunden ist, sondern

angesichts bestehender Naturzerstörung nicht mehr lösbar scheint. Nahrungszufuhr wird so auf ganz andere Weise zum existentiellen Problem. Gesundheit über Ernährung sichern bzw. steigern zu wollen, gelingt nur durch immer wiederkehrendes Ausblenden der Realität, das notwendigerweise widersprüchliche Reaktionen erzeugen muss. Dies wird insbesondere am Begriff der „Vollwertkost“ sichtbar; von ihr wird erwartet; „dass sie Krankheiten verhindert und zu mehr Gesundheit führt, wobei gleichzeitig bekannt ist, dass die Bestandteile dieser Kost entweder radioaktiv verseucht sind, aus chemisch zwangsläufig mitverseuchter Erde stammen oder, trotz gegenteiliger Beteuerung der Produzenten, chemisch bearbeitet sind. Die Attraktivität der Vollwertkost liegt aber in ganz anderen Faktoren begründet. Die Sprache, die manipulatorisch darum gewoben wird, verheißt Glück, Gesundheit und Natur und trifft damit gleichzeitig ein Bedürfnis. HAUG (1972) (6) hat sich am Beispiel des „Vollkornbrots“ derartigen Wortschöpfungen ideologiekritisch genähert:

„Im Vollkorn klingt ‚Erfüllung‘ an, ‚Ganzheitlichkeit‘; sein Name sagt, es sei voll und ganz Korn (und keine Ware). Der Name ist magisch, er beschwört die Leere im Versprechen von ihr zu befreien. Indem er gegen sie versichern soll, deutet er auf das tatsächlich herrschende Gefühl von Leere und das heißt: vom Betrogensein um die Fülle der Dinge“.

Noch deutlicher wird die Manipulation im Begriff der „Vollwertkost“, denn er ist eine Steigerung des Versprechens: nicht nur Erfüllung, sondern Wert wird konsumiert, der einmalig und ursprünglich ist und sich dem Konsumenten übereignet; er bezieht Wert. Ernährung erhält durch derartige Ideologiebildungen eine wichtige Stellung: man kann aktiv werden, die eigenen körperlichen Funktionsabläufe stehen im Mittelpunkt und es wird dem herrschenden Gefühl der Leere und der objektiven Entwertung selbsttätig gegengesteuert. Damit bietet sich „Gesundheit“ als normativer Fluchtpunkt an, in deren Namen detaillierte Vorgaben für ein richtiges Leben gemacht werden können und die Lebensführung eine Neuordnung erfährt. Besonders augenfällig wird die Möglichkeit einer normativen Regulierung und damit auch des Zugriffs im Bundesprogramm der GRÜNEN „Gesund Sein 2000“, worin die grundsätzliche Forderung erhoben wird, dass das „Angebot an natürlichem Gemüse und Vollkornbrot“ zu fördern sei (was wäre unnatürliches bzw. künstliches Gemüse?), und für eine verbesserte Gesundheitsversorgung vorgeschlagen wird, „all diejenigen, die am meisten risikogefährdet sind, systematisch im häuslichen Bereich und am Arbeitsplatz zu erfassen“ (7). Gesundheit zu einem Fetisch zu machen, bedeutet demnach auch, den Zugriff auf Persönlichkeitsrechte zu legitimieren. Unter dem Deckmantel ökologischer Gefährdungspotentiale lassen sich Selbst- und Fremdkontrollsysteme ausweiten.

Die dauernde Reflexion über gesunde und ungesunde Ernährung, das Bewusstmachen alltäglichen Handelns führt auf zweierlei Weise dazu, dass das Individuum durch das herrschende Konsummodell geprägt wird: Konzepte zur Erlangung und Steigerung von Gesundheit sind nicht nur durch Dienstleistungen und Märkte vorgegeben, sondern Gesundheit ist, vor allem in städtischen Siedlungen, nur noch über Konsum vermittelt. Darüber hinaus entsteht auch ein Gefühl, als sei Gesundheit und Leben selbst konsumierbar (vgl. ATTALI, 1981). Über die Frage nach Gesundheit und richtiger Ernährung hat sich der Konsumismus vollständig durchgesetzt; Vernunft und Natur sind käuflich zu erwerben. Es muss verdrängt und gelegnet werden; Produktivkraft wird die Selbstbeschränkung und kontrollierte Form von Ernährungsprogrammen, Diäten und Fasten. Es vermischen sich die Notwendigkeiten zur Askese und die Lust an ihr, als aggressiver Impuls gegen sich selbst, als Selbstrepression (vgl. BAUDRILLARD, 1981) (8).

Vertreter des Hartmannbundes bzw. ihm nahestehende Ärzte bewerten das tatsächliche Ernährungsbewusstsein und -verhalten dagegen ausgesprochen skeptisch, und das sicher nicht ganz zu Unrecht, wenn man den beeindruckenden Verzehr von Bratwurst, Hamburgern und Eisbein berücksichtigt. Nach PÖLERT (1986; PÖLERT ist u.a. wissenschaftlicher Leiter des Bundes für Lebensmittelrecht und -kunde e.V.) (9) wirft der ernährungsabhängige Gesundheitszustand der Bevölkerung ständig größere Probleme auf, wobei für „ernstzunehmende Wissenschaftler“ unbestritten sei, dass eine Vergiftung der Lebensmittel durch Chemie oder Schadstoffe, nicht existiere. Um der beobachteten Fehlernährung abzuwehren, sind nach seiner Überzeugung Aufklärungskampagnen kaum geeignet, nicht zuletzt wegen „unrealistischer Voraussetzungen über Lernfähigkeit und Lernwilligkeit der breiten Volksschichten“; zudem sei Ernährung auch eine Form der Ersatzhandlung und deshalb „praktisch nicht änderbar“. PÖLERT schlägt deshalb ein Konzept vor, das im Wesentlichen durch zwei tragende Pfeiler gestützt wird:

Die Gruppen, die sich falsch ernähren, müssen „durch gezielte Befunderhebung aufgefunden und abgegrenzt werden“; es müssen neue Herstellungsverfahren entwickelt werden, die es erlauben, die äußere Erscheinungsform von Lebensmitteln beizubehalten und gleichzeitig aber deren Zusammensetzung zu verändern; man solle sich dabei nicht durch „mißverständenen Schutz des Verbrauchers vor Täuschung“ hemmen lassen.

In einem solchen konzeptionellen Entwurf setzt sich eine Erfassungslogik durch, die sich in verantwortungsvolle, präventive terms kleidet; substantiell verbirgt sich dahinter eine grundlegende Entwertung von Selbstbestimmungsrechten. Auch im Konzept der GRÜNEN klingt unmissverständlich dieser Erfassungsgedanke, gepaart mit Sorge, an. Auch wenn derartige Entwürfe und Phantasien nicht

notwendigerweise realisiert werden, nicht zuletzt deshalb, weil die statistische Ermittlung der Zielgruppe wegen der Intimität des Gegenstandes kaum durchführbar scheint, so legen sie doch die Präventions- und Risikologik in ihrem Kern frei. In der Beschäftigung mit gesundheitsbezogenen Themen tritt ein Interesse am Körper zutage, das historisch nicht neu ist. Seit Beginn der Aufklärung gab es immer wieder, gerade unter dem akademisch gebildeten Bürgertum, besorgte, angestrenzte Reflexionen über Ernährung, Hygiene und Gesundheit (10). Darüber hinaus konnte anhand des Briefwechsels eines Ehepaares im 16. Jahrhundert aufgezeigt werden, dass der Austausch über körperliche Missempfindungen gerade einen Gesundheitsfanatismus in Teilen jenes Jahrhunderts vermuten lässt (11). Für das 18. Jahrhundert werden Fastenpredigten von der Kanzel, Vorlesungen über Körper- und Seelendiätik und Anleitungen zur ernährungsbezogenen Regulation des Körpers beschrieben (12).

Welche Motive sich hinter der zyklischen Wiederholung dieses Diskurses verbergen, wird insbesondere anhand der sozialhygienischen Bewegung zu Beginn dieses Jahrhunderts sichtbar. Diese Bewegung wollte den Zusammenhang von Medizin, Hygiene und den gesellschaftlichen Zuständen aufzeigen und machte die miserablen Wohn- und Lebensverhältnisse großer Teile der arbeitenden Bevölkerung zum Thema und Skandal (13). Teile dieser Bewegung aber eigneten sich sozialdarwinistische Grundlagen an und setzten das Konstrukt der „Volksgesundheit“ durch, das u.a. auch den Vorrang präventiver vor kurativer Medizin postuliert (14). Derartige Impulse konnten später durch das nationalsozialistische Regime aufgegriffen, institutionalisiert und zur Grundlage der Menschenvernichtung gemacht werden. NICKOL (1988) zeigt einen derartigen Prozess der Instrumentalisierung am Beispiel der Zahnheilkunde auf (15). Danach waren Befürchtungen, durch unsachgemäße Ernährung würden dem Staat gewaltige Kosten entstehen, basierend auf einer bereits existierenden Gesundheitsbewegung Ausgangspunkt der Aufklärungsarbeit. Hinzukam, dass eine ganzheitliche Betrachtung von Krankheit postuliert wurde, wonach eine Stärkung der Gesamtkonstitution durch gesunde Ernährung erreicht werden könne, hin zu einer „biologisch-hygienischen Lebensführung und damit zur Gesundheit“. 1932 wurde eine „Forschungsgemeinschaft für Roggenbroternährung (FORROG)“ zur „Hebung der Volksgesundheit“ gegründet; die damit verbundene Aufklärungskampagne wurde 1936 für abgeschlossen befunden – die Ernährungsforschung wurde vom Staat übernommen und im „Reichsvollkornbrotausschuss“ zentralisiert. In einem Flugblatt aus dem Jahre 1941 spiegelt sich im Sprachgebrauch eine gewissen Parallelität zu gegenwärtigen Begriffsbildungen wider: „Nur im nahrhaften und wohlschmeckenden Vollkornbrot sind alle Wert und Schutzstoffe des unzerstörten Getreidekorns

enthalten. Das Vollkornbrot ist das gesündeste Brot aus vollem Schrot und Korn“. Die zahnärztliche Arbeitsgemeinschaft flankierte, indem sie auf die Bedeutung einer „naturgemäßen Lebensweise für die Gesundheit“ hinwies. Noch während des Krieges wurden die „Vollkorn-Werbetage“ weitergeführt, wie NICKOL annimmt wohl auch aus dem Grund, weil durch das häufigere Kauen bereits die Hälfte der Nahrung, angesichts zunehmender Lebensmittelknappheit, satt macht.

Gesundheit und Ernährung erhalten so instrumentellen Charakter zur Durchsetzung staatlicher und ökonomischer Interessen, und es hat in diesem Kontext nur noch nachrangige Bedeutung, ob Vollkornbrot nun tatsächlich gesünder ist oder nicht. Die Motive, die hinter der Vereinnahmung und Neuordnung der Naturheilkunde durch die nationalsozialistische Medizin steckten, waren im Wesentlichen ökonomische: es sollte die Arbeitskraft durch einen leistungsfähigen Körper gesteigert werden und es war, insbesondere im Rahmen der Kriegsvorbereitungen, notwendig, durch Gebote der Mäßigung den individuellen Konsum einzuschränken; „Gesundheit“ wurde zu „Leistungsfähigkeit“ (16). Ratschläge zur gesunden Ernährung waren eingebettet in verschiedene Strategien, um Leistung kostengünstig zu intensivieren. Da gerade im Bereich der Ernährung Zwang nur schwer durchzusetzen ist, erhielt der wissenschaftliche Arbeitsbereich der „Psychischen Hygiene“ vorrangig die Aufgabe, die freiwillige Unterwerfung der Einzelnen voranzutreiben und vor allem ihre Selbststeuerungspotentiale zu aktivieren.

WUTTKE-GRONEBERG betont ausdrücklich, dass Volksmedizin und Naturheilkunde vom Nationalsozialismus nicht beerbt wurden, sondern dass sie in Teilbereichen, wo sie sich nicht internationalistisch oder sozialistisch gebärdeten, sondern lediglich Kritik an Technik und Industrie vorbrachten, integrationsfähig waren. Die Bewegung war ideales Vehikel und es wäre deshalb verzerrend, würde man ihr faschistisches Ideengut unterstellen wollen; aber ihre Methode, wie WUTTKE-GRONEBERG hervorhebt, barg kein Widerstandspotential gegen nationalsozialistisches Denken.

Trotz der Hoffnung auf Selbststeuerung wurde der Erfassungswille nicht zurückgestellt: Volksmedizin in staatlicher Hand konnte zur Prävention dienen und wurde so gesundheitspolitische Kontrollinstanz. Geplant wurde z.B. ein „Gesundheitspaß“, erstellt wurde eine Kartei, um zu einer Leistungsdiagnose der gesamten lohnabhängigen Bevölkerung zu kommen; unter dem Leitmotiv der „gesundheitlichen Gesamtbeobachtung des Lebens“ (17) wurden bereits 1934 Daten zentral erfasst.

Es bedürfte einer gesonderten Analyse, um parallele bzw. gegenläufige Entwicklungen genauer herauszuarbeiten. Eine kurzschlüssige Gleichsetzung alter und neuer Argumentationslinien würde insbesondere veränderte Entwicklungen der kapita-

listischen Produktion und der damit verbundenen Ideologien ignorieren. Ganz allgemein ist aber ein grundlegendes Motiv in der öffentlichen Thematisierung von Gesundheit durch Staat, Unternehmen und Dienstleistungen darin zu sehen, sie als Medium zur Durchsetzung ökonomischer und Kontrollinteressen zu benutzen.

Interventionen hinsichtlich der Ernährung werden gegenwärtig aus ganz unterschiedlichen Ursachenkomplexen abgeleitet; für einen Teil der Kritiker sind es die gesundheitlichen Risiken, die auf verseuchten und chemisch bearbeiteten Lebensmitteln beruhen und eine Veränderung der Ernährungsgewohnheiten notwendig machen. Ein anderer Argumentationsstrang leugnet derartige Gefährdungen und leitet die Notwendigkeit der Intervention aus dem Fehlverhalten eines Teils der Bevölkerung ab. In einer dritten Variante wird Ernährung zum zentralen Motor für eine veränderte, geordnete Lebensführung, in der die vollendete Gesundheit, wider alle Gefährdungen, das körperbezogene Ideal markiert. All diese unterschiedlichen Zugänge zum Körper werden sowohl von Dienstleistungssystemen als auch von den Individuen selbst gesucht, die sich selbsttätig um ihren Körper bemühen. Intensiviert wird dieser historisch immer wiederkehrende Diskurs vor dem Hintergrund der universellen Wahrnehmung von Risiken und existentiellen Gefährdungspotentialen. Ein solcher Diskurs macht selbstdisziplinierende Anstrengungen zwingend und zielt auf eine Systematisierung der Lebensweise und damit auf die Herstellung von Ordnung ab.

Ziel: der empfindungslose Körper

Gesundheit wird zum individuellen Handlungsbegriff, in dem die Vorstellung vorherrscht, diese durch Selbsttätigkeit herstellen und steigern zu können. Die Bedingungen, unter denen Individuen arbeiten und sich reproduzieren, werden zum statischen, von ihnen unabhängig wirkenden Gebilde. Ganz in dieser Logik argumentieren z.B. FERBER/FERBER (1979), wenn sie behaupten: „Die Aufgabe der Gesundheitsvorsorge besteht darin, ... eine Person-Umwelt-Beziehung zu wandeln, die über das subjektive Interesse stabilisiert wird, eine optimale Anpassung an gegebene Umweltaforderungen auf Dauer zu erhalten“ und sie spitzen zu: „Gesundheit kann nicht erzogen werden; Gesundheit ist eine Option“ im Sinne einer „Handlungsalternative“. Es zwingt sich die Überzeugung auf, aus der Ohnmacht heraustreten zu können, indem nach selbstverschuldeten Anteilen an den Gesundheitsbeeinträchtigungen geforscht wird; ein tiefer moralischer Verantwortungsdruck tritt an die Stelle der Autorität.

Dieser selbsttätige Handlungsbezug findet dort seine Grenzen, wo Bürokratie und Kapital Sachzwänge geltend machen; die Ursachen von Arbeitsunfällen

bleiben ebenso unangetastet (die Psychologie hat längst den typischen „Unfälle“ ausgemacht) wie die Verseuchung von Angestellten, die mit radioaktiven Materialien arbeiten. Dieses Handeln ist nach unten verlagert, eingegrenzt auf den Freizeit- und Konsumbereich. Gesundheit als Handlungsfeld zu betrachten, basiert auf der Vorstellung von der vollständigen Formbarkeit von Körper und Psyche. Die Dynamik des herrschenden Konsummodells schlägt sich auf Subjektivität nieder (22), indem nicht nur über Konsum Beschädigungen kompensiert werden sollen, sondern – und diese Entwicklung ist für die Bestimmung des Gesundheitsbegriffs zentral – indem sich das Verhältnis zu Körper und Psyche am tayloristischen Ideal ausrichtet; das gesamte Leben wird Gesundheit durch angespornt werden, da sie die gegenwärtige emotionale Verfassung überwinden wollen. In aller Offenheit artikuliert dies der Generaldirektor von IBM, als er über die Personalpolitik des Unternehmens befragt wurde: „Ich möchte, dass in den Köpfen unserer Manager und Mitarbeiter immer ein Gefühl von Ungeduld, Unzufriedenheit und Unbefriedigtsein vorhanden ist. Solange ich die Firma leite, werde ich dafür sorgen, dass die Leute sich so fühlen“ (23).

Dieser psychischen Verfassung muss entgegengearbeitet werden, weil sie leidvoll ist; angestrebt wird der reiz- und empfindungslose Zustand. Jede Missempfindung ist Belastung, Schmerzen sind Versagen. Der gewaltige Verbrauch von Schmerz-, Beruhigungs- und Betäubungsmitteln veranschaulicht, dass es oftmals nicht Absicht ist, die Ursachen von Schmerzen und Leiden anzugehen, sondern diese nicht mehr wahrnehmen zu wollen. Die Schädlichkeit chemischer Produkte wird nachrangig angesichts ihres sedierenden Effekts. Auch psychologisch-therapeutische Bearbeitungsformen sind davon nicht ausgenommen, da Elemente der Selbstbeobachtung oder des Geständnisses in der Bearbeitung (selbst)disziplinierende Mechanismen enthalten; der Zwang zur positiven, und vor allem selbsttätigen Auflösung von Leiden soll die Seele ruhig stellen. Abwesenheit jeglicher unalkalulierbarer Irritationen, keine Leiden, keine Schmerzen – das ist das Ideal. Der Philosoph und Essayist CIORAN (1982) sieht diesen Zusammenhang, wenn er schreibt: „Der Zustand der Gesundheit ist ein Zustand der Nicht-Empfindung, ja so gar der Nicht-Wirklichkeit. Sobald man aufhört zu leiden, hört man auf zu existieren“ (24). Gesundheit soll bändigen, ordnen und Reize reduzieren, um dauernde Entwertung nicht mehr spürbar werden zu lassen.

Anmerkungen/Literatur

- 1 BECK, U., „Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne“, Frankfurt/Main, 1986

- 2 WAMBACH, M. (Hrsg.), „Der Mensch als Risiko“, Frankfurt/Main, 1983
- 3 ATIALI, J. „Die kannibalische Ordnung. Von der Magie zur Computermedizin“, Frankfurt/Main/New York, 1981
- 4 VOBRUBA, G., in: WAMBACH a.a.O., S. 29
- 5 WEBER, M., „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“, Göttingen, 1934, S. 115
- 6 HAUG, W.F., „Warenästhetik, Sexualität und Herrschaft“, Frankfurt/Main, 1982, S. 33
- 7 Bundesprogramm der GRÜNEN „Gesund sein 2000“, Berlin, 1984, S. 41
- 8 BAUDRILLARD, J., „Der schönste Konsumgegenstand: der Körper“, in: GEHRKE, C. (Hrsg.), „Ich habe einen Körper“, München, 1981, S. 94f.
- 9 PÖLERT, W., „Gesunde Ernährung – ein Kooperationsproblem“, in: NÖLDNER, K./KREUTER, H. (Hrsg.), „Medizin, Gesundheit, Politik“, Köln, 1986, S. 134f.
- 10 ARIES, P., „Geschichte der Kindheit“, München, 1975
- 11 OZMENT, S., „Magdalena und Baltasar“, Frankfurt/Main, 1989
- 12 BARTHEL, C., „Medizinische Polizey und medizinische Aufklärung-Aspekte des öffentlichen Gesundheitsdiskurses im 18. Jahrhundert“, Diss., Frankfurt/Main, 1987, S. 54 und 191f.
- 13 DEPPE, H.-U. (Hrsg.), „Seminar Medizin, Gesellschaft, Geschichte“, Frankfurt/Main, 1975, S. 256 f.
- 14 SCHMUHL, H.-W., „Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie“, Göttingen, 1987, S. 80
- 15 NICKOL, Th., „Biologische Zahnheilkunde im Nationalsozialismus“, in: der artikulatur, 26, 1988, S. 25f.
- 16 WUTTKE-GRONEBERG, W., „Leistung, Vernichtung, Verwertung“, in: Tübinger Vereinigung für Volkskunde e.V. (Hrsg.), „Volk und Gesundheit. Heilen und Vernichten im Nationalsozialismus“, Tübingen, 1982, S. 26f.
- 17 ALY, G./ROTH, K.-H., „Die restlose Erfassung“, Berlin, 1984, S. 63f.
- 18 FOUCAULT, M., „Sexualität und Wahrheit“, Frankfurt/Main, 1977, S. 148
- 19 KEUPP, H.: „Normalität und Abweichung“, in: REXILIUS, G./GRUBITZSCH, S. (Hrsg.), „Psychologie“, Reinbek, 1986
- 20 BRANDSTÄDTER, J./von EYE, A., „Psychologische Prävention“, Bern/Stuttgart/Wien, 1982
- 21 LITTMANN, F., „Der 'normale' Mittelweg zum 'wahren' Selbst“, Marburg, 1980
- 22 HIRSCH, J./ROTH, R., „Das neue Gesicht des Kapitalismus“, Frankfurt/Main, 1984, S. 63
- 23 SCHABEDOTH, H.-J., „Das gepflegte Bild einer besonderen Unternehmenskultur“, in: Die Mitbestimmung, 8/87, S. 471
- 24 CIORAN, E.M., „Gevierteilt“, Frankfurt/Main, 1981, S. 109

SOZIALE ARBEIT

3.2016

Das Soziale in der Evolution | 82
Ethische Reflexion
in der Sozialen Arbeit | 89
Die Situation und
Deweys Reflexbogen
in der Sozialen Arbeit | 101

DZI

**Für Studierende:
im E-ABO
fünfundzwanzig Euro
im Jahr** !

Bestellung direkt
beim Deutschen
Zentralinstitut
für soziale
Fragen
Bernadottestr. 94
14195 Berlin

E-Mail:
sozialinfo@dzi.de

Grafikbüro 2/2016

Nicoletta Rapetti

Ganzheitlichkeit oder Totalität?

Absurde Überlegungen zu einer präventiven Sozialen Arbeit
im Gesundheitswesen



Präventionsarbeit an sich gibt es nicht. Was hingegen existiert, sind verschiedenste Ansätze Sozialer Arbeit, die wiederum präventiv orientiert sind. Prävention selbst ist zu verstehen als übergeordnete Handlungsrichtung, als spezifische Metaphysik, die eine besondere Methodik nach sich zieht. Bereits im 18. und 19. Jahrhundert wird der Begriff der Prävention bekannt als Kriegshandlung, als „Präventionskrieg“ und damit als militärischer Eingriff in eine vermutete Attacke auf politischer Ebene, die noch nicht eingetreten ist (vgl. Franzkowiak 2006: 13). Im Gesundheits- und Sozialwesen hält die Präventionsarbeit während des 20. Jahrhunderts als gedankliche Stütze zur Umsetzung rassenhygienischer Maßnahmen Einzug, bis sich die verhängnisvolle Verbindung von Hygiene und Prävention schließlich zur Eugenik des Nazi-Regimes zuspitzt (vgl. Kappeler 1999; Stöckel 2004; Lehnert 2003).

Anhand unserer skizzenhaften historischen Nachzeichnung des Präventionsbegriffs wird deutlich, dass man Prävention als alleinstehendes Prinzip zunächst vergeblich sucht. Worauf der Begriff der Prävention jedoch stets verweist, ist der Blickwinkel, unter dem Entscheidungen getroffen und Handlungen vollzogen werden. Prävention im Gesundheitswesen meint dabei die Erhaltung von Gesundheit und die Förderung von Handlungen, die negativ prognostizierte Ereignisse abwenden und Risiken mindern sollen. Prävention bedeutet damit zu handeln, bevor ein anderer handelt, bevor eine Situation mich ergreift und jede Aktion, die ich erwidern möchte, bloß nachfolgende Handlung ist. Wo für Befürworter des Präventionsprinzips nachfolgende und reaktive Handlungen damit schnell als passiv gelten, sehen kritische Stimmen hier eine neue Praktik sozialer Steuerung (vgl. u.a. Kessler 2005).

Das vielleicht eindrucksvollste und konkreteste Beispiel präventiver Steuerung, von dem jegliche Präventionsarbeit gleichermaßen nachhaltig beschädigt

ist, findet sich in der Zeit des Nationalsozialismus. Sind Fürsorgerinnen zwar nicht direkt an der dortigen Vernichtung marginaler Gruppen beteiligt, so bilden sie doch ein wichtiges Zwischenglied zur Ermittlung „Minderwertiger“ und deren Zuführung in weitere Maßnahmen (vgl. Kappeler 1999; Lehnert 2003). Nach dem Untergang des Nazi-Regimes und dem Ende der gerne als „Moderne“ beschriebenen Zeitspanne, die von den Gedanken an Eindeutigkeit und einem Glauben an feststehende und unantastbare Wahrheiten gekennzeichnet ist, wird die neue Zeit der sogenannten Postmoderne eingeläutet, in der die Annahme eine Vielheit von Wahrheiten und einer Pluralität der Menschen und Prinzipien der erschütternden Erkenntnis der Konsequenzen der nazistisch betriebenen gedanklichen Engführung nachfolgt (vgl. Bauman 1991). Der Leitgedanke der Prävention verschwindet damit nicht aus der Sozialen Arbeit. Was sich wandelt, ist der Blick auf ihre Adressaten. Insbesondere in der gesundheitsfördernden Sozialen Arbeit – im Bereich von Suchthilfe, Rehabilitation und Psychiatrie – weicht der eindimensionale, personalisierte Fokus auf den Adressaten in seiner Funktion als Gegenstand der Arbeit einem ganzheitlichen, bio-psycho-sozialen Blick, auf welchem die weiteren Handlungsschritte maßgeblich aufbauen (vgl. Franzkowiak 2006: 22).

Bis heute verfolgt die präventive Soziale Arbeit das Ziel, Gesundheitsrisiken zu vermeiden und Ressourcen zur Erhaltung und Förderung von Gesundheit zu mobilisieren (vgl. Noack 1996). Die Metaphysik der Prävention bleibt der Sozialen Arbeit damit erhalten, während ihr Ansatz verwandelt ist. So stellt Prävention ein Prinzip dar, das dadurch Sicherheit vermittelt, dass es gut plan- und umsetzbar erscheint und nicht zuletzt wenig angreifbar ist, denn wer kann es ernstlich erwägen, dem Nutzen gesundheitsfördernder Maßnahmen auf Verhaltens- wie auch Verhältnisebene zu widersprechen?

Dennoch wurden präventive Maßnahmen von einer Schar kritischer Stimmen innerhalb des Gesundheits- und Sozialwesens so häufig angegriffen, dass man sich fragen kann, ob eine weitere kritische Analyse etwas zutage bringt, das nicht schon längst beleuchtet wurde. Zu gleicher Zeit nimmt die Begeisterung für Prävention stetig zu. Was den Kritikern präventiver Strategien vorwiegend suspekt erscheint, ist all jenes, das den Hauch der Eugenik immer noch mit sich führt – und mit ihm die genetische und neurowissenschaftliche Ausrichtung von Prävention (vgl. Franzkowiak 2006: 13f.). Dagegen als die Risiken der Prävention eindämmend und sogar förderlich wird die Verbindung von ganzheitlicher Perspektive und präventiver Strategie verstanden, indem jener Perspektive zugeschrieben wird, den medizinischen Einfluss in die Soziale Arbeit zu mindern (vgl. Geißler-Piltz et al. 2005; Mühlum 2002; Pauls 2004). Doch ist diese Schlussfolgerung einer

pauschalen Verdammung von Genetik im Gesundheits- und Sozialwesen gerechtfertigt? Lässt die Glorifizierung möglichst pluraler Blickwinkel sich nach einer kritischen Analyse ihrer Prinzipien und Annahmen halten? Kann eine stets auf Zukünftiges gerichtete Prävention eine sprichwörtlich „gesunde“ Erweiterung durch den Ansatz der Ganzheitlichkeit erfahren? Wo ist der Mensch, den wir innerhalb all dieser Perspektiven und Leitlinien zu begleiten suchen? Und wo ist bei alledem die Gegenwart, das Jetzt und Hier, der Moment? Spielt er überhaupt eine Rolle für das, was Prävention leisten soll, für die Gesundheit des Menschen?

Der mehrdimensionale Mensch

Kritik an den Strategien von Prävention im Bereich der Sozialen Arbeit besteht vor allem aufgrund der immanenten technischen Einfärbung des Hilfeprozesses. Entschärft wird jene Kritik insbesondere durch die seit den 1980er Jahren praktizierte Verbindung von präventiver Strategie und ganzheitlicher Perspektive. Das spezifische Merkmal der Ganzheitlichkeit ist der sogenannte psychosoziale Blick auf das Individuum. Auf der Suche nach Wahrheiten unter Anwendung der Frage nach dem ursächlichen Warum bestimmter Erlebens- und Verhaltensweisen werde aus entsprechend gewonnenen Erkenntnissen ein Erklärungsmodell konstruiert, um in der Folge einen Lösungsansatz kreieren zu können (Pauls 2004: 205). Dieses Erklärungsmodell setze sich dabei aus vielen Perspektiven zusammen, die nunmehr in der Lage seien, ein wesentlich lebendigeres und vielschichtigeres Bild des Menschen zu zeichnen, den sie betrachten und dessen Erklärungsmodell sich vor Aufkommen des ganzheitlichen Ansatzes aus nur einer Betrachtungsweise gespeist habe.

Der Aspekt der Ganzheitlichkeit finde seinen Ursprung in der Definition von Gesundheit der WHO des Jahres 1948. Hier sei das Verständnis der Medizin von Wirkung und Ursache maßgeblich erweitert worden, indem mehrere Ebenen des Wohlbefindens beleuchtet und ein kausaler Zusammenhang zwischen körperlichem, seelischem sowie sozialem Wohlbefinden eines Menschen betont worden sei (Geißler-Piltz et al. 2005: 21). Gesundheit beruhe hier neben körperlich-organischen Faktoren auf der Beschaffenheit individueller Lebensverhältnisse und Lebensweisen. Basis für dieses Denken bilde die Annahme, dass Leib, Psyche und Sozialität als voneinander abgetrennte operative Systeme agierten, welche als Zentralstellen des Lebens im Individuum miteinander in ständigem Austausch stünden wie auch voneinander abhängig seien (ebd.: 22). Man gehe davon aus, dass sich aus den durch permanente Wechselbeziehungen hervorgebrachten Veränderungen Entwicklungen sowie Verläufe von Störungen erklären ließen (Pauls

2004: 85). Ein spezifischer „doppelter Blick“ nehme dabei sowohl Klient als auch Umwelt ins Visier (Geißler-Piltz et al. 2005: 14). Besonderer Aufmerksamkeit erfreuten sich hier besonders auf das individuelle Wohlbefinden auswirkende Faktoren wie genetische Dispositionen, soziale Schichtzugehörigkeit, schädigendes Gesundheitsverhalten oder kritische Lebensereignisse (ebd.). Da viele Risiken und Problematiken der Adressaten unterschiedlichste Ursachen hätten, man denke etwa an Suchterkrankungen, werde das Zusammenspiel der drei Systeme genau betrachtet. Interdisziplinäres Wissen und Kooperationen trügen hier zur Erschließung von Leib, Seele und Sozialität bei. Besonders das im Menschen befindliche soziale System wirke sich, wie Geißler-Piltz et al. betonen, erheblich auf die Gesundheit aus. So stellten etwa schädliche Kontakte, geringe ökonomische Möglichkeiten oder mangelnde soziale Unterstützung Risikofaktoren für die subjektiven Befindlichkeiten dar (ebd.: 82).

Praktisch führen diese Annahmen dazu, dass nur bestimmte Personenkreise sich innerhalb präventiver Maßnahmen tummeln, nämlich jene Kreise, bei denen sich schädigende Kontakte oder geringe ökonomische Möglichkeiten ausmachen lassen und die bereits dem kooperativen Zugriff bestimmter Institutionen unterliegen. So finden wir in den bundesweiten Präventions- und Frühinterventionsprogrammen der Suchthilfe FreD (Frühintervention bei erst auffälligen Drogenkonsumenten) und SKOLL (Suchtkontrolltraining) insbesondere Jugendliche, die zum einen „Drogen konsumieren und damit aufgefallen sind“ (FreD 2016), bei denen also eine polizeiliche oder schulische Meldung erfolgte, und die zum anderen bereits institutionell bekannt sind, weil etwa ihre Eltern Transferleistungen bei der Agentur für Arbeit beziehen, weil innerhalb der Familie bekannte Drogenproblematiken vorliegen oder weil bereits das Jugendamt aufgrund von Erziehungsschwierigkeiten eingeschaltet wurde. Den Sohn des Beamten werden wir dort selten vorfinden, denn sein Umfeld, seine Kontakte und seine ökonomischen Möglichkeiten gelten als gesichert. Sie schützen ihn, auch wenn er ebenfalls mit Drogenkonsum auffallen sollte, und entziehen ihn damit der institutionellen Kontrolle.

Die Erweiterung des Gesundheitsverständnisses durch den sozialen Aspekt wurde besonders im Bereich der Präventionsarbeit registriert und als Bestandteil der Handlungsorientierung sowie der Abgrenzung zur Medizin integriert. Unter dem ganzheitlichen Blickwinkel der Prävention gewinne insbesondere die soziale Komponente in Bezug auf subjektive Gesundheitserhaltung an Bedeutung. Gerade durch die Hervorhebung der psychosozialen Dimension des Phänomens Gesundheit erfahre das biomedizinische Krankheitsverständnis einen Ausgleich zugunsten der Subjektivität (Geißler-Piltz et al. 2005: 21). Zugleich werde der

Klient vor einer ausschließlichen Konzentration auf seine Person und dem berühmten „psychologischen Blick“ geschützt, durch welchen Problematiken Gefahr liefen, missinterpretiert und außerhalb ihres Kontextes betrachtet zu werden (vgl. Crefeld 2004). Eine präventive Soziale Arbeit könne hier profitieren, indem sie unter Betrachtung des „gesamten“ Menschen mit all seinen auf das Wohlbefinden einwirkenden Bereichen den medizinischen Blick produktiv ergänze, anstatt den eigenen Wirkungsbereich durch professionellen Konkurrenzkampf zu gefährden. Damit solle zugleich Distanz wie auch Erweiterung zum medizinischen Gesundheitsmodell geschaffen werden (Geißler-Piltz et al. 2005: 21). Die Schwierigkeiten eines technischen Modells und der damit verbundenen Reduktion des Menschen auf objektive Merkmale werde durch die individuelle Berücksichtigung spezifischer Lebensbedingungen entschärft (vgl. Mühlum 2002: 25).

Das bedeutet, die Soziale Arbeit könne gerade durch die klare standardisierte Erfassung von Problematiken auf mehreren Ebenen die erzeugte objektive Rationalität zugunsten der individuellen Betrachtung nutzen und von der psychosozialen Datenerhebung profitieren. Somit könnten subjektive Einflüsse, Verbindungen sowie Potentiale entdeckt werden, die vielleicht nicht relevant erscheinen und anderweitig nie zum Vorschein gelangt wären, sich aber als besonders hilfreich, wichtig oder erkenntnisförderlich erweisen. Anhand dieses Erkenntnisgewinns könnten wiederum spezifische individualisierte Leistungsangebote entwickelt und die Lösung von oftmals engmaschigen Rastern und Rahmenbedingungen ermöglicht werden (Kessl 2005: 164). Auch für den Klienten selbst erschlossen sich durch dessen mehrdimensionale Betrachtung neue Perspektiven. Durch die Herausarbeitung und Benennung von Risiken im Gesundheits- und Sozialverhalten in allen Lebensbereichen könnten Einsichten in Zusammenhänge zwischen Problemen, Lebenslagen, Beziehungen, Verhaltensweisen und subjektivem Erleben neu erschlossen werden, deren Dynamik bisher verborgen war (Pauls 2004: 206).

Ganzheitlich orientierte Präventionsarbeit biete damit durch ihre konkrete Erfassung des Adressaten eine gute Möglichkeit, um frühzeitig auf sich eventuell weiter ergebende Problemfelder entsprechendes Einwirken wie auch Vorbeugen zu ermöglichen, um so die Handlung vor der Problementfaltung erheblich zu erleichtern. Die Pluralität der Perspektiven versuche damit, dem Bild des Menschen und seiner Umwelteinflüsse gerechter zu werden, als es ein bloßes Wissen um seine genetischen Voraussetzungen je werden könne. Was mit einem Mehr an Perspektiven dabei jedoch keineswegs durchbrochen wird, ist der Wille, das Betrachtete festzuschreiben, zu klassifizieren und prognostisch zu deuten. Welche Schwierigkeiten mit einer solchen Festschreibungs- und Deutungseuphorie

einhergehen und welche Annahmen sie begleiten, wird Gegenstand der folgenden Analyse sein.

Die Mystik der Kausalität

Aus dem beschriebenen Versuch, die verrufene Eindimensionalität medizinischer Einflüsse innerhalb präventiver Sozialer Arbeit aufzuheben, speist sich unsere These, dass die Verschmelzung von Ganzheitlichkeit und Prävention die widersprüchliche „Nebenwirkung“ mit sich führt, die Ausweitung des medizinischen Verständnisses auf nahezu alle Bereiche menschlichen Daseins noch voranzutreiben.

Der Einsatz einer psychosozialen Perspektive soll primär eine Antwort auf die massive Kritik am praktizierten kausal-linearen Wahrheitsanspruch im Hilfefprozess geben. Tatsächlich wird das lineare Kausalitätsverständnis zugleich auf viele Ebenen ausgeweitet, da das Verhalten und Befinden eines Menschen nach wie vor als Resultat einer bestimmten Ursache verstanden wird, wie auch in den Naturwissenschaften angenommen wird, alle Dinge dieser Welt seien verursacht durch etwas Wirkendes. Nach Friedrich Nietzsche basiert diese Annahme auf dem tief verwurzelten, religiösen Glauben des Menschen, allem Geschehenden läge das Gesetz von Ursache und Wirkung, ausgelöst durch einen „Willen als Ursache und persönlich wollende Wesen im Hintergrunde wirkend“, zugrunde (2000: 143). Der Wille wird verstanden als der Beginn aller Wirkung, wobei jede Wirkung zugleich Ursache ist. „Der Wille ist eine magisch wirkende Kraft. Der Glaube an den Willen als die Ursache von Wirkungen ist der Glaube an magisch wirkende Kräfte“ (ebd.). Das Vorhandensein eines Willens genügt, um seinerseits die Bedingtheit von Wirkung und Ursache sowie ihr Verhältnis zueinander festzustellen.

Mit einer solchen naturwissenschaftlichen Rationalisierung religiösen Ursprungs wird übergangen, wie all die feinen Mechanismen des Wollens selbst verlaufen. Es ist ebenso möglich, dass nicht der Wille bewirkt, sondern dass die eigentliche Wirkung ihn erzeugt, so würde die Wirkung zur Ursache führen, nicht die Ursache zur Wirkung. Was zuerst war, wenn es denn überhaupt stets ein Vorhergegangenes und ein Nachfolgendes gibt, kann nicht festgestellt werden. Die Suche und Festlegung einer Ursache würde einer Überdeckung tatsächlicher Wirkungsprozesse und somit eher einer Verdrängung denn einer Lösung gleichkommen.

Um die angenommene Linearität der naturwissenschaftlichen Denkweise von Kausalitäten im sozialen Kontext zu durchbrechen, nimmt der ganzheitliche Blick mehrere mögliche Ursachen einer Wirkung an, wodurch die Kausalitätsproblematik weniger entschärft denn umso mehr verwässert wie auch gefestigt wird. Ebenso

fällt dieses Vorgehen noch hinter die Erkenntnisse der Naturwissenschaften zurück. Diese gehen zwar vom Vorhandensein von Ursachen und Wirkungen aus, nehmen aber an, dass beide Kräfte zu gleicher Zeit auftreten. So schreibt Isaac Newton im dritten seiner Gesetze: „Kräfte treten immer paarweise auf. Übt ein Körper A auf einen anderen Körper B eine Kraft aus (actio), so wirkt eine gleich große, aber entgegen gerichtete Kraft von Körper B auf Körper A (reactio)“ (1726: 14). Damit sind Wirkungen und Ursachen nicht voneinander zu trennen, sondern vielmehr Kräftefelder zu beobachten.

Der ganzheitliche Blick soll zudem die Einsicht sowohl in als auch von Adressaten besonders fördern. Im Gegensatz dazu steht, dass die Funktion des psychosozialen Blicks die rationale Erfassung des Menschen nach Vorbild der Medizin stringent weiterentwickelt, während dieser Faktor zugleich als spezifische Abgrenzung von Objektivierungsprozessen benannt wird, um so die Objektivierung der Subjekte ad absurdum zu führen. Das Neue dieser Form des sozialen Eingriffs geht einher mit einer Gesellschaft, in der ein Mensch sich selbst verwaltet und organisiert. So wird zwar die Verantwortung wie auch die Verwirklichung einer „Heilung“ der drohenden pathologischen Nonkonformität dem Subjekt übergeben, Kontrolle und Zwang zur gesunderhaltenden Veränderung jedoch verbleiben in institutioneller Hand. Das bedeutet, dass gerade der institutionelle Zwang zur Veränderung eines Verhaltens vor Entstehung einer tatsächlichen Problematik ausgeübt wird, die Ausführung der Verhaltensänderung verbleibt dem Subjekt. Der Adressat darf wohl entscheiden, aber es ist bereits entschieden, dass er überhaupt entscheiden muss und was er entscheiden muss. So heißt es im Programm der präventiven Suchtkontrolltrainingsgruppe SKOLL: „SKOLL hilft, sich selbst mit einem Trainingsplan zur Selbstkontrolle herauszufordern“, wie SKOLL im gleichen Zuge auch hilft, „eine eigene Entscheidung über weiteren Konsum zu treffen“ und „neue Ideen für alternative Verhaltensweisen zu finden“ (SKOLL 2016). Unter einem individuellen Fokus wird der Einzelne verglichen, bewertet und gegebenenfalls aktiviert. „Die neue Moral subjektiver Selbstführung kleidet sich im Gewand eines ganzheitlichen Selbstverständnisses. Sie soll in alle Poren der Fachlichkeit und von dort aus in die Lebensführung der Nutzer einsickern“, wie es Fabian Kessel ausdrückt (2005: 164). So verhindert der subjektive Fokus auf alle Erlebenswelten des Adressaten die Entdeckung eines Individuums mit all seinen Handlungsbeweggründen mehr, als er sie fördern könnte.

Unter den Prämissen von Modernität und Qualität erscheint die Spezifizierung auf den Einzelnen ganz natürlich. Doch intentionsleitend ist in diesem Prozess weniger der Protagonist, sondern die unsichtbare Masse, welche innerhalb ihres Systems funktionsfähig bleiben will. Das aus der Masse herausgelöste, beschaute

Individuum erscheint hilflos in Anbetracht der präventiven Fürsorglichkeit, die ihm zukommen soll, denn der Fall ist das Individuum in seiner Individualität selbst (Weber 2003: 275), und das nicht nur in Hinblick auf aktuelle, sondern gerade auf zukünftig prognostizierte Problemlagen. Die Wendung von der Problematik als solche hin zum Subjekt als Gegenstand der Behandlung ist als immanenter Bestandteil des medizinischen Verfahrens zu verstehen. Die Medizin wiederum verfügt nicht über eigene Diagnoseinstrumente. Sie bedient sich der Statistik, durch welche induktiv die Grenzen von Krankheit und Normalität festgelegt werden (vgl. Rapetti 2014). Zugleich belegen die neusten Erkenntnisse der Neurowissenschaften selbst, u.a. von Roger Sperry, dass wir Menschen in höchstem Maß unterschiedlich sind (Frances 2013: 35). Damit besteht eine erhebliche Diskrepanz zwischen theoretischem Wissen der Medizin und dessen Nutzen für eine praktische Behandlung. Im Wissen darum, dass Medizin wie Psychologie nach der Glockenkurve arbeiten und darüber die Norm definieren, gebe es tatsächlich keine berechtigte Grenze zwischen Norm und Krankheit. So gibt der Psychiater Allen Frances (ebd.: 36), Mitherausgeber der dritten und vierten Revision des „Diagnostic and Statistical Manual“ (DSM), selbstkritisch zu bedenken. Jene Paradoxie von Theorie und Praxis der Medizin schlägt auf den Behandlungsprozess zurück. Der Einzelne muss sich an Normkonstrukten fern einer Repräsentanz des Realen messen lassen und anstreben, ihnen ähnlich zu werden. Eben jene Konstrukte finden sich in diesem Prozess bald in ein Reales umgesetzt.

Michel Foucault wiederum sieht in jenem Umwandlungsprozess den Umschlag von Wissen und Macht, in dem die humanistischen Erkenntnisse, zunächst in Form einer Befreiung des Menschen, machtvoll und repressiv auf ihn zurückwirken. Das Individuum selbst sei so anstelle der ursprünglich abweichenden subjektiven Problematik gerückt. Das Individuum in seiner Transparenz solle angeglichen werden, indem man es ganz durchdringe, um sein Denken, seine Empfindungen, seinen Willen zu erreichen (Foucault 1976: 25). So werde das Subjekt einer absoluten ganzheitlichen Durchleuchtung und kontrollierenden Behandlung von Körper und Seele unterworfen, welche in dieser Form mit Totalität gleichzusetzen sei (Dörner 2003: 231). Individuelle Rückzugspunkte in Form eines Privaten, welches nicht in den pathologischen Kontext miteinbezogen wird, gibt es nicht, und sie kann es auch nicht geben, wo das Subjekt nicht erst bei Auftritt eines als schädlich befundenen Abweichens, sondern bereits vor der Abweichung selbst beschaut wird. Unter dem „Blick durch eine Lupe“ (Foucault 2011: 32) werde der Klient auf die Erkennung spezifisch vorbestimmter Aspekte hin untersucht. Im harmlosesten Fall der Auswirkungen von Präventionsmaßnahmen arbeiten wir folglich lediglich am Menschen vorbei.

So ist es weniger der bloße Blick auf genetische Dispositionen, der ein präventives Vorgehen den Verfahren des Nazi-Regimes nahebringt, sondern jener Prozess, der immer noch festschreibt, den Menschen in seiner Vereinzelung ganz und gar erfassen und einem zukünftigen Ziel zuführen möchte.

Die Prävention zum Tode

Was einem präventiven Denken, Menschen und Dinge einem zukünftigen Ziel unterzuordnen, neben der angeführten Kausalitätslogik zwingend innewohnen muss, ist die Annahme, dass es zum einen überhaupt ein Morgen gibt, das ich zum anderen steuern und zu dem hin ich lenken kann. Die Natur der Zukunft gestaltet sich im menschlichen Erleben dagegen vielmehr als niemals anzutreffender, unzugänglicher Augenblick, der immer schon fort ist, wenn man glaubt, irgendwo bei ihm anzukommen. Der Glaube an ein Morgen wird dann zum Glauben an eine Ewigkeit, wenn meine Ziele in einer nie greifbaren Zukunft liegen. Was eine Ewigkeit und deren Bedeutung für den Menschen hingegen zutiefst erschüttert, ist die Faktizität des Todes. Was wir im letzten Teil unseres Beitrags verfolgen, ist eben jene Spur der Erkenntnis des Todes als einzig sichere Zukunft des Menschen in Bezug auf eine Arbeit, die sich gerade auf das Vorhandensein einer Zukunft im Leben stützt.

In Albert Camus finden wir einen Philosophen, der sich vornehmlich der Frage widmete, was die Erkenntnis des eigenen zukünftigen Todes für das Leben eines Menschen bedeutet, wie weit sie in unser alltägliches Denken und Handeln hineinreicht. Camus bezeichnet den Moment der Bewusstheit des eigenen Todes in Anbetracht einer schweigenden, unvernünftigen Welt als Moment des Absurden (vgl. 2000: 25ff.). Das Absurde meint damit einen existenziellen Moment der Erkenntnis, in dem ein Mensch sich als zutiefst von aller Natur getrenntes Wesen entdeckt, dessen Vernunft und Emotionalität ihm in der Welt einzigartig erscheinen, in dem er kein ihm tatsächlich nahes Äquivalent in eben dieser Welt vorfindet. Und dennoch sehne jener Mensch sich nach tiefer Nähe und einer diffus verloren geglaubten Einheit mit der Natur, wenngleich eine solche Einheit ihn als Menschen auflösen müsste. Eng mit der Widersprüchlichkeit dieses Empfindens verbunden ist die Frage nach dem Sinn einer solchen Existenz, die scheinbar mehr zu denken als zu handeln vermag und die damit kaum mehr als ein Gefangener der eigenen Bewusstheit ist. Camus drückt dieses Erkenntnisproblem wie folgt aus:

„Ich kann alles leugnen von dem Teil von mir, der von ungewissen Sehnsüchten lebt, nur nicht das Verlangen nach Einheit, den Drang, Lösungen zu finden [...] Ich kann

alles widerlegen in dieser Welt, die mich umgibt, die mich abstößt oder begeistert, nur nicht dieses Chaos, [...] und diese göttliche Gleichwertigkeit, die aus der Anarchie erwächst. Ich weiß nicht, ob diese Welt einen Sinn hat, der über sie hinausgeht. Aber ich weiß, daß ich diesen Sinn nicht kenne und daß es mir vorerst auch nicht möglich ist, ihn zu erkennen. Was bedeutet mir ein Sinn, der außerhalb meiner *conditio* liegt? Ich kann nur auf menschliche Weise etwas begreifen. Was ich berühre, was mir widersteht, das begreife ich. Und daß ich diese beiden Gewissheiten – mein Verlangen nach Absolutem und nach Einheit und die Unmöglichkeit, diese Welt auf ein rationales [...] Prinzip zurückzuführen – nicht miteinander versöhnen kann. [...] Wäre ich Baum unter Bäumen, [...] dann hätte dieses Leben einen Sinn oder dieses Problem hätte vielmehr keinen, denn ich wäre Teil dieser Welt. Ich wäre diese Welt, gegen die ich mich jetzt mit meinem ganzen Bewusstsein und mit meinem ganzen Anspruch auf Vertrautheit stemme. Eben diese so lächerliche Vernunft setzt mich in Widerspruch zur gesamten Schöpfung“ (ebd.: 69f.).

Dieser essentielle Eindruck von Fremdheit in der Welt lasse viele Teile des eigenen Lebens als zutiefst fremdbestimmt erscheinen, lasse ein Bild des eigenen Daseins gefangen im Uhrwerk von Konvention und Zeit entstehen. Jenes Gefühl der Fremdheit in der Welt kann bis hinein in die eigene Person reichen. So bezeichnet Jean-Paul Sartre all jene fremdbestimmten Handlungen innerhalb der eigenen Person als den „Ekel“ (vgl. 1963). Das Absurde, das jenen Eindruck des Ekels in uns erweckt, könne uns praktisch jederzeit hinter jeder beliebigen Straßenecke einholen (Camus 2000: 20), und das mit einer dermaßen machtvollen Kraft, der wir entweder ausweichen und uns auf vielerlei zerstreuen Wegen von ihr abwenden, der wir uns anderenfalls jedoch stellen könnten, um damit unseren bisherigen Weg – immer der Zukunft entgegen – zu verlassen: „Solange der Geist in der reglosen Welt seiner Hoffnungen schweigt, spiegelt und ordnet sich alles in jener Einheit seiner Sehnsucht. Bei seiner ersten Regung aber wird diese Welt brüchig, sie stürzt ein“ (ebd.: 29).

Jener Einsturz der Welt sei nicht so schrecklich, wie er uns anmutet, auch wenn er zweifellos Gefahren berge, indem er uns ein Neues eröffne. Nach Camus bedeutet dieser Verlust von Hoffnung und Zukunft einen Zuwachs an Beweglichkeit. Bevor der Mensch dem Absurden begegne, lebe er mit Zielen, mit einer Sorge um die Zukunft, er berechne seine Chancen, er glaube an später. Er glaube noch, dass irgendetwas in seinem Leben gelenkt werden könne. Tatsächlich handle er, als wäre er frei, wenn auch alle Tatsachen gegen diese Freiheit sprechen. Nach der Begegnung mit dem Absurden sei alles erschüttert. Diese Vorstellung: „Ich sei“ meine Art zu handeln, als hätte alles einen Sinn, selbst wenn ich gelegentlich sage, dass nichts Sinn habe, all das werde durch die Absurdität eines möglichen Todes auf eine schwindelerregende Weise Lügen gestraft (ebd.: 76).

Camus Erschütterung baut zweifellos darauf auf, dass ein jeder und er selbst den Tod und das Sterben als etwas Unfassbares, geradezu Inakzeptables, das Leben selbst dabei als die größte Gabe an den Menschen empfinden müsse. Damit argumentiert auch Camus in höchstem Maße individualistisch. Doch Camus eröffnet hier einen individuellen Weg, der jenseits von staatlicher Steuerungstaktik und reflexionsarmer Anpasstheit, aber auch jenseits jeder Art von politischer Revolutionsutopie liegt. Er offenbart einen liebevollen Blick für ein verzweifelt Handeln im Wissen um eben die Sinnlosigkeit dieses Handelns, wie es vielleicht nur dem Menschen eigen ist. In der Hoffnung auf eine bessere Zukunft sieht Camus gerade den Feind eines leidenschaftlichen Lebens: Jener Mensch, der eines Tages nicht mehr umhin kommt zu erkennen, dass auch er sterben muss und dass nichts für ihn ewig ist, dass er im Grunde nichts erfährt und kennt als sich selbst in der Gegenwart und im Verlauf der Zeit, der er angehört, und dessen Tod die tatsächlich einzige Zukunft darstellt, von der er sicher ausgehen kann, dieser Mensch kann eine auf die Zukunft ausgerichtete, präventive Lebensweise kaum noch als mehr erkennen denn eine „Gesundheit zum Tode“ (Adorno 1969: 68), eine vorwiegend leidenschaftslose, aber vermeintlich gesunde Lebensart. Der hoffende Mensch vermeide den Kampf mit der konkreten Gegenwart und integriere die Absurdität, so dass sich gerade das auflöst, was ihn als Menschen ausmache: die Zerrissenheit (vgl. ebd.: 42ff.).

Der Kampf mit der Gegenwart ist eben dasjenige, was Prävention zu vermeiden sucht. „Das „tödliche Ausweichen“ ist dabei die Hoffnung, auf ein „anderes Leben, das man sich „verdienen“ muss, oder die Betrugerei jener, die nicht für das Leben selbst leben, sondern für irgendeine große Idee, die das Leben überschreitet, es sublimiert, ihm einen Sinn gibt und es verrät“ (ebd.: 17). Per Prävention wird jener verräterische Sinn zum fremdbestimmten Sinn, nicht einmal selbstbestimmt ist der Betrug am eigenen Leben. Dagegen sei ein Leben in Absurdität die Gleichgültigkeit der Zukunft gegenüber und die Ausschöpfung der Leidenschaft (vgl. ebd.).

Was Camus bei all seinen Ausführungen interessiert, ist die Frage, wie man in Anbetracht der eigenen Sterblichkeit und ohne die Flucht in eine andere, der Seele eine Zukunft verleihende Idee „unwiderruflich“ leben kann (ebd.: 72). Den Eindruck der Absurdität brechen, würde stets eine Abkehr von der eben gewonnenen Erkenntnis bedeuten. Im verzweifelt Aufbegehren gegen das Absurde und die Sinnlosigkeit des Sterbens sieht Camus gerade das, was den Menschen selbst ausmacht, was eben zutiefst menschlich ist. Auch fremde Erklärungs- und Rechtfertigungsmuster für das eigene Dasein lässt er nicht gelten: Die Doktrinen, die mir alles erklären, schwächen mich, sie „entlasten mich von dem Gewicht meines eigenen Lebens, das ich doch allein tragen muß“ (ebd.: 74). Dagegen lautet seine Strategie, das Bewusstsein, das uns eben von der Welt trennt, ständig wiederkehren

zu lassen und das Hoffen zu verlernen, denn es stehle uns unsere ohnehin knapp bemessene Zeit. Es geht ihm darum, dass die Hölle des Gegenwärtigen wieder das Reich des Menschen werde, in der er ganz und gar aufgehen könne (ebd.: 70). Alle Probleme gewinnen dadurch wieder an Schärfe, die geistigen Konflikte würden wieder zu Fleisch und Blut (ebd.).

Wo bei präventiven Maßnahmen noch keine Problematiken im Wortsinn bestehen, es also nur das Abstraktum gibt, gegen das wir Schattenkämpfe führen sollen, wo unser Raum genommen ist, indem nicht einmal unser Gegner einen tatsächlichen Raum einnimmt, fließt in gleicher Weise der Strom der Zeit an uns vorbei, doch spart das Alter uns dabei nicht aus. Wir leben gewissermaßen fiktiv, mit möglichen Sorgen und ungewissen Risiken in ein vermutetes Morgen hinein wie eine gut gebaute Mechanik. Vielleicht bleiben wir dabei gesund, aber auch tot, denn nur, was tot ist und damit die Zukunft im Sinne eines endlichen Zeitpunktes erreicht hat, kann vollendet, vollkommen und somit gesund sein.

Natürlich gibt es bei Camus weniger von einer erstrebten Gesundheit, denn Lösungen will er nicht liefern. Er bleibt ein ungemütlicher Zeitgenosse eines vergangenen Jahrhunderts, der uns vielleicht unangenehm ist, der lästig ist, indem er keine Erleichterung verschafft, keine Widersprüche auflöst. Was er uns zurückgibt, sind gerade die Probleme selbst, die Mauern, die Gefangenheit und unser Scheitern an der Welt. Keines dieser Probleme „ist gelöst, aber alle sind verwandelt“ (ebd.: 71). Sie ermöglichen uns gerade dadurch, dass sie aus der Fiktion treten und Gestalt annehmen, dadurch, dass sie Raum einnehmen, den wir ihnen gewähren, dass wir uns tatsächlich auf sie einlassen, uns Situationen stellen, agieren wie auch reagieren, schlicht, aber wahrhaftig und überhaupt zu leben – und uns ebensowenig einer tödlich-fremdbestimmenden Prävention auszusetzen, wie sie auf andere anzuwenden.

Freiheit und Morgen

Was als Erkenntnis der vorhergegangenen Analyse ganzheitlicher Präventionsarbeit gezogen werden kann, ist die Einsicht, dass es nicht das Mittel ist, das den Zweck schon in sich trägt und jeden Prozess bereits im Kern verwirken muss. Vielmehr sind wir selbst es und sind es die Institutionen der Sozialen Arbeit, welche die Zwecke formulieren und die Mittel dazu finden. Allein der biomedizinische Bezug präventiven Arbeitens übt noch keine steuernde Funktion auf den Menschen aus. Vielmehr wird an der ganzheitlichen Umkleidung der Präventionsarbeit sichtbar, dass es nicht zwingend die Mittel sind, die einer Hinterfragung und Erneuerung bedürfen, sondern dass sich die Zwecke der Arbeit scheinbar wenig

gewandelt haben. Eine Arbeit, die sowohl ziel- als auch zukunftsorientiert agiert, kommt kaum umhin, frei von Steuerung zu sein. Eine Arbeit, die dabei suggeriert, nur das individuelle Wohl des Menschen im Sinn zu haben, kann kaum vor dem Verlust ihrer eigenen Glaubwürdigkeit gerettet werden, wenn sie selbst es ist, die das individuelle Wohl des Menschen vorgibt.

Zu bedenken ist hierbei, wie ehrgeizig das Vorhaben ist, eine Person in einem begrenzten Handlungs- und Zeitrahmen mit all ihren Lebens- und Verhaltensweisen auf mehrdimensionaler Ebene zu erfassen, um anschließend deren Gewichtung sowie Kausalität zueinander zu ermitteln. Schon diese Unmöglichkeit der Aufgabe wird noch ergänzt durch die Schwierigkeiten bei der Exploration durch unterschiedliche Interessen wie auch höchst subjektive Angaben der Informationsquellen (vgl. Hekele 2005: 42). Aus diesen subjektiven, selektiven, gewichteten Informationsteilchen entsteht schließlich ein psychosozial-mehrdimensionales Bild des Klienten, welches die ganze Wahrheit des kausalen Zusammenhangs all seiner lebensbedingten Verstrickungen offenbart. Ob auf diesem Bild zwischen Dimension und Ganzheit noch der Mensch selbst zu entdecken ist, bleibt fragwürdig. Sicher ist, dass anhand dieses Bildes die Zeichen gedeutet, das weitere Vorgehen beschlossen und das Subjekt bestimmt wird.

Was die Konsequenzen dieser Einsichten für eine Präventive Soziale Arbeit im Gesundheits- und Sozialwesen bedeuten, lautet im Rückgriff auf Camus, dass es gerade nicht darum geht, ein durch verallgemeinerte Zukunftsziele versklavtes Verhalten hervorrufen zu wollen. Wenn dies auch eine starke Eindämmung präventiver Arbeit ausruft, so muss es nicht deren Abschaffung bedeuten. Worum es vielmehr geht, ist die Unterstützung der Bewusstheit, Klarheit und Urteilskraft des Einzelnen. „Es gibt kein Morgen. Das ist [...] der tiefe Grund meiner Freiheit“, so lässt Camus verlauten (2000: 78). Wenn nun jemand widerspricht und feststellt, dass er an einem zweifellos neuen Tag erwacht und dass es also ein Morgen gäbe, weil er weiß, dass es auch ein Gestern gab, dem sei der Widerspruch gestattet. Denn der Widerspruch ist gerade das Menschliche und damit der erste Schritt, nicht in einer fernen Zukunft handlungsfähig zu sein, sondern gerade so in der vollen Gegenwart bereits zu handeln und vor allem hier und jetzt selbst zu entscheiden.

Literatur

- Adorno, T. W. 1969: *Minima Moralia*. Reflexionen aus dem beschädigten Leben. Frankfurt a.M.
- Bauman, Z. 1991: *Dialektik der Ordnung, Die Moderne und der Holocaust*. Hamburg
- Camus, A. 2000: *Der Mythos des Sisyphos*. Ein Versuch über das Absurde. Reinbeck bei Hamburg

- Crefeld, W. 2002: Klinische Sozialarbeit – nur des Kaisers neue Kleider? In: Dörr, Margret (Hrsg.): Klinische Sozialarbeit – eine notwendige Kontroverse. Hohengehren
- Dörner, K. 2003: Der gute Arzt. Lehrbuch der ärztlichen Grundhaltung. Stuttgart/New York
- FreD – Frühintervention bei erstaufrälligen Drogenkonsumenten – 2016: URL: http://www.suchtberatung-heidelberg.de/docs/flyer_fred.pdf [Zugriff am: 07.01.2016]
- Foucault, M. 2011: Die Geburt der Klinik. Eine Archäologie des ärztlichen Blickes. Frankfurt a.M.
- 1976: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt a.M.
- Frances, A. 2013: Normal: Gegen die Inflation psychiatrischer Diagnosen. Köln
- Franzkowiak, P. 2006: Präventive Soziale Arbeit im Gesundheitswesen. München/Basel
- Geißler-Piltz, B.; Mühlum, A. & Pails, H. 2005: Klinische Sozialarbeit. München/Basel
- Hecke, K. 2005: Sich am Jugendlichen orientieren. Ein Handlungsmodell für subjektorientierte Soziale Arbeit. Weinheim/München
- Kappeler, M. 1999: Der schreckliche Traum vom vollkommenen Menschen: Rassenhygiene und Gesundheitspflege in der Geschichte der sozialen Arbeit. Marburg
- Kessl, F. 2005: Der Gebrauch der eigenen Kräfte. Eine Gouvernementalität Sozialer Arbeit. Weinheim/München
- Lehnert, E. 2003: Die Beteiligung von Fürsorgerinnen an der Bildung und Umsetzung der Kategorie „minderwertig“ im Nationalsozialismus. Frankfurt a.M.
- Mühlum, A. 2002: Klinische Sozialarbeit – Stationen einer Kontroverse. In: Gödecker-Geenen, N. & Neu, H. (Hrsg.): Klinische Sozialarbeit. Eine Positionsbestimmung. Münster
- Newton, I. 1726: Philosophiae naturalis principia mathematica. Bd. 1. London
- Nietzsche, F. 2000: Die fröhliche Wissenschaft. Stuttgart
- Noack, R. H. 1996: Salutogenese und Systemintervention als Schlüsselkonzepte von Gesundheitsförderung und Public Health. In: Prävention, 19, 37-39
- Pauls, H. 2004: Klinische Sozialarbeit. Grundlagen und Methoden psycho-sozialer Behandlung. Weinheim/München
- Rapetti, N. 2014: Muss die Normalität gerettet werden? Kritik der diagnostischen Norm im neuen DSM-5. In: Neue Praxis 5/2014, 478-494
- Sartre, J.-P. 1963: Der Ekel. Lübeck
- SKOLL – Suchtkontrolltraining – 2016: URL: http://www.suchtberatung-heidelberg.de/docs/flyer_skoll.pdf [Zugriff am: 07.01.2016]
- Stöckel, S. 2004: Geschichte der Prävention und Gesundheitsförderung. In: Hurrelmann, K. & Klotz, T. (Hrsg.): Lehrbuch Prävention und Gesundheitsförderung. Bern, 21-29
- Weber, Joachim 2003: Philosophie des Helfens. Ein Hilfskonzept in Auseinandersetzung mit dem Denken von Hannah Arendt. Münster/Hamburg/London

Nicoletta Rapetti
E-Mail: n.rapetti@gmx.de





Manfred Kappeler

Prävention als Verhinderung selbstbestimmten Lebens in der Gegenwart im Namen der Zukunft¹

In diesem Beitrag geht es nicht um die Kritik von konkreten Präventionsprogrammen, sondern um die Sichtweisen und Haltungen, die meines Erachtens dem Präventions-Denken inhärent sind. Wer Prävention sagt, muss Gefahr bzw. Gefährdung denken. Präventives Handeln will einer Gefahr zuvorkommen, will verhindern, dass aus einer angenommenen Gefährdungslage, dass aus unterstellten potentiellen Gefahren manifeste Gefahr wird. Die Präventure aller Präventionsfelder behaupten, mit ihrem Handeln jetzt, in der Gegenwart, Gefahren vermeiden zu können, die in der Zukunft drohen bzw. die Zukunft bedrohen. Der Präventionsgestus: Der starke Überzeugungswille, die Dringlichkeit der Aufforderung, die verallgemeinernde Dramatisierung und die Wiederholung, mit der die Mittel eingefordert werden, beinhaltet ein Präventions-Versprechen, das mit „Erfahrungen“, mit „Lehren aus der Vergangenheit“ legitimiert wird.

Das Paradigma von der linearen Zeit

Dem Präventionsdenken implizit ist die Vorstellung von der linearen Zeit. Diese Feststellung ist banal, denn wer von uns bewegt sich mit Fühlen, Denken und Handeln nicht in diesem seit dem Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit dominant gewordenen Zeitmuster? Erst die Frage nach den Bedeutungen, die wir Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft jeweils beilegen, ermöglicht uns den Zugang zu den hinter der abstrakten Formel verborgenen unterschiedlichen Sichtweisen. Die sind aber nicht voraussetzungslos und individuell jeweils frei bestimmbar, sondern eingebettet in den Umgang mit der Zeit im Kontext der Kulturgeschichte. Die

¹ Hier handelt es sich um eine überarbeitete und aktualisierte Version des vor vielen Jahren in einer Festschrift zu Georg Sassers 70. Geburtstag veröffentlichten gleichnamigen Beitrags.

„protestantische Ethik“ nahm dem Leben seine magische Bestimmtheit, indem sie an die Stelle des Ewigkeitsbezugs der Menschen eine Vorstellung von gestaltbarer Zukunft setzte. Max Weber bezeichnete diesen Prozess als „Entzauberung der Welt“. Bedingung für die „machbar“ gewordene Zukunft ist seither die ökonomisch kalkulierende und rational planende Organisation in der Gegenwart, die „Rationalisierung der Gegenwart“ (Neumann 1988: 164). Dieser Vorgang war und ist von Anfang an hoch ambivalent. Die „Entzauberung der Welt“ öffnet den Menschen einen gestaltbar gewordenen Zukunftshorizont, schließt ihn aber gleichzeitig, indem Zukunft wie selbstverständlich als Verlängerung bzw. Fortsetzung des Gegenwärtigen aufgefasst wird, „im Sinne der Kontinuität einer Entwicklung“ (ebenda). Mit den Inhalten der Gegenwart wird die offene Zukunft gefüllt und damit der Gestaltung derjenigen weitgehend entzogen, deren Gegenwart sie dereinst sein wird. In seinem Essay „Die Entzauberung der Zukunft“ schreibt Sieghard Neckel:

„Zukunft wurde zum fiktiven Bezugspunkt einer gesellschaftlichen Dynamik, die als zwanghaftes Wachstum, als technischer Größenwahn und machtpolitischer Rigorismus zum Selbstzweck geworden ist. Zukunft stellt dabei das Paradoxon der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt dar: in dem Maße, wie sie über Zeitspannen bisher ungekannter Weite bedingungslos für die Gegenwart verfügbar gemacht werden soll, entzieht sie sich den Gestaltungsmöglichkeiten künftiger Handlungen selbst. [...] Die Handlungsweise künftiger Generationen ist durch diese Bürde in mancher Hinsicht heute schon unwiderruflich festgelegt, Zukunft durch die Gegenwart kolonialisiert“ (Neckel 1988: 479).

Die lineare Zeit, die die Zukunft geboren hat, vertilgt sie, wenn es den jetzt Lebenden nicht gelingt, den Zukünftigen ihre Zeit offen zu halten. Solche Offenheit, die die zukünftige Zeit in die autonome Verfügung mündiger Individuen legt, im Vertrauen auf deren selbst-verantwortlichen Umgang damit, war der Geburtshelferin der Zukunft, der protestantischen Ethik, nicht nur fremd, sondern zutiefst verdächtig. Ihr Anliegen war eine auf Pflichterfüllung gegründete „Rationalität der Arbeit“, der die gesamte Lebensführung unterworfen werden musste:

„Wer morgens früh produktiv tätig sein will, der muss auch früh zu Bett gehen, wenn er seine Aufgabe ordentlich erfüllen will. Ein ausschweifendes Leben findet hier allemal keinen Platz, aber auch das allein unbefangene Genießen des Daseins widerspricht der permanenten Anforderung auf Pflichterfüllung. Der Gebrauch des Besitzes (und der Zeit – Anm. d. Verf.) für notwendige und praktisch nützliche Dinge ist handlungsleitende Maxime. [...] Nichts Überflüssiges, Müßiges wird zugelassen. Jede Pore des Alltags ist zur Nützlichkeit bestimmt, und mag sie auch noch so fern von der produktiven Tätigkeit in der Berufsarbeit sein“ (Neumann 1988: 166f.).

So wie „Freizeit“ nicht frei bestimmbar, nicht „freie Zeit“, sein darf, so darf Zukunft nicht ein frei gestaltbarer, ein freier Zeit-Raum sein. In die Zukunft verlän-

gert bedeutet dieser Zeitbegriff: Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass die Zukunft nicht verplempert wird, dass sie keine verlorene Zeit sein wird. Die Angst vor der Vergeudung der Zukunft wird als Zukunftsangst mit ihr geboren. Aber nur scheinbar ist sie ein Ausdruck der Sorge um die Lebensbedingungen der nachfolgenden Generation. Vielmehr dient der in der Regel pädagogisch-moralische Vorwurf an die Heran- bzw. Nachwachsenden, durch selbstbestimmte Lebensformen ihre Zukunft als dereinst Erwachsene oder gar die ihrer eventuellen Kinder zu „vergeuden“ oder zu „verfehlen“ der Zurückweisung von deren Kritik an den gegenwärtig dominanten normativen Erwartungen, mit deren Durchsetzung die jetzt herrschende ökonomische, kulturelle und politische Ordnung in die Zukunft verlängert werden soll. Die Infragestellung, oder gar eine mehr oder weniger radikale Abwertung dessen, was die „Väter“ geschaffen haben und, in der patriarchalen Gesellschaft, den Söhnen vererben wollen, wäre ein Schlag gegen die Sinnhaftigkeit gegenwärtigen Handelns, die Verweigerung der nur über die Annahme des Erbes und seine Weiterführung zu erreichenden Unsterblichkeit. Es wäre das Durchkreuzen von Goethes Maxime: „Was du ererbst von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen!“ (Goethe 1951 [1808]: 180).

Der Widerspruch von Sicherheit und Freiheit

Wenn es den in der Gegenwart „den Ton Angehenden“ nicht gelingt, die „Zukunft in den Griff zu bekommen“, nach dem Motto „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft“, entsteht eine spezifische Form von Zukunftsangst, die Gefahren in das „Morgen“ projiziert, verbunden mit der Vorstellung, die könnten von dort auf das „Heute“ zurückschlagen. In diesem Muster ist nicht frohe Erwartung auf ein gelingendes selbst-bestimmtes Leben der Nachkommen, gepaart mit der Verantwortung, dafür die Voraussetzung zu schaffen, der Fokus des auf die Zukunft bezogenen Denkens, sondern Angst vor all dem, was in ihr „schiefe gehen“ kann bzw. wird. Zukunft wird, wenn es nicht gelingt, ihren Horizont zu schließen, in diesem Denken gerade wegen ihrer Offenheit und Unbestimmtheit zu einem Zeit-Raum der Unsicherheit und Bedrohung. Felix Schottlaender spricht 1957 in seiner „Theorie des Vertrauens“ bezogen auf die Zukunftsperspektive vom „ewigen Zwist der Sicherheit und der Freiheit“. Der Versuch, diese strukturelle Ambivalenz in Richtung Sicherheit aufzulösen, führe

„zu einem Sicherheitsfanatismus, der alle eigene und fremde Spontaneität tötet. [...] Es kommt schließlich zu einer nicht nur waffentechnischen, sondern auch psychologisch typisierenden Panstrategie, die den unberechenbaren Faktor der personalen, auch volkspersonalen Spontaneität einklammert, weil er einen Moment der Unsicherheit

zu enthalten scheint. Müsste man hier mit etwas Unvorhersehbarem rechnen, so wäre die Angst nicht vollkommen beschwichtigt und eben dazu erbiertet sich ja der Sicherheitsfanatismus. Dem Phantom einer absoluten Sicherheit zuliebe verschmäht er die relative Sicherheit, deren menschenmögliches Maximum sich gewinnen lässt durch Hinzunahme des Vertrauens. Denn wenn die personale Vertraubarkeit des Partners, sei er ein Individuum oder ein Volk, auch nichts ist, dessen Funktionieren exakt zu berechnen wäre, so kann sie doch etwas Zuverlässiges sein, worauf man bauen darf, ein Mittelding also zwischen absoluter Berechenbarkeit und absoluter Unberechenbarkeit. Und dieses Zwischenreich ist zugleich das der menschlichen Freiheit, denn weder Vertrauen noch Vertrauenswürdigkeit lässt sich erzwingen. Wird eine Vertrauen verdienende Freiheit vom Sicherheitswahn missachtet, so rächt sie sich, indem sie ihn heimlich oder offen zu Schanden macht“ (Schottländer 1957: 42).

Dreißig Jahre später schreibt Sieghard Neckel:

„Im gesellschaftlichen Stadium einer entzauberten Zukunft nimmt die Rationalisierung der Handlungshorizonte eine janusköpfige Gestalt an. Durch die selbstreflexible Form der Praxis wird das Neue und Veränderbare des historischen Prozesses erst erschlossen, erhält, Zukunft gleichzeitig abstraktere-Bedeutungsgehalte und wird als gefährdet, bedroht oder willkürlich erlebt. Die auf die Zukunft bezogenen Gefährdungserwartungen speisen sich nun zwar nicht mehr aus den Ängsten vor einem außergeschichtlichen Ereignis wie der Apokalypse, dafür aber aus dem Wissen, das in die sozialen Handlungsformen selbst eingelassen ist, sei es als höchst anfällige Strategie des Machterwerbs, als ungewisse Chance des Gewinns oder als unwägbares Marktschicksal“ (Neckel 1988: 478).

Die auf die Zukunft bezogenen Gefährdungserwartungen erweisen sich bei genauerem Hinsehen als Sorge um den Machterhalt, um die Gewinnchancen und die Regulationshoheit auf dem Markt.

Kritik der Zukunftssemantik

Eine kritische Analyse der mit dem Wort „Zukunft“ gegenwärtig betriebenen Semantik von Politiker/innen und Lobbyist/innen von Interessenverbänden macht deutlich, dass „Zukunft“ hauptsächlich als Bemäntelung von Funktionalisierung, Normalisierungsstrategien und Vertröstungen für Verweigertes im Hier und Jetzt dient. Dabei wird deutlich, dass Zukunft eine Kategorie ordnungspolitischer Steuerung ist:

- Keine Reduzierung sozialer Leistungen ohne den Hinweis, dass nur so die Zukunft des Sozialstaats gerettet werden könne.
- Keine Massentlassungen bei großen Konzernen ohne den Hinweis, dass nur so in Zeiten der Globalisierung der Wirtschaftsstandort Deutschland zukunftssicherndes ökonomisches Wachstum haben könne.

- Keine Einführung von Studiengebühren ohne den Hinweis, dass nur so die universitäre Bildung und Forschung für die Zukunft garantiert werden könne.
- Keine Reduzierung der Leistungen des Gesundheitssystems ohne den Hinweis auf die Sicherung der sogenannten Gesundheitsversorgung in der Zukunft.
- Keine In-Frage-Stellung der in einem jahrzehntelangen Reformprozess erreichten Ausdifferenzierungen der Kinder- und Jugendhilfe und keine konkrete Reduzierung ihrer Leistungen ohne den Hinweis, damit die Zukunft des Systems Jugendhilfe und seiner öffentlichen und freien Träger zu retten.
- Keine reduktionistische Verengung des Bildungsbegriffs mit all seinen problematischen Folgen für Jugendarbeit und Schule, vor allem aber für die Kinder und Jugendlichen selbst, ohne geradezu beschwörende Bezugnahmen auf die Zukunft des Gemeinwesens.
- Keine Rentenkürzungen ohne das Versprechen, damit die Altersversorgung in der Zukunft zu sichern.

Alle diese die Lebensqualität in der Gegenwart reduzierenden Einschränkungen werden als präventive Reformen ausgegeben, mit denen verantwortungsvoll das Leben in der Zukunft gesichert werden soll. Wieder einmal, wie schon mehrfach seit der Geburt der Zukunft, kommt es gegenwärtig in ihrem Namen zu einer starken präventiven Aufladung der Politik und der Erziehung. Das reicht von dem präventiv zu sichernden Legalverhalten von Kindern und Jugendlichen in ihrem zukünftigen Erwachsenenleben bis hin zum Präventivkrieg und der Terrorismusprävention, die benutzt wird, die ohnehin repressive Flüchtlingspolitik, deren Leitlinie die präventive Abwehr von „Gefahren für unsere Werte, unsere Kultur, die Integrität unseres Staates“ ist, zu verschärfen. Prävention ist zur dominanten ordnungspolitischen Strategie im Inneren dieser Gesellschaft geworden, aber auch zur Leitnorm in den internationalen Beziehungen. Der Sicherheitsfanatismus am Beginn des 21. Jahrhunderts wurde meines Erachtens nur noch von den totalitären Präventions-Gesellschaften des 20. Jahrhunderts überboten, allen voran vom nationalsozialistischen Deutschland.

Die Qualität des Lebens im Heute wird durch umfassende, eine „sichere bzw. gesicherte Zukunft“ versprechende Präventionsstrategie so beeinträchtigt, dass es meines Erachtens berechtigt ist, von „Prävention als tyrannischem Zeitregiment der Gegenwart“ zu sprechen. Leben jetzt wird reduziert und entwertet mit dem Versprechen auf eine sichere lebenswerte Zukunft. Ein Versprechen, das gegenüber den von präventivem Handeln betroffenen Einzelnen und Gruppen zugleich als harte Forderung an ihr Tun und Lassen auftritt.

Kinder und Jugendliche als Hauptzielgruppe von Prävention

Nicht alle Bürgerinnen und Bürger dieser Gesellschaft sind gleichermaßen und gleicherweise „Gegenstand“ von Prävention. Hauptsächlich richten sich die diversen personenbezogenen Programme an Kinder und Jugendliche, an die Heranwachsenden, die in zwanzig/dreißig Jahren in der Mitte ihres Lebens diese Gesellschaft übernehmen bzw. „in sie hineingewachsen sein sollen“. Zukunft ist in der Regel nicht Gegenstand eines intergenerationellen Dialogs. Angereichert mit durch Vergangenes legitimierten Gegenwartserfahrungen wird sie in der Form vertikaler Kommunikation, als Einbahnstraße von oben nach unten, als Ansprache von den erwachsenen Repräsentanten der dominanten Mehrheitskultur an die Kinder und Jugendlichen auf die pädagogisch-politische oder die politisch-pädagogische Tagesordnung gesetzt. In den Generationen-Beziehungen geht es ständig um Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Wie wirken Erfahrungen der Vergangenheit in der Gegenwart? Wer beruft sich auf welche Erfahrungen, wenn es um das Leben im Hier und Jetzt geht? Befördern oder behindern sie neue Sichtweisen und Handlungsoptionen? Und was davon wird von wem und wie vermittelt an die, die morgen und übermorgen als Erwachsene das Leben in dieser Gesellschaft gestalten müssen? Zu einer Zeit also, in der die jetzt im Zentrum stehenden Erwachsenen als Alte, mehr beobachtend als aktiv gestaltend und bestimmend, den Fortgang des öffentlichen und privaten Lebens betrachten werden oder bereits gestorben sind.

Die symbolische Funktion der jeweiligen Generation von Heranwachsenden als Zukunftsträger ist, in welcher Variante auch immer, ein Konstrukt der jeweiligen Generation von Erwachsenen. „Die größte Unsicherheit geht von der Nachwelt aus“ sagt Marianne Gronemeyer in ihrem Buch *Das Leben als letzte Gelegenheit* (1993: 98). Die Festlegung der Erwachsenen von morgen auf die dominanten Normen und Werte der Gesellschaft von heute durch Gesetze, Institutionen und erziehende Erwachsene jeglicher Couleur fasst sie in einem Satz zusammen: Sie sollen sich als Glied in der Kette des Gattungsfortschritts begreifen. Diesen gewaltigen Satz kann man mühelos herunterdeklinieren auf alle möglichen präventiven Verzichtsforderungen an Kinder und Jugendliche bis hin zum spielzeugfreien Kindergarten und dem Entzug von Süßigkeiten als Teil von Suchtprävention.

Die Jugendlichen in ihrem Alltag und ihren Lebenswelten fühlen, denken und handeln ganz überwiegend im Hier und Jetzt, wenn sie nicht gerade ehrenamtliche Verbandsfunktionäre oder PolitikerInnen-Nachwuchs sind, die sich meistens der Zukunftssemantik ihrer Lehrmeister/innen bedienen, wenn

sie sich öffentlich zu jugendpolitischen Fragen äußern. Jugendliche wollen ihre Chancen jetzt, für das Leben in ihrer Gegenwart und nicht für eine ihnen notwendig dubios erscheinende Zukunft. Sie brauchen förderliche Bedingungen des Aufwachsens jetzt und ganz unabhängig von diversen Zukunftsdefinitionen der Erwachsenen-Gesellschaft. Jetzt sind sie jung, nur in diesen Jahren zwischen 12 und 25 plus/minus; sie wollen erfahren, was Liebe ist und Lust, wie es sich leben lässt in zunehmend selbstbestimmten Zeiten und Räumen und mit selbstbestimmten sozialen Kontakten, auch mit allen möglichen Geheimnissen, in die die diversen erziehenden Erwachsenen ihre neugierigen präventiven Nasen nicht hineinstecken sollen. Jetzt wollen sie sich ihrer Fähigkeiten, Kräfte und Bedürfnisse versichern und sie heute leben – umso mehr, als sie tagtäglich an sich und anderen Gleichaltrigen erleben, dass die Gesellschaft den permanent versprochenen Wechsel auf die Zukunft für immer mehr Kinder und Jugendliche nicht einlöst, wenn es darauf ankommt.

Der Katalog der im Namen der Zukunft, des Fortschritts, des Wachstums verlangten Entsagungen ist umfangreich und schwer zu erfüllen. Je höher das durchschnittliche Reproduktionsniveau einer Gesellschaft und je größer die gleichzeitige Stimulanz zum Konsum, umso schwerer. Arbeitsgesellschaft und Konsumgesellschaft verlangen einander widersprechende Bereitschaften und Handlungen. Je stärker die Widersprüche in den normativen Erwartungen an die Individuen, je größer die Gefahr, keiner dieser Erwartungen zu folgen. Das gilt ganz besonders für junge Menschen in Pubertät und Adoleszenz. Der Einzelne soll auf die Realisierung von Bedürfnissen und Wünschen verzichten im Namen eines imperativen Noch-Nicht für die Zukunft übergeordneter Einheiten: der Gesellschaft, des Staates, der Gemeinschaft, zuletzt gar der Menschheit soll er Opfer bringen, für die er nicht entschädigt wird. Diese Verzichts-Bereitschaft wird besonders bei Jugendlichen, in abnehmender Intensität auch in späteren Lebensaltern, bedroht durch die „Erfüllungsversessenheit des Individuums“, wie Hans Blumenberg das Bestehen auf einem erfüllten, und das heißt doch wohl selbstbestimmtes Leben, im Hier und Jetzt nennt (Blumenberg 1986: 175). Übersetzt heißt das: Die durch Präventionsprogramme, z.B. in der Gestalt von sogenannten funktionalen Äquivalenten, an den Einzelnen oder die kleine Gruppe herangetragenen Verzichtsforderungen, aber auch die mit der großen Sozial- und Bevölkerungspolitik per Gesetz dekretierten Verzichtleistungen (Renten-, Arbeitsmarkt-, Grundversorgung-, Gesundheitspolitik) konfliktieren im Spannungsverhältnis von Lebenszeit und Weltzeit. Dieser Hiatus bleibe ungeschlichtet, sagt Blumenberg, weil „das Individuum sich die Geduld der Gattung nicht leisten“ könne (1986: 175).

Immanuel Kant als Theoretiker der Prävention

Mit dieser strukturellen Unvereinbarkeit in allem präventiven Bemühen hat sich schon Immanuel Kant herumgeschlagen. In seinen „pädagogischen Vorlesungen“ formuliert er mit nicht zu überbietender Offenheit, die der Zeitgeist ihm gestattete und die im „Lob der Disziplin“ ihm gegenwärtig eine Renaissance verspricht, seinen philosophischen Hass auf die „Erfüllungsversessenheit des Individuums“.

In diesen Vorlesungen an der Universität in Königsberg behauptete Kant, dass Kinder und Jugendliche sich im Zustand einer „gewisse[n] Rohigkeit“ befinden, „indem das Tier gewissermaßen die Menschheit noch nicht in sich entwickelt hat. Daher muss der Mensch frühe gewöhnt werden, sich den Vorschriften der Vernunft zu unterwerfen. Wenn man ihm in seiner Jugend den Willen gelassen hat und ihm da nichts widerstanden hat, so behält er eine gewisse Wildheit durch sein ganzes Leben“ (Kant 1868: 458). Die pädagogische Disziplin müsse verhüten, „dass der Mensch nicht durch seine thierischen Antriebe von seiner Bestimmung der Menschheit abweiche. Sie muss ihn z.E. einschränken, dass er sich nicht wild und unbesonnen in Gefahren gebe“. Vor nichts hat Kant so große Angst wie vor der „Wildheit“, dem spontanen Ausdruck von Bedürfnissen. Gegen diese „Wildheit“ müsse man mit dem „Zwang der Gesetze“ vorgehen. „Dieses muss aber frühe geschehen“. So schlägt er vor, die Kinder früh in die Schule zu schicken: „Nicht schon in der Absicht, damit sie dort etwas lernen sollen, sondern, damit sie sich daran gewöhnen mögen, still zu sitzen und pünktlich das zu beobachten, was ihnen vorgeschrieben wird, damit sie nicht in Zukunft jeden ihrer Einfälle wirklich und auch augenblicklich in Ausübung bringen mögen“ (1868: 458). Kant klagt darüber, dass der Mensch „von Natur einen so grossen Hang zur Freiheit“ habe, „dass, wenn er erst eine Zeitlang an sie gewöhnt ist, er ihr alles aufopfert“ (1868: 458). Kant warnt davor, dass die Kinder „durch allzugrosse mütterliche Zärtlichkeit“ geschont werden, damit ihnen dereinst nicht das Schicksal der „Wilden“ zuteil werde. Er schlägt daher vor, besonders die Söhne schon früh dem triebbestimmten Einfluss der Mütter zu entziehen. Die Erziehung solle bewirken,

„dass die Kinder nicht weichlich werden. Abhärtung aber ist das Gegenteil von Weichlichkeit [...] Die Angewohnheit ist ein durch öftere Wiederholung desselben Genusses oder derselben Handlung zur Nothwendigkeit gewordener Genuss oder Handlung. Nichts können sich Kinder leichter angewöhnen und nichts muss man ihnen so wenig geben als [...] zum Beispiel Tabak, Branntwein und warme Getränke. Die Entwöhnung dessen ist nachher sehr schwer“ (1868: 478).

Auch über das Spielen, nicht der Kinder, sondern der Knaben, weiß Kant einiges zu sagen. Solche Spiele sind ihm die liebsten, bei denen der Knabe etwas Nützlichliches lernen kann:

„Diesen Spielen zu gut versagt sich der Knabe andere Bedürfnisse und lernt so allmählich auch etwas Anderes und mehr entbehren. Zudem wird er dadurch an fort-dauernde Beschäftigung gewöhnt, aber eben daher darf es hier auch nicht bloßes Spiel, sondern es muss Spiel mit Absicht und Endzweck sein. Denn je mehr auf diese Weise sein Körper gestärkt und abgehärtet wird, umso sicherer ist er vor den verderblichen Folgen der Verzärtelung“ (1868: 484).

Mit seiner Spieltheorie führt Kant seine Leser und Hörer (es waren nur Männer) an seinen Begriff von Arbeit heran. Es sei ein „besonderes Unglück für den Menschen, dass er so sehr zur Unthätigkeit geneigt ist“ (1868: 486). Denn je mehr ein Mensch gefaulenzt habe, desto schwerer entschlief er sich später dazu zu arbeiten. Daher sei es von großer Wichtigkeit, dass schon die Kinder arbeiten lernen: „Der Mensch muss auf solche Weise occupirt sein [...], dass er sich gar nicht fühlt und die beste Ruhe für ihn ist die nach der Arbeit. Das Kind muss also zum Arbeiten gewöhnt werden“ (1868: 486f.). Die Schule habe die Aufgabe, die „Neigung zur Arbeit“ zu kultivieren, denn in ihr herrsche „eine zwangsmässige Cultur“ (1868: 487). Wenn das Kind noch nicht gleich einsehe, wozu dieser Zwang nütze, so werde es doch „in Zukunft den grossen Nutzen davon gewahr werden. Es würde überhaupt nur den Vorwitz der Kinder sehr verwöhnen, wenn man ihre Frage: Wozu ist das? und wozu das? immer beantworten wollte“ (1868: 487). Unkonzentrierte Schüler sind dem großen Pädagogen ein Gräuel: „Zerstreuungen müssen nie, am wenigsten in der Schule gelitten werden, denn sie bringen endlich einen gewissen Hang dazu, eine gewisse Gewohnheit hervor“ (1868: 488). Lernen, arbeiten, Abhärtung und einfaches Essen – das ist die Zusammenfassung seiner Vorschläge, die manchmal von einer perfiden Gemeinheit sind. So schreibt er z.B.: Wenn sie sich etwas Besonderes zu essen wünschen, so soll man es ihnen nicht geben, denn „man muss sie nicht leckerhaft machen“. Auf solche Sachen zu achten, ist für Kant eine Sache der Männer, denn es „verziehen die Mütter ihre Kinder und verzärteln sie überhaupt“ (1868: 492).

Kants präventive Pädagogik ist in folgendem Zitat zusammengefasst:

„Zum Charakter eines Kindes, besonders eines Schülers, gehört vor allen Dingen Gehorsam. Dieser ist zwiefach, erstens: ein Gehorsam gegen den absoluten, dann zweitens aber auch gegen den für vernünftig und gut erkannten Willen eines Führers. Der Gehorsam kann abgeleitet werden aus dem Zwange, und dann ist er absolut, oder aus dem Zutrauen, und dann ist er von der andern Art. Dieser freiwillige Gehorsam ist sehr wichtig; jener aber auch äußerst nothwendig, indem er das Kind zur Erfüllung solcher Gesetze vorbereitet, die es künftighin, als Bürger erfüllen muss, wenn sie ihm auch gleich nicht gefallen“ (1868: 496).

Und schließlich propagiert er die präventive Erziehung als den einzigen Weg zur Vollendung des Menschengeschlechts:

„Vielleicht, dass die Erziehung immer besser werden und dass jede folgende Generation einen Schritt näher thun wird zur Vervollkommnung der Menschheit; denn hinter der Education steckt das grosse Geheimnis der Vollkommenheit der menschlichen Natur. Von jetzt an kann dieses geschehen. Denn nun erst fängt man an, richtig zu urtheilen und deutlich einzusehen, was eigentlich zu einer guten Erziehung gehöre. Es ist entzückend, sich vorzustellen, dass die menschliche Natur immer besser durch Erziehung werde entwickelt werden, und dass man diese in eine Form bringen kann, die der Menschheit angemessen ist. Dies eröffnet uns den Prospect zu einem künftigen glücklicheren Menschengeschlecht“ (Kant 1868: 460; vgl. auch Kappeler 1987, 1998).

Die Möglichkeit der Ablehnung dieser von Kant mit seiner großen Autorität in das Denken der Aufklärung eingeführten normativen Prävention, die Möglichkeit der bewussten Nichtübereinstimmung mit ihren Implikationen, ist im aktuellen Präventions-Denken nicht vorgesehen. Das würde ja die behauptete Allgemeingültigkeit der Präventionsziele, ihre „Objektivität“, dekonstruieren. Damit würde auch die geheime Messlatte untauglich, mit der das Handeln von Individuen, aber auch das von Gruppen, Cliques, Szenen in subkulturellen Zusammenhängen, auf der Linie von Annäherung an bzw. Abweichung von der Norm gemessen wird. Auf diese Weise werden Werturteile über das Gelingen oder Scheitern von Lebensentwürfen und Lebensformen gefällt, die wieder als Legitimationen von „Maßnahmen“ der Prävention – die hartnäckig leugnet, dass sie immer schon Intervention ist – gebraucht werden. Solches Maß-Genommen-Werden hat weitreichende Folgen für die Chancen auf ökonomische und kulturelle Teilhabe oder, wie man heute sagt, auf Inklusion und Exklusion.

Präventionsdenken als Ausdruck zwangsneurotischer Haltungen

Prävention wird zu einem tyrannischen Zeitregiment auch durch das Zwanghafte im Präventionsdenken durch den ihm inhärenten Zwangscharakter im Umgang mit der Zeit. Prävention versucht, in der Gegenwart Definitionsmacht über die Zukunft zu gewinnen. Dieser Versuch, die Zeit zu beherrschen, produziert aber regelmäßig sein Gegenteil, das Beherrscht-Werden von der Zeit. Analytiker und Therapeuten, die Erfahrungen mit Menschen haben, die unter einer Zwangsneurose leiden, haben die Bedeutung des zwanghaften Umgangs mit der Zeit immer wieder betont. So schreibt etwa Bender, es charakterisiere die „Zwangskranken, dass sie sich vor dem Wechsel fürchten [...], daß sie eine miserable Gegenwart der ungewissen Zukunft vorziehen.“ Sie müssen „das Leben immer auf ‘Morgen’ verschieben, können die Zukunft aber nicht positiv besetzen wegen ihrer Ungewissheit und Offenheit, die Ängste auslöst“ (Benda 1974: 5). „Was wir im Allgemeinen unter Leben verstehen“, schreibt der Mailänder Psychoanalytiker

Fachinelli 1981, „verflüchtigt sich hier fast, schrumpft auf ein paar belagerte Inseln zusammen; es dominiert das unpersönliche Ticken einer Art Moralmaschine, die fast den ganzen Horizont ausfüllt. Das Leben wird ständig auf ein ‘Morgen’ verschoben, das nie kommt, weil das Ticken der Maschine keine Unterbrechung kennt“ (Fachinelli 1981: 16f.). Menschen mit zwanghaftem Charakter neigen dazu, sich die Zukunft als von den Bedrohungen und Einschränkungen ihres Jetzt-Lebens frei zu träumen. Durch diese Bindung der Freiheit in der Zukunft an die Misere der Gegenwart kann die Freiheit nur als die andere Seite des Zwangs gedacht werden und bleibt ihm damit zwanghaft verbunden. Diese Struktur hat auch das Präventionsdenken. Dazu ein Beispiel: Das in Sachen Prävention federführende Bundesministerium für Gesundheit und Soziales erklärte im Oktober 2004 (Die Komplettierung mit „Arbeit“ war damals noch nicht dabei):

„Prävention muss zur nationalen Aufgabe werden. Und sie muss im direkten Lebensumfeld der Menschen verankert werden. Das heißt, Gesundheitsförderung und Prävention müssen in Kindergärten und Schulen, an Arbeitsstellen, im öffentlichen Bereich unserer Städte und Gemeinden angesiedelt und auf gemeinsame Ziele ausgerichtet werden. Ziel ist, möglichst alle Bürgerinnen und Bürger mit nachhaltig wirkenden präventiven Angeboten zu erreichen [...] Alle Aktivitäten müssen auf gemeinsame Ziele ausgerichtet werden, um Krankheiten zu vermeiden bzw. deren Eintritt hinauszuzögern. Bereits eine Verringerung der chronischen Rückenerkrankungen um 10 % kann zu einer Kosteneinsparung in Höhe von 2,6 Milliarden Euro pro Jahr führen. Deshalb soll die Prävention als eigenständige Säule etabliert werden [...] In Zeiten knapper Mittel – aber nicht nur dann – ist der gezielte Einsatz vorhandener Gelder ein Muss. Wir brauchen daher anerkannte Präventionsziele und Umsetzungsstrategien. Alle Akteure sollen ihre Maßnahmen an den vereinbarten Zielen ausrichten. So kann sichergestellt werden, dass die vorhandenen Mittel für solche Präventionsbereiche verwendet werden, die als vordringlich eingestuft werden und deren Stärkung den größten Nutzen für alle verspricht“ (Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung 2004).

Ähnlich argumentierte schon der unter Federführung von Helmut Kohl 1990 verabschiedete „Nationale Rauschgiftbekämpfungsplan“, der von der ersten bis zur letzten Seite von einer zwanghaften Mentalität der „totalen Erfassung“ gekennzeichnet war.

Otto Fenichel schrieb in seiner Neurosenlehre: Zwangsneurotiker bereiten sich ständig „auf irgendeine Zukunft vor und erleben nie die Gegenwart“ (Zoll 1988: 441). „Zukunft als zu lebende, als morgen zu lebendes Ereignis, wird dadurch unwirklich, nicht realisierbar. Der Wiederholungszwang projiziert immer eine Zukunft und zerstört sie zugleich“ (Grenkowitz et al. 1988: 441). Wie alles zwanghafte Handeln hat auch Prävention, die immer im Zeichen zukünftigen Lebens agiert, etwas Destruktives, Zerstörerisches. Damit will keine Identität

von Prävention und Zwangsneurose bzw. von Präventeur/innen und Zwangsneurotiker/innen behaupten, sondern eine Strukturanalogie aufzeigen, die auch im folgenden Zitat deutlich wird: „Alle Vorgänge überwacht kontrollierend, umgibt sich der Zwangsneurotiker [...] mit Sicherungssystemen [...]. Das sind seine Zähl-, Kontrollier-, Ordnungs- und Sauberkeitszwänge, welche es ihm unmöglich machen, sich dem Augenblick ohne Angst vor alltäglichen Gefahren zu überlassen“ (Meyer 1973: 40ff.).

Prävention bekommt ihren heimlichen Lehrplan aus einer viele Bereiche tangierenden „Angst vor dem Leben“, die sich in der „Unfähigkeit, Gegenwart zu leben“ (Meyer 1973: 40ff.) äußert. Zwei Seiten einer Angst, von denen jede immer auf die andere verweist. Mit dem vergeblichen Versuch, die zukünftige Zeit aus der Gegenwart heraus zu beherrschen, wird versucht, die Zeit zu fixieren, sie stillzustellen. Ein Paradoxon unserer Zeit, die durch nie gekannte Beschleunigungen gekennzeichnet ist und gleichzeitig im Zeichen der Abwehr globaler Gefahren versucht, das Leben gerinnen zu lassen. Das richtet viel Unheil an, kann aber letztlich nicht gelingen, denn „Leben heißt Bewegung, heißt ein Geschehen in der Zeit“ (Grenkowitz et al. 1988: 449). Riemann schreibt in seinem Klassiker *Grundformen der Angst* schon in den 50er Jahren:

„So verschieden Zwänge sein können, immer ist es zuletzt die Angst vor dem Wagnis, vor unbekümmerter Spontaneität, auf die wir stoßen. Immer ging es bei ihrer Entstehung darum, etwas zu vermeiden, sei es etwas Neues, Unbekanntes, Unsicheres, Verbotenes, sei es eine Versuchung, ein Abweichen vom Gewohnten. Wenn alles so bleibt wie es ist: die Gegenstände auf dem Schreibtisch in geheiligter Ordnung; die Meinung über etwas in unverrückbarer Gültigkeit; ein moralisches Urteil in paragraphenhafter Starre; eine Theorie in unangreifbarer Gültigkeit; ein Glaube in unerschütterlicher Absolutheit – dann scheint die Zeit still zu stehen. Alles ist dann voraussehbar, die Welt ändert sich nicht mehr [...]. Damit ist aus lebendig pulsierendem Rhythmus ein gleichförmig-stereotyper Takt geworden“ (Riemann 1982: 114).

Diese Bewegung ist eine der Abwehr, die ständig sich abmüht, Barrieren gegen in der Zukunft und aus der Zukunft drohende Gefahren zu errichten. Fachinelli schlägt vor, die Perspektive zu wechseln, „um aus dem stacheligen Wald der Abwehr“ herauszukommen. Gegen die verschiedenen präventiven Listen, „die vielen kleinen Abwehrmanöver einer allgemeinen, groß angelegten Abwehrstrategie“ empfiehlt er, „Annehmen“ und „unerschrockenes Vertrauen“, wie Nausikaa es hatte, als sie am Strand der Phäaken den gestrandeten, mit Schlamm bedeckten und zu Tode erschöpften Odysseus empfängt (Fachinelli 1988: 656 f.). Man kann mit Fachinelli das Präventionsdenken als eine „Apologie der Abwehr“ lesen, ein Denken, das in angestrenzter Wachsamkeit damit beschäftigt ist, Gefahren zu

entdecken. Da „Wachsamkeit“ vor allem in Gesellschaften mit einer langen militaristischen Geschichte positiv konnotiert ist („Fest steht und treu die Wacht am Rhein“), in der es immer um die rechtzeitige Abwehr des Feindes geht, wird die Abwehr selbst uneingeschränkt befürwortet. „Das Beharren auf der Abwehr“, sagt Fachinelli, „schließt immer ein Beharren auf dem Angriff, auf die Fähigkeit anzugreifen, ein“ (Fachinelli 1988: 661). Wie sehr das zutrifft, zeigen uns die sogenannten Präventivkriege, aber auch manches Verborgene im Konzept der „wehrhaften Demokratie“.

Abwehr und Angriff, meines Erachtens Strukturmuster der Prävention, sind für Fachinelli Hervorbringungen einer von Männlichkeit dominierten patriarchalen Gesellschaft. Sie können sich steigern zu einem Abwehrdelirium: gegen drohende Gefahren im Inneren und aus dem Äußeren „die Errichtung von Schranken [...] nach Formeln und Zahlen, die schließlich magisch werden. Höchste Wachsamkeit, höchste Hemmung. Eingeschlossen in die sieben Mauern des Schlosses kann sich die Prinzessin nicht mehr bewegen. Das Bewusstsein selbst scheint dann insgesamt zu dem Befestigungssystem zu gehören. Das scheint eines seiner stärksten Bollwerke zu sein.“ (Fachinelli 1988: 661).

Das Prinzip der generalisierenden Abstraktion

Prävention arbeitet mit dem Prinzip der generalisierenden Abstraktion. Sie ist immer darauf aus, das Gemeinsame im Unterschied von den Besonderheiten zu finden und stilisiert dieses abstrakte Gemeinsame, z.B. den angeblichen „Suchtcharakter“ aller möglichen mit Leidenschaft betriebenen Handlungen zum „Wesentlichen“. Das ist ein folgenreicher Kurzschluss. Das Präventionsdenken glaubt, aus einer Menge von Konkretionen einen Extrakt herstellen zu können. Das Konkrete wird zum Rest, der übrig bleibt bei dieser „Kelterung der Wirklichkeit“, zum Abfall, der nicht mehr interessiert, allenfalls als Entsorgungsproblem. Schottländer erinnert in seiner „Theorie des Vertrauens“ daran, dass der Gegenbegriff der Antike zum Konkreten die Quintessenz gewesen sei, das Produkt der Abstraktion, und verbildlicht den Vorgang mit einem Beispiel:

„Wer Rosenöl herstellt, kann die Rosen wegwerfen. Aber ist es nicht entsetzlich, so viele lebendige Rosen zu opfern für einen Tropfen duftendes Öl?“ Auf die tausend Nuancen und Reize der geopferten Rosen komme es doch nicht an, wird dem um die geopferten Rosen trauernden Gärtner geantwortet. Auf den einheitlichen Geruch des Öls, dem identischen der Rosen, komme es an, das in der Quintessenz konzentriert sei. Das sei die tödliche Operation wert. Der Duft sei das Wesentliche, sagt der Parfümverkäufer. „Ihm steht ja der Zweck fest und

damit das für ihn Wesentliche und Unwesentliche. Er rechtfertigt den Entzug mit dem Auszug“ (Schottländer 1957: 60).

Die Prävention bedarf der Statistik der Abweichungen und Normabbrüche, sie will sich einen Überblick verschaffen auf empirischer Grundlage. Das geht nur mit Hilfe von Klassifizierungen, Kodifizierungen, Vereinheitlichungen und Vereinfachungen. Die individuellen Differenzen der zu zählenden Objekte bzw. ihrer Handlungen werden in diesem Vorgang unwesentlich. Ihre Wahrnehmung wäre kontraproduktiv. Sie könnte das Vorhaben scheitern lassen. „Sie sind aber nicht an sich unwesentlich, am allerwenigsten, wenn Menschen gezählt werden“, sagt Schottländer. Zu dem immanenten Wesentlichen des Objekts habe die Abstraktion „von Haus aus keine Beziehung“ (Schottländer 1957: 61). Er zitiert Gedanken von Gabriel Marcel: Der „Abstraktionsgeist“ betreibe ein hemmungsloses Abstrahieren, „das von keiner Anstrengung der Intension, keiner Rücksicht auf die Erfahrung, keinem Respekt vor der Tradition in Schranken gehalten“ werde. Das Abstrahieren sei ein systematisches „Absehen von [...]“, aus dem ein „beharrliches Wegsehen von [...]“ werde, das zu einer Vorstellungslosigkeit führe, von der es nicht weit bis zur Schonungslosigkeit sei. „Abstraktionen, die zu mörderischem Missbrauch verleiten können“, schreibt Schottländer, „sind auch jene bekannten Verallgemeinerungen, die den bestimmten Artikel in der Einzahl, statt in der Mehrzahl setzen“: z.B. der Jude, der Russe, der Pole (Schottländer 1957: 63).

Die Prävention ist auf solche Verallgemeinerungen angewiesen: der Süchtige, der Gewaltbereite, der Intensivtäter, der Verwahrloste, der Asoziale usw. Diese „Typen“, die „uns“ die Gegenwart schwer machen, soll es in Zukunft nicht mehr geben. Darum muss mit dem Vor-Beugen, Ver-Hüten, Ver-Hindern so früh und so umfassend wie möglich begonnen werden. Robert Castel schrieb 1991:

„Die neuen präventiven Praktiken haben nicht mehr Individuen im Blick, sondern Faktoren des Risikos, statistische Korrelationen von verschiedenartigen Elementen. Sie dekonstruieren das konkrete Subjekt der Intervention und rekonstruieren eine Kombination von Faktoren, die das Risiko produzieren. Ihr Hauptziel besteht nicht darin, einer konkreten gefährlichen Situation entgegenzutreten, sondern alle möglichen Formen von Gewalthandeln zu antizipieren. Die ‚Prävention‘ erhebt den Verdacht in den würdevollen wissenschaftlichen Rang eines Kalküls von Wahrscheinlichkeiten. Um verdächtig zu sein, ist es nicht länger nötig, bestimmte Symptome der Gefährlichkeit zu zeigen, es reicht aus, eine der Eigenschaften aufzuweisen, die die Experten der präventiven Politik als Risikofaktoren ausgemacht haben“ (Castel 1991: 10).

Aus dem „konkreten Raum der Gefährlichkeit“ sei ein „verallgemeinerter Raum des Risikos geworden“. Diese abstrahierende Verallgemeinerung enthalte eine „potentielle unendliche Vervielfachung der Möglichkeiten für eine Intervention.

Denn welche Situation gibt es, von der man sicher sein kann, dass sie kein Risiko beherbergt?“ (Castel 1991: 10f.).

Die Akteure der präventiven Politik spielen, so Castel (1991: 11), „abwechselnd auf den Registern von Angst und Sicherheit, die ein Delirium der Rationalität, eine absolute Herrschaft der kalkulierenden Vernunft und ein nicht weniger absolutes Vorrecht ihrer Agenten, Planer und Technokraten“ hervorrufe. Sie seien „Verwalter des Glücks für ein Leben, dem nichts zustößt“.

Ähnlich äußerte sich Manfred Max Warnbach schon 1983 in dem von ihm herausgegebenen Buch *Der Mensch als Risiko*, in dem er vor einem „Präventionsstaat“ warnt:

„Präventive Strategien scheinen den fundamentalen Widerspruch unseres Lebens zu bestimmen: Notwendig ist das selbständige, mündige Subjekt, fähig zu Selbstbestimmung und Eigenverantwortlichkeit, an das gerade in Krisenzeit von Politikern und Wirtschaftsmanagern unermüdlich appelliert wird, das jedoch auf der anderen Seite durch die permanente Supervision des Staates und der Unternehmen, gleichgültig ob sich diese nun als Hilfe oder Herrschaft zeigt, an seiner Entfaltung gehindert und damit negiert wird. [...] Unter der Oberfläche des kulturellen Egalitarismus und den Bestrebungen für soziale Chancengleichheit entwickelt sich als Dunkelfeld ein weiteres wissenschaftlich legitimes System der Sortierung, Selektion und Platzierung von Menschen, ihrer zusätzlichen Diskriminierung und zusätzlichen Privilegierung. Man muss unter den Diskursen der Wissenschaftlichkeit, der Hoffnungen, der Glaubenssätze, die aus Sehnsüchten und Reformbestrebungen gespeist werden, die wirklichen Kraftlinien und Determinanten suchen, um die Logik und die Konsequenzen von Sozialtechniken zu erkennen, die in das gesamte menschliche Leben eindringen wollen. Wenn man solche Entwicklungen nicht einfach stillschweigend akzeptieren will, muss man zunächst ein Reflexionspotential schaffen, das vorhandene diffuse Skepsis organisiert und damit zu einem wirksamen Mittel der Abwehr macht. Was darüber hinaus die Voraussetzung von Widerstand sein kann, wird als praktische Frage zu verhandeln sein. Es kann sich dabei durchaus herausstellen, dass künftig die beste Form von Prävention die sein wird, vor Prävention zu warnen“ (Warnbach 1983: 7ff.).

Literatur

- Benda, C.E., 1974: Die Bedeutung des Zwangs in der Kultur. In: Fahn, P, Stolze, H, Hrg., Zwangssyndrome und Zwangskrankheit, München
- Blumenberg, H., 1986: Lebenszeit und Weltzeit, Frankfurt/Main
- Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, 2004: Pressemitteilung 4/2004
- Castel, Robert, 1991: From Dangerousness to Risk?, Übersetzt in [http://www.epsteme.de/download/Castel Gefahrlichkeit-Risiko. Pdf](http://www.epsteme.de/download/Castel%20Gefahrlichkeit-Risiko.Pdf)

- Fachinelli, E., 1981: Der stehende Pfeil. Drei Versuche die Zeit aufzuheben, Berlin
 –, 1988: Freud am Strand. In: Zoll, R. Hrg., Zerstörung und Wiederaneignung von Zeit, Frankfurt/Main
- Goethe, J.W.v., 1951 (1808): Faust. In: Goethes poetische Werke, 5. Band, Stuttgart
- Grenkowitz, A., Loest, H., Zoll, R., 1988: Die Zwanghaftigkeit von Zeitstrukturen im Alltag, in Zwangsneurose und Faschismus. In: Zoll 1988
- Gronemeyer, M., 1993: Das Leben als letzte Gelegenheit – Sicherheitsbedürfnisse und Zeitknappheit. Darmstadt
- Kant, I., 1868: Über Pädagogik. In: Immanuel Kant's sämtliche Werke, Bd. 8
- Kappeler, M., 1987: Zur Geschichte von Ausgrenzung und Herrschaft – Am Beispiel von Kindheits- und Jugendbildern von Rousseau und Kant. In: Liebel, M., Schonog, B., Hrg., Ist die Zukunft schon verbraucht? NachDenken über Jugend und Jugendarbeit. Zur Erinnerung an Hellmut Lessing. Berlin (Technische Universität)
- , 1998: Drogen und Kolonialismus, 3. Auflage, Frankfurt/M.
- Meyer, J.E., 1973: Tod und Neurose, Göttingen
- Neckel, S., 1988: Entzauberung der Zukunft. Zur Geschichte und Theorie ssozialer Zeitperspektiven. In: Zoll, 1988
- Neumann, E., 1988: Das Zeitmuster der protestantischen Ethik. In: Zoll 1988
- Riemann, F., 1982: Grundformen der Angst, München
- Schottländer, F., 1957: Theorie des Vertrauens, Berlin
- Wambach, M.M., 1983: Hrg., Der Mensch als Risiko, Frankfurt/Main
- Zoll, R., 1988: Hrg., Zerstörung und Wiederaneignung von Zeit, Frankfurt/Main

*Manfred Kappeler, Schmidt-Ott-Str. 11 B, 12165 Berlin
 E-Mail: drkappeler@arcor.de*

Gesellschaft aktuell



Fritz Bohnsack
Sinnvertiefung im Alltag
 Zugänge zu einer lebensnahen Spiritualität
 2016. 182 S. Kt.
 22,90 (D), 23,60 € (A)
 ISBN 978-3-8474-0508-5
 eISBN 978-3-8474-0931-1

Wie gehen wir um mit der Auflösung traditioneller Wertorientierungen und den entsprechenden Verunsicherungen und Oberflächlichkeiten, wie mit der verbreiteten Suche nach neuen Sinngebungen? Als Antwort analysiert der Autor die gegenwärtige Sinn- und Religionsproblematik.



Uwe Prell
Theorie der Stadt in der Moderne
 Kreative Verdichtung
 2016. 297 S. Kt.
 29,90 € (D), 30,80 € (A)
 ISBN 978-3-8474-0503-0
 eISBN 978-3-8474-0923-6

Die „Kreative Verdichtung“ bildet ein neues Konzept innerhalb der Stadtheorie. Ausgehend von einem Forschungsüberblick erbringt die Untersuchung des Stadtbegriffs die Erkenntnis, dass die Stadt fünf Bedeutungen hat. Vier sind identisch und beschreiben strukturelle Merkmale, die fünfte ein raum- und kulturspezifisches Handeln.



www.budrich-verlag.de • info@budrich.de



Julia König

Wer jagt wen 'um der Kinder willen'?

Das Präventionsparadigma als Folie für gesellschaftliche Kämpfe um Sexualität

„Ich brauche Liebe – keinen Sex!“ und „Lasst uns Kindern die Kindheit!“ war auf selbstgebastelten Plakaten zu lesen, mit denen sommerlich bunt gekleidete und hübsch frisierte Kinder am 21. Juni 2014 in der Frankfurter Innenstadt unterwegs waren. Dass die Autor_innenschaft solcher Forderungen bei den Kindern selbst gelegen haben könnte, ist nicht allein deswegen unwahrscheinlich, weil die Trennung von (guter) Liebe und (offensichtlich gefährlichem) Sex ebenso wie das Beharren auf dem Schutzraum der Kindheit eher dem Vokabular bildungspolitischer oder Erziehungsdiskursen entstammt. Begleitet wurden die Kinder in der Tat von zahlreichen empörten Erwachsenen, die sich gegen den schulischen „Sexualisierungszwang“ engagierten: „Finger weg von unseren Kindern!“ forderte die sich selbst als „Besorgte Eltern“ charakterisierende Initiative lauthals, wussten die Marschierenden doch ganz genau Bescheid: „Aufklärung mit 7 – das ist übertrieben!“; ja, schlimmer noch: „obligatorische Sexualerziehung öffnet Pädophilen die Tür!“. Ein Foto, welches die Frankfurter Demonstration auf der offiziellen Webpräsenz der Initiative repräsentiert, dokumentiert eine interessante Szene: Zwei blonde, eher unsicher dreinschauende Mädchen im Grundschulalter in Jeans und rosa Turnschuhen, die gelben Schilder vor der Brust bemalt mit Blumen, Schmetterlingen und Tieren sowie der Aufschrift „Ich will ein Kind sein“, halten sich an jeweils einer Seite einer Frau fest, die mit beiden Händen ein größeres mit „Lasst die Kinder Kinder sein!“ beschriftetes Schild hoch hält und wie die sie umgebenden Erwachsenen laut skandiert. Voran gehen zwei etwas ältere Mädchen mit bedruckten Zetteln – „Finger weg von uns Kindern“ – auf der Brust, die ein an zwei Holzstangen befestigtes großes Transparent tragen, das darüber Auskunft gibt, dass sie „Kein[en] Zwang – [und keine] Frühsexualisierung“ dulden. Hinter ihnen laufen eine weitere erwachsene Demonstrantin und ein skandierender Jugendlicher neben einer Gruppe von Männern mit großen

Schildern, deren Aufschriften drohende Sexualverbrechen – „Erst *für* Kinder dann *mit* Kindern???“ – und Kinder(?)-Pornographie – ein durchgestrichener Playboyhasenkopf mit roten Kinder(?)-Hand-Abdrücken drum herum – insinuieren; und auf einem jener Plakate ist interessanterweise eine Präventionskritik formuliert: „Prävention = Deckmantel“.¹

1. Prävention als Folie für Kämpfe um Sexualpädagogik

So schlicht und unkommentiert diese Formel auch bleibt, so ist doch leicht ersichtlich, worüber sich der Herr mit dem Plakat empört: Anprangern möchte er offensichtlich das sexualpädagogische Postulat, durch die sexuelle Aufklärung von Kindern und Jugendlichen gleichzeitig Prävention zu leisten. Tatsächlich gehört die Prävention unerwünschter Schwangerschaften, sexuell übertragbarer Krankheiten sowie die Prävention sexueller Gewalt² gegen Kinder zu den erklärten Zielen internationaler wie nationaler sexualpädagogisch arbeitender Träger wie der International Planned Parenthood Federation (IPPF) oder pro familia, wird Prävention als Bestandteil sexualpädagogischer Aufklärung von WHO und BZgA empfohlen³ und füllt Kapitel einschlägiger Handbücher zur Sexualpädagogik. (Vgl. IPPF 2009, 2010: 4ff.; Sielert 2011: 1266ff.; Tuider et al. 2012: 6; Sielert et al. 2013) Wenngleich die in den 2000er Jahren entwickelte Argumentation der sexuellen und reproduktiven Rechte nicht mehr in erster Linie auf zu verhindernde Probleme der Zukunft, sondern auf die sexuelle Selbstbestimmung von Menschen jeden Alters abheben, bleibt die Prävention fester Bestandteil der Angebote der sexualpädagogischen und Sexualberatungskonzepte. So macht sich der Ansatz zum Ziel, das Individuum vorzubereiten und stark zu machen gegen Situationen, in

1 Das Bild ist einzusehen unter: <http://www.besorgte-eltern.net/demo-frankfurt-20140621.html>.

2 Ich verwende grundsätzlich den Begriff der 'sexuellen Gewalt' im Unterschied zu der verbreiteten Rede von der 'sexualisierten Gewalt', welche insinuiert, die Gewalt bediene sich lediglich der Sexualität als einem Medium, das prinzipiell austauschbar wäre. Zur Kritik des Mythos vom nicht-sexuellen Charakter sexueller Gewalt vgl. Pohl 2004: 508ff.

3 So heißt es in den *Standards für Sexualaufklärung in Europa* (2011): „Die Sexualaufklärung ist Teil der allgemeinen Erziehung und beeinflusst somit die Entwicklung der kindlichen Persönlichkeit. Aufgrund ihres präventiven Charakters ermöglicht sie, negative Folgen von Sexualität zu vermeiden; zugleich trägt sie zu einer Verbesserung der Lebensqualität, der Gesundheit und des allgemeinen Wohlbefindens bei.“ (WHO und BZgA 2011: 7)

denen diese Rechte verletzt werden könnten, in denen das Individuum vulnerabel und das heißt gefährdet sein wird.

Freilich ist die Prävention ungewollter Schwangerschaften, sexuell übertragbarer Krankheiten und ganz besonders die Prävention sexueller Gewalt gegen Kinder an sich nicht das Problem, welches der demonstrierende 'besorgte Vater' anprangert. Schließlich ist das Hauptanliegen der 'besorgten Eltern' ein grundständig präventives, sollen doch die Kinder von unangemessenen sexuellen Inhalten ferngehalten werden, um ungefährdet den offensichtlich asexuellen Raum der Kindheit genießen zu können, um 'Kinder sein' zu können: „Kinder sind rein/so soll es sein/wir sagen nein/zur Frühsexualisierung“.⁴ Unterstellt wird hier vielmehr, dass Sexualpädagog_innen unter dem Deckmantel der Prävention sexuelle Übergriffe auf Kinder protegieren, wenn nicht gar beging. Während und weil die Sexualpädagog_innen also keine richtige Prävention leisten würden, fordern die 'besorgten Eltern' vehement präventive Schutzmaßnahmen für 'unsere Kinder' ein.

Ich möchte an dieser Stelle keineswegs sexuellemanzipatorische Positionen der Sexualpädagogik mit denen der 'besorgten Eltern' inhaltlich gleichsetzen; an dem Punkt wird jedoch deutlich, wie sehr sich die Präventionsidee formal eignet, um jedes eigene Projekt – und wie an diesem Fall deutlich wird, sogar einander diametral entgegengesetzte Projekte – als 'Prävention' zu deklarieren. Reduziert auf eine vorbeugende Haltung entfalten präventive Maßnahmen ihre per se selbstlegitimierende Kraft: insofern sie stets von der Prognose leben, (vgl. Bröckling 2008: 42f.) sind sie lediglich darauf angewiesen, das Risiko des noch nicht eingetretenen Schlechten – etwa sexuelle Gewalt gegen Kinder – kausal mit einer Handlungsanweisung im Jetzt zu verknüpfen: hier entweder mit Sexualaufklärung, wie von der neo-emanzipatorischen Sexualpädagogik systematisch ausgearbeitet (vgl. Sielert 2004; Tuider et al. 2012), oder dem ressentimentgeladenen Anliegen 'besorgter Eltern' nach mit der Wahrung des Elternrechts auf Erziehung und Sexualaufklärung, welche auf die Etablierung eines asexuellen Schonraums für Kinder und Jugendliche hinauslaufen soll. Die diskursive Figur der Forderung präventiver Maßnahmen ermöglicht derart, unterschiedlichste Anliegen in einem Gestus der Unausweichbarkeit darzustellen: „Der starke Überzeugungswille, die Dringlichkeit der Aufforderung, die verallgemeinernde Dramatisierung und die Wiederholung, mit der die Mittel eingefordert werden, beinhaltet ein Präventionsversprechen, das mit Erfahrungen, mit Lehren aus der Vergangenheit legitimiert

4 So zu lesen auf einem weiteren Transparent beim Frankfurter Aufmarsch.

wird.“ (Kappeler 2012: 33) Das Präventionsparadigma erweist sich somit einmal mehr als eine gewaltige Diskursmaschinerie, anhand derer sich Kämpfe um soziale und gesellschaftliche Fragen ausfechten lassen, während gerade dieser soziale Inhalt der Konflikte auf die technische Frage der Machbarkeit reduziert wird (Vgl. Cremer-Schäfer 1997; Pütter 2007).

2. Anstrengungen zur Prävention der erwachsenen Irritation über kindliche Sexualität

Die Erkenntnis der Funktion des Präventionsversprechens im Diskurs über Sexualpädagogik ist zunächst sehr allgemein; der Inhalt des verhandelten Konfliktgehalts bleibt recht unbestimmt. Mindestens oberflächlich bleibt, worum in der Debatte eigentlich genau gestritten wird, welche sozialen Dynamiken kaschiert werden mit dem Hinweis auf die falsche oder die richtige Prävention. Dementsprechend bleibt auf dieser Ebene auch normativ unentscheidbar, welche der Positionen aus einer Perspektive zustimmungsfähiger wäre, die den Anspruch erhebt, systematisch auf die Problematik der Präventionslogik zu reflektieren. Diesbezügliche Differenzierungen von Heinz Steinert und Helga Cremer-Schäfer aufgreifend lassen sich präventive Maßnahmen, die an den Personen ansetzen und damit das Problem individualisieren, unterscheiden von solchen, die auf die (Neu-)Konstellierung von Situationen zielen (vgl. Steinert 1995: 13) und Ressourcen unabhängig personengebundener, identifizierbarer und dokumentierter Defizite für Gestaltungen dieser Situationen zur Verfügung stellen (Vgl. Cremer-Schäfer 1997).

Darauf rekurrend kann für die Präventionsidee neo-emanzipatorischer Sexualpädagogik festgestellt werden, dass sie sich tatsächlich stark an der Bereitstellung von Ressourcen ohne Eingangsschwelle und zudem – im Gegensatz zu den Unterstellungen ihrer Gegner_innen – am Prinzip der Freiwilligkeit orientiert: kein Kind muss an pro familia-Workshops zur Sexualaufklärung in der Schule oder woanders teilnehmen. Ebenso erklären die Herausgeber_innen der in Verruf geratenen *Sexualpädagogik der Vielfalt* (2012), dass diese Materialsammlung auf der Grundlage langjähriger Berufserfahrungen von Sexualpädagog_innen basiert, die für den Band – eben gerade nicht: obligatorisch zu begreifende – pädagogische Angebote sammelten, die sich aus konkreten Fragen von Kindern und Jugendlichen ergeben haben. (Vgl. Tuijer et al 2012: 7; 234) Der Angriff ‘besorgter Eltern’ sowie des konservativen bis linksliberalen Feuilletons hingegen läuft auf Verbote hinaus, welche dem beschworenen sexualpädagogischen Übergriff Einhalt gebieten sollen. Christian Webers Verunglimpfung der *Sexualpädagogik der Vielfalt* in dem für die Debatte initialen Kommentar in der *Süddeutschen Zeitung* als „fahrlässige

Pseudo-Aufklärung“ (Weber 2014) klingt im Hinblick auf die darauf folgende Debatte noch geradezu freundlich. Das hämische Zitieren, ohne auch nur einen einzigen Blick in die Einleitung des Bandes zu werfen und sich zu bemühen, die pädagogische Intention der Materialsammlung nachzuvollziehen, hatte hier in erster Linie eine Funktion: die um komplizierte Konstellationen – von kindlicher Neugier über gesellschaftliche Normierungen des Sexuellen bis zu den Schwierigkeiten des Sprechens mit Kindern und Jugendlichen über ihr sexuelles Halbwissen – wissende Sexualpädagogik in direkter Nähe zur sexuellen Gewalt gegen Kinder zu platzieren.

Gerade weil die Irrationalität des selektiven Lesens und der Ignoranz des wahrlich nicht gerade ausschweifenden Vorworts des Bandes auch vonseiten der doch eigentlich mindestens zu eingehender Recherche verpflichteten Journalist_innen überrascht, lohnt sich der Blick auf das, was als Inhalt ausgeblendet und im Konflikt über die Gefährlichkeit des Textes übergangen wird. Geht man dem Postulat der drohenden Gefahr durch sexualpädagogische Aufklärung nach, besteht diese in der gewaltförmigen sexuellen Bedrängnis von Kindern mit unangemessenen Informationen und verstörenden Bildern. Sexuelle Interessen-Aktivitäten von Kindern scheinen außerhalb des Akzeptablen zu liegen. Ganz besonders scheint die Thematisierung sexueller Inhalte zwischen Kindern und erwachsenen Pädagog_innen nur als Übergriff vorstellbar zu sein. Diese Konstellation ist durch zwei miteinander zusammenhängende gesellschaftliche Dynamiken bedingt: einerseits wird auf sexuell explizite Aktivitäten vorpubertärer Kinder tendenziell mit Bestürzung und Missbrauchs-Verdacht reagiert, (vgl. Eich 2005: 169ff.) Katharina Rutschky hatte hierzu bereits in den 1990er Jahren die Formel vom ‘Missbrauch mit dem Missbrauch’ geprägt. Gleichzeitig findet andererseits eine starke Erotisierung der Kindheit statt, wie sie sich am Trend zum geschlechtsspezifisch zurechtgestutztem Spielzeug und an der Fetischisierung des vorpubertären Körpers ablesen lässt, der sich in der Kindermode niedergeschlagen hat und noch im Erscheinungsbild erfolgreicher, knabenhafter (erwachsener) Models und spiegelbildlich in der Panik vor faltiger Haut wiederzufinden ist. Schließlich wird diese unausgegorene Spannung seit nunmehr fünfeinhalb Jahren von dem gesellschaftlich unzweifelhaft notwendigen Diskurs über sexuelle Gewalt in pädagogischen Institutionen überschattet, an deren Aufklärung in unterschiedlichen Kommissionen und Institutionen gearbeitet wird.

In dieser Konstellation gerät offensichtlich einiges durcheinander, was sich im Rückgriff auf eine psychoanalytische Perspektive genauer verstehen lässt. Lustvolle Selbstbetätigung von Kindern, die unterschiedliche Dimensionen ihres Körpers erfahren und lustbringende Situationen durch wiederholte Manipulierungen

herstellen, wird ebenso wie die zärtlichen und sexuellen⁵ Bedürfnisse, mit denen Kinder selbstverständlich auch an erwachsene Bezugspersonen herantreten, oft als eine vage Bedrohung wahrgenommen. Erwachsene vermögen die Vorstellung von dem als unschuldig idealisierten Kind in der Regel nicht mit Sexualität in Verbindung zu bringen, was Freud über die Zweizeitigkeit und das Tabu über der Sexualität erklärt, und was Holger Eich zufolge nicht zuletzt damit zusammenhängt, dass der „Gesamtkomplex Sexualität“ (ebd.: 170), den Erwachsene sich im Laufe ihres Lebens angeeignet haben, nicht in jedem Lebensalter als solcher anzunehmen ist. Von Erwachsenen als ‚sexuell‘ dem Gesamtkomplex Sexualität untergeordnete einzelne Fragmente dieses Bedeutungs-Komplexes sind bei Vorschulkindern allenfalls assoziativ, nicht aber kausal miteinander verknüpft. Aus der Erwachsenenperspektive erscheint die Verknüpfung von Kind und Sexualität aber mitunter so entsetzlich, dass das tabuisierte sexuelle Erleben der Kinder eher noch als Krankheit oder als Gewalterfahrung problematisiert und dem Kind somit eher eine schwere Krankheit oder eine Opferrolle als eine Sexualität zugestanden wird. Zentral zum Verständnis des Problemkomplexes ist demnach die Anerkennung der Differenz kindlicher sexueller Erlebnisqualität – nämlich tatsächlich ungerichteter bzw. polymorph-perverser – von der postpubertären, in hohem Maße (zu)gerichteten Sexualität. Angesichts dieser Differenz des Erlebens irritiert Erwachsene die infantile Sexualität der Kinder und damit nicht zuletzt die Resonanz, die diese „Kindlichkeit der Sexualität“ (Safouran 1997: 154) in ihnen hinterlässt. Als irritierend erweist sich somit die Konfrontation mit Sexuellem in der tatsächlich menschlich ubiquitären Konstellation, deren Asymmetrie Jean Laplanche (1988) als „anthropologische Grundsituation“ beschreibt: dass neu geborene Menschen unbedingt auf Hilfe angewiesen sind und dass es immer wesentlich ältere Menschen sind, die sich mindestens so weit um ihre Bedürfnisse kümmern, dass sie diese Phase der fundamentalen Angewiesenheit auf andere überleben.

Mit Blick auf den Konflikt über die Gefährlichkeit der Sexualpädagogik lässt sich nun erkennen, dass es diese Irritation über kindliche Sexualität und (früh) pubertäre Neugier ist, die sich auch in der Empörung der ‚besorgten Eltern‘ af-

5 ‚Sexuell‘ verwende ich im Sinne der Freudschen Konzeption, in der ‚Sexualität‘ erstens ein theoretischer Begriff ist und zweitens immer ‚Psychosexualität‘ als psychophysische Einheit meint; in einer glücklichen Formulierung bestimmt Alfred Lorenzer Sexualität als „lebensbestimmende, verhaltenswirksame Sinnstruktur“ (Lorenzer 1984: 195). Zur komplizierten sexuellen Dimension intergenerationeller Beziehungen vgl. König 2015.

fektiv so gut mobilisieren lässt. Dass sich Kinder von alleine für sexuelle Themen interessieren könnten, die ihr Leben schließlich von Anfang an durchziehen, wird als absurd verworfen – da kann auch die noch so verständlich formulierte Erläuterung in der *Sexualpädagogik der Vielfalt* nicht helfen, dass die Methoden auf der Grundlage von Kinderfragen entwickelt wurden und dass die Aufklärung immer solchen konkreten Fragen folgen soll, anstatt sie irgendwelchen Kindern curricular unter die Nase zu reiben. Auf dieser Basis kann die Irritation über die kindliche Sexualität erfolgreich auf ein anderes Konfliktfeld übertragen werden. Die zunächst lediglich naiv klingende Forderung von „Liebe statt Sex“ hilft über den Export der Irritation schablonenhaft das im Grunde LGBT*feindliche Anliegen artikulieren, die lieben Kinderlein bloß nicht mit dieser ‚perversen Sexualpraxis‘ zu konfrontieren.

Die Präventionsforderung als Artikulationsraum jenes Unbehagens bietet sich an dieser Stelle aus mehreren Gründen an: Weil alles zu ihrem Gegenstand werden kann (vgl. Lüders 2011: 4) und weil sie eine Sicherheit verspricht und zur Kontingenzbewältigung beiträgt, die angesichts der irritierenden Verunsicherung eine hohe Attraktivität besitzt. (Vgl. Bröckling 2008: 39) Zudem bietet sie die Perspektive der Machbarkeit: Präventionsmaßnahmen gegen das Unangenehme sind auch deswegen attraktiv, weil sie versprechen, dass dann ‚etwas dagegen getan‘ werden kann. Die Verbreitung einer regelrechten Präventionshysterie im Bezug auf das Thema kindliche Sexualität und sexuelle Gewalt ist seit einigen Jahren beispielsweise in Kindertagesstätten zu beobachten, in denen besonders das männliche Personal unter Generalverdacht steht und dementsprechend verunsichert ein irrwitziges Präventionsprogramm installiert wird: So wird längst nicht mehr nur diskutiert, ob männliche Erzieher vielleicht lieber gar nicht mehr mit den Kleinkindern aufs Klo gehen und noch kleinere wickeln sollten. Das Modell der permanent geöffneten Tür zur Verhinderung eventuell unangemessener Intimität bei der Toilette ist zudem nicht die letzte Idee zur präventiven Transparenz – längst hat auch das dänische Modell der Wickelkommode hinter Glas (vgl. Gamillscheg 2013) Einzug in einige deutsche Kindertagesstätten gefunden. Die Geschlechterrollen, welche Kleinkindern auf diesem Wege vermittelt werden, führen jedenfalls nicht dazu, dass Kinder einen unproblematischen körperlichen Umgang mit Männern kennenlernen, den sie dann gegebenenfalls tatsächlich von einem unangenehmen und unangemessenen unterscheiden könnten: tendenziell bedeutet der Kontakt mit Männerkörpern so nach wie vor ein gefahrenreiches Unterfangen. In dieser Weise lesen sich auch die allerdings geschlechtsneutralen Empfehlungen des Stuttgarter Jugendamts, die Kindergärtner_innen hinsichtlich der „Besonderheiten im Umgang mit Berührungen“ empfehlen, dass

- „Berührungen des Kindes [...] nur mit seinem Einverständnis erfolgen [sollten]. Kleinste Anzeichen von Widerstand gegen Berührungen müssen sofort respektiert werden.
- Es soll darauf geachtet werden, dass Brust, Gesäß und Intimbereich des Kindes nicht – auch nicht versehentlich – berührt werden.
- Eine Ausnahmesituation stellt das Wickeln von Kindern dar. Hier haben die verbalen und nonverbalen Signale der Kinder größte Bedeutsamkeit. Ihnen ist mit einer erhöhten Aufmerksamkeit zu begegnen.“ (Landeshauptstadt Stuttgart, Jugendamt 2013: 17)

Stellt man sich Erzieher_innen vor, die im Umgang mit Kleinkindern versuchen, sie beim Herauf- und Herunterheben, beim An- und Ausziehen, im Spiel und im Morgenkreis auf dem Schoß bloß nicht an Brust, Gesäß oder Intimbereich zu berühren, ergibt sich ein durch Berührungängste dominiertes Bild. In dieser Szenerie, welche besonders drastisch pointiert wird durch die Vorstellung einer immer offenen Toilettentür aus Angst vor Übergriffen und einem Wickeltisch, der vorsichtshalber hinter Glas jederzeit für alle einsichtig ist, wird der Umschlag der vernünftigen und nachvollziehbaren Sorge um das grundsätzliche Wohlergehen der Kinder in ein durch instrumentelle Vernunft dominiertes Kontroll-Szenario unübersehbar. „Prevention also is an effort to dominate the future by planning it – with the consequence that an uncertain future and the hopes and fears we have for it dominate the present.“ (Steinert 1995: 11)

3. Jagd auf die Bestie

Auch diese Präventionsanstrengungen sind jedoch schlussendlich angewiesen auf die jede Form von Prävention immer einschließende Exklusion des absolut Verwerflichen; zum Ausdruck kommt dieses hier im hochprojektiv aufgeladenen Bild der Bestie 'Kinderschänder'. (Vgl. Becker 1997; Witte 2014: 14) Um diese Dynamik zu konkretisieren, möchte ich auf eine Analyse Volkmar Siguschs Bezug nehmen, der in seiner Rekonstruktion der Geschichte der Perversionen zu dem Ergebnis kommt, dass die gnadenlose Hatz auf die 'Kinderschänder' eine affektive Grundierung in abgewehrten, da unangenehmen eigenen Gefühlen findet.

So wurden paradoxerweise im Zuge der „neosexuellen Revolution“ (Sigusch 2005: 7) – dem unspektakulär verlaufenden, kulturell jedoch tiefgreifenden Wandel der Sexual-, Intim- und Geschlechtsformen seit den späten 1970er Jahren – sexuelle und geschlechtliche Freiräume umso größer, je brutaler ökonomische Sicherheiten und soziale Gerechtigkeit beseitigt wurden. (Vgl. ebd.) Vormalis verpönte und verfolgte sexuelle Identitäten, Orientierungen und Praktiken wie

etwa BDSM oder Objektophilien fanden so Nischen, in denen sie verhältnismäßig ungestört konsumiert und praktiziert werden können, wodurch sie auch ihrer Verfolgungswürdigkeit und Therapiebedürftigkeit enthoben wurden. Dies jedoch gilt in keiner Weise für die Pädosexualität,⁶ die Sigusch als „eines der letzten sexuellen Tabus“ erkennt: „Der letzte Grund, warum wir Pädophilie als bedrohlich wahrnehmen, sind unsere Vorstellungen von Kindheit als dem letzten Refugium von Vertrauen, Sicherheit und unschuldiger Liebe.“ (Sigusch 2012: 213) Vor dem Hintergrund, dass sexuelle Perversionen historisch immer dann besonders unnachgiebig verfolgt wurden, wenn sie kurz davor waren, als eine Form sexueller Präferenz oder Identität akzeptiert zu werden, bestimmt Sigusch die Pädosexualität die letzte 'wirkliche' Perversion. (Vgl. Sigusch 2005: 143) Dies wiederum deutet darauf hin, dass die erotische Anziehung von Kinderkörpern viele Menschen zur Zeit auf einer latenten Ebene beschäftigt. Durchaus lässt sich angesichts der bereits besprochenen Phänomene, in denen eine starke Fetischisierung des vorpubertären Kinderkörpers anklingt, konstatieren, dass der erotische Reiz des Vorpubertären gesellschaftlich omnipräsent ist. Dass dieser Reiz jedoch aufgrund des gleichzeitig wirksamen Tabus und der Irritation über die kindliche Sexualität nicht sozial artikulationsfähig ist, bildet hier die Basis für eine mächtige Projektion. In der Jagd auf die an Schlechtigkeit alles konzentrierende Figur des Bösen, des 'Kinderschänders', können so eigene sexuelle Impulse aggressiv gelebt und genossen werden, während sie gleichzeitig dadurch unsichtbar werden, dass sie von den Verfolger_innen selbst abgelenkt, mit diesen scheinbar nichts zu tun haben. Aus der Perspektive experimenteller Sexualforschung ist die kaschierende Stellvertreter-Funktion hier unübersehbar: „Der perennierende Hass auf die Pädophilen ist bei Männern verdächtig, weil experimentell nachgewiesen worden ist, dass normale Männer auf kleine nackte Mädchen mit einer messbaren körperlichen sexuellen Erregung reagieren, die ihnen gar nicht bewusst zu werden braucht.“ (Vgl. ebd.: 193)

Hier ist zu betonen: Dies bedeutet gerade nicht, dass alle Männer 'potenzielle Vergewaltiger (von kleinen Mädchen)' sind, sondern vielmehr, dass die erwachsene Sexualität „nicht abgeschaltet ist in der Beziehung zum Baby“ (Becker 2011: 9)

⁶ Zur Begrifflichkeit vgl. Dannecker 1996, S. 266 ff. Der sexualwissenschaftliche Begriff der Pädosexualität bezeichnet Menschen, deren sexuelle Präferenz ausschließlich auf vorpubertierenden Kindern liegt. Nicht gemeint ist damit die verhältnismäßig weit größere Gruppe aus anderen Gründen gegenüber Kindern sexuell Gewalttätiger (etwa weil Kinder im Familienumkreis erreichbar oder leicht zu überwältigen und zu manipulieren sind).

bzw. zum Kind und in einer wie Sophinette Becker hervorhebt „nicht-pathologischen“ (ebd.) Weise anklingt in der Resonanz auf die sich konstituierende infantile Sexualität. Entscheidend ist die Anerkennung der Differenz zwischen der kindlichen und der erwachsenen Sexualität auf Seiten der Erwachsenen, die dann impliziert, als Erwachsene_r nicht sexuell zu agieren. Für zentral halte ich daher die Erkenntnis, dass die strukturell immer wieder entstehende erwachsene Irritation über die kindliche Sexualität nicht zu vermeiden ist – es gibt keine Prävention, die hier Abhilfe leisten könnte, da das erwachsene sexuelle Erleben im Verlaufe der jeweiligen Biographie bereits in einer Weise strukturiert ist, welche ganz anders funktioniert und organisiert ist als die kindliche Lust. Ein unaufgeregter Umgang und die Anerkennung dieser Differenz würde allerdings ermöglichen, auf sexuelle Aktivitäten und Wünsche von Kindern nicht sofort mit Panik zu reagieren und sie entweder zu übersehen oder die Kinder mit dem Verdacht zu bedrängen, sie seien sexuell überwältigt worden. Ein unaufgeregter Umgang und die Anerkennung dieser Differenz würde weiterhin implizieren, dass von erwachsener Seite kein Bestrafungsimpuls ausagiert werden muss – weder gegen das Kind selbst in Form von Bestrafungen und rigiden Verboten noch gegen die vermeintlich immer draußen auf das unschuldige Kind lauende Bestie. Diese Dynamik ist hier an sich als projektiv zu erkennen – unabhängig davon, ob es sich um Menschen handelt, denen pädosexuelle Kontakte, der Besitz von pornographischen Kinderbildern oder sexuelle Gewalt gegen Kinder unterstellt oder nachgewiesen werden konnte. Die Jagd ist affektiv so attraktiv, weil sie durch die Projektion eigener unangenehmer Gefühle auf die gejagte Bestie eine leidenschaftliche Opferidentifikation mit der imaginierten ‘kindlichen Unschuld’ ermöglicht. (Vgl. Witte 2014: 14) Nichts anderes als das so geschaffene Klima der permanent notwendigen Verteidigung ‘unserer’ gefährdeten Kinder gegen die Bestien kann die affektive Grundlage sein für Fälle wie den von dem 50-jährigen Vater, der im Juli 2015 beim Spaziergang mit seiner 10-jährigen Tochter in einem Park in Freising von jungen Männern angegriffen wurde, die ihn als Pädophilen beschimpften und schlugen.⁷

Auch auf diesem Gebiet triumphieren Präventionsprogramme, die sich zumeist an die potenziellen Opfer, an die Kinder selbst richten, welche ‘stark gemacht’ werden und ‘lernen’ sollen, ‘nein zu sagen’ und sich gegenüber potenziellen Angrei-

7 Vgl. Spiegel Online vom 12.07.2015: „Angriff auf Vater mit Tochter: ‘Eine völlig absurde Idee.’“ Online: <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/vater-bei-spaziergang-angegriffen-polizei-steht-vor-raetsel-a-1043291.html>.

fer_innen zur Wehr zu setzen. Gleichzeitig richten sich viele Programme an Eltern und Pädagog_innen, um ihnen zu helfen eventuelle Angriffe auf ihre Schutzbefohlenen verhindern zu können.⁸ Nicht zuletzt angesichts der Problematik, dass solche Zuschnitte die Verantwortung für die Verhinderung sexueller Übergriffe bei den Gefährdeten selbst und bei ihren Vormündern anlegen, wendet sich das an der Berliner Charité entwickelte *Präventionsprojekt Dunkelfeld* explizit an potenzielle und an Dunkelfeldtäter_innen. (Vgl. Beier et al. 2014) Das seit 2010 zum überregionalen Präventionsprojekt *Kein Täter werden* erweiterte Programm ist angelegt auf die anonyme und vertrauliche, (psycho)pharmakologische, sexualmedizinische sowie verhaltenstherapeutische Behandlung potenzieller sowie von Täter_innen im Dunkelfeld. Zwar gab es auch vorher durchaus langjährig bewährte sexualmedizinische und therapeutische Behandlungsschwerpunkte in der Arbeit mit Pädosexuellen etwa an den Instituten für Sexualforschung an den Unikliniken Frankfurt und Hamburg; deren Verschweigen unterstützt allerdings das für ein erfolgreiches Präventionsprogramm notwendige Postulat, ein zuvor gänzlich ignoriertes Problem in Angriff zu nehmen. Trotzdem es in diesem Programm erklärtermaßen darum geht, die Programmteilnehmer_innen nicht zu stigmatisieren, weist auch dieses Programm typische Merkmale einer individualisierenden Präventionsmaßnahme auf. Wenngleich die Eingangsschwelle niedrig und durch die ärztliche Schweigepflicht geschützt ist – insofern werden ja zunächst einmal Ressourcen zur Verfügung gestellt, ohne an Strafverfolgung gekoppelt zu sein –, erfolgt doch eine im Vergleich zu den bislang bestehenden genannten Behandlungstraditionen rasche und endgültige Zuordnung zum Störungsbild Pädo- oder Hebephilie (Störungen der Sexualpräferenz) bzw. zur diesbezüglichen Dissexualität (Störung des sexuellen Verhaltens): Nach einem ausführlichen, semi-strukturierten klinischen Interview, sowie einer Einschätzung anhand von Fragebögen nach den psychiatrischen Klassifikationssystemen ICD-10 und DSM-5 (vgl. Grundmann et al. 2015) werden die derart Klassifizierten programmgemäß unmittelbar mit der Aussicht beglückt, ihre Sexualität niemals befriedigend leben zu können. Da hier eher wenig Raum gelassen wird für eine längere und offenere Anamnese und für eine psychodynamische Analyse des Leidens⁹ und seiner Genese, welche möglicherweise auch Aufschluss darüber

8 Beides wird etwa in der vom BMFSFJ und der BZgA verantworteten und finanzierten Bundesinitiative „Trau dich!“ anvisiert, deren Onlinepräsenz unter <http://www.multiplikatoren.trau-dich.de> zugänglich ist.

9 Da alle diese Behandlungen durch die Initiative der Patient_innen zur Vorstellung in einer der sexualmedizinischen Ambulanzen zustande kommen, kann von einem Lei-

geben könnte, ob die Präferenz einen anderen Konflikt verstellt, lassen sich stark vereinfachende Tendenzen in der Behandlung auf Kosten der Behandelten ausmachen. Im Editorial eines Sonderhefts der Zeitschrift *Sexuologie* zum 10-jährigen Bestehen des Programms klingt denn auch leises Unbehagen an: „Kritiker werden am Horizont eine Präventionsgesellschaft aufziehen sehen, doch die Alternative ist ein Warten auf die Feuerwehr.“ (Alisch 2015: 115) Angesichts der Konstruktion genau dieser beiden Alternativen bleibt an die Differenzierungen Steinerts (1995) und Cremer-Schäfers (1997) hinsichtlich präventiver Maßnahmen zu erinnern, die personalisieren und individualisieren und solchen, die auf die (Neu)Konstellierung von Situationen zielen und dazu Ressourcen zur Verfügung stellen. Dass gesellschaftlich dafür Sorge getragen werden muss, sexuelle Gewalt gegen Kinder zu verhindern, ist ohne Zweifel so notwendig wie vernünftig in der Orientierung an der Maxime, ein besseres Leben und weniger Leiden für alle zu fordern und zu ermöglichen. Die Alternative 'Präventionsgesellschaft oder Warten auf die Feuerwehr' eröffnet unpräzisiert jedoch vielfache Simplifizierungen, die ohne weiteres in individualisierende Präventionsprogramme, weit schlimmer aber noch in die projektiv aufgeladene Hatz auf die auserkorenen Bestien münden kann.

Literatur

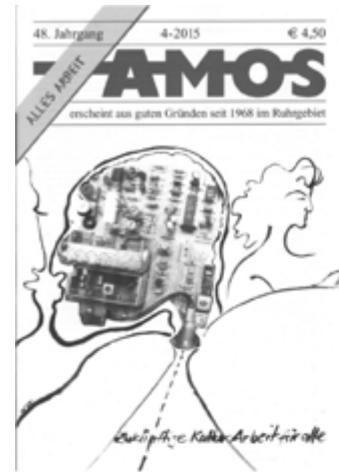
- Alisch, Rainer 2015: „Warten bis es brennt“. In: *Sexuologie* 22(1–2), S. 115
- Becker, Sophinette 1997: Pädophilie zwischen Dämonisierung und Verharmlosung. In: *Werkblatt – Zeitschrift für Psychoanalyse und Gesellschaftskritik* 38(1) S. 5–21
- 2011: Sexueller Missbrauch und Sexualität. In: Deutscher Arbeitskreis für Jugend- Ehe- und Familienberatung (Hg.): *Psychosoziale Beratung von Erwachsenen und Paaren im Kontext sexueller Grenzverletzungen und sexualisierter Gewalt. Dokumentation des Fachgesprächs*, 5. Oktober 2011 in Frankfurt am Main, S. 5–13
- Beier, Klaus M./Grundmann, Dorit/Kuhle, Laura F./Schermer, Gerold/Konrad, Anna, & Amelung, Till 2014: The German Dunkelfeld Project: A Pilot Study to Prevent Child Sexual Abuse and the Use of Child Abusive Images. *The Journal of Sexual Medicine* 12(2), 529–542
- Bröckling, Ulrich 2008: Vorbeugen ist besser ... Zur Soziologie der Prävention. In: *Behemoth. A Journal on Civilisation*, 1, S. 38–48
- Cremer-Schäfer, Helga 1997: Konfliktregelung und Prävention. Welche „Prävention“? In: Hassemmer, Elke/Marks, Erich/Meyer, Klaus (Hg.): *Zehn Jahre Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung* Bonn

densdruck wie auch von einer grundsätzlichen Kooperationsbereitschaft ausgegangen werden.

- Eich, Holger 2005: Es geht kein Weg zurück. Wie der Diskurs über sexuellen Missbrauch zur Verdrängung der kindlichen Sexualität beiträgt. In: Burian-Langegger, Barbara (Hg.), *Doktorspiele. Die Sexualität des Kindes*. Wien, S. 167–192
- Gamillscheg, Hannes 2013: Keine Umarmung, kein Schmusen. In: *Frankfurter Rundschau* vom 8. Januar 2013, online: <http://www.fr-online.de/politik/angst-vor-paedophilie-keine-umarmung--kein-schmusen,1472596,21404752.html>
- Grundmann, Dorit/Konrad, Anna/Schermer, Gerold 2015: Diagnostik im *Präventionsprojekt Dunkelfeld*. In: *Sexuologie* 22(3–4), S. 155–164
- IPPF 2010: IPPF Framework for Comprehensive Sexuality Education (CSE). Online: http://www.ippf.org/system/files/ippf_framework_for_comprehensive_sexuality_education.pdf
- 2009, Sexuelle Rechte – eine IPPF-Erklärung. Online: http://www.profamilia.de/fileadmin/publikationen/profamilia/IPPF_Deklaration_Sexuelle_Rechte-dt2.pdf
- Kappeler, Manfred 2012: Im Namen der Zukunft. Prävention als tyrannisches Zeitregiment der Gegenwart. In: Boers, Klaus (Hg.): *Kriminologische Perspektiven. Wissenschaftliches Symposium zum 70. Geburtstag von Klaus Sessar*. Münster, S. 33–50
- König, Julia 2015: Szenen sexueller Verletzlichkeit als intergenerationelles Problem. In: Andresen, Sabine/Koch, Claus/König, Julia (Hg.): *Vulnerable Kinder. Interdisziplinäre Annäherungen*. Wiesbaden, S. 191–207
- Landeshauptstadt Stuttgart, Jugendamt 2013: *Fachkräfte in der besonderen Verantwortung. Verbindlicher Leitfaden zur Prävention von und Umgang mit sexualisierter Gewalt und Grenzverletzungen durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes*. Stuttgart
- Lorenzer, Alfred 1984: *Intimität und Soziales Leid. Archäologie der Psychoanalyse*. Frankfurt/M.
- Pohl, Rolf 2004: *Feindbild Frau. Männliche Sexualität, Gewalt und die Abwehr des Weiblichen*. Hannover
- Pütter, Norbert 2007: Prävention – Spielarten und Abgründe einer populären Überzeugung. In: *Cilip*; online: <http://cilip.de/2007/02/09/praevention-spielarbeiten-und-abgruende-einer>
- Safouan, Moustafa 1997: *Die Übertragung und das Begehren des Analytikers*. Würzburg
- Sielert, Uwe 2004: *Sexualpädagogik weiter denken. Postmoderne Entgrenzungen und pädagogische Orientierungsversuche*. Weinheim
- 2011: *Sexualpädagogik*. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hg.): *Handbuch Soziale Arbeit*. 4., völlig neu bearbeitete Auflage. München, Basel, S. 1263–1271
- 2013: *Handbuch Sexualpädagogik und Sexuelle Bildung*. Weinheim
- Sigusch, Volkmar 2005: *Neosexuelle Revolution*. Frankfurt/M.
- 2012: *Sexualwissenschaftliche Thesen zur Missbrauchsdebatte*. In: Brumlik, Micha/Quindeau, Ilka (Hg.): *Kindliche Sexualität*. Weinheim, S. 209–221
- Steinert, Heinz 1995: The Idea of Prevention and the Critique of Instrumental Reason. In: Albrecht, Günter/Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (Hg.): *Diversion and Informal Social Control*. Berlin, S. 5–16

- Tuider, Elisabeth/Müller, Mario/Timmermanns, Stefan 2012: Sexualpädagogik der Vielfalt. Praxismethoden zu Identitäten, Beziehungen, Körper und Prävention für Schule und Jugendarbeit. Weinheim
- Weber, Christian 2014: Was sie noch nie über Sex wissen wollten. *Süddeutsche Zeitung*, Donnerstag, den 24.04.2014, S. 9
- WHO-Regionalbüro für Europa und Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung 2011: Standards für die Sexualaufklärung in Europa. Köln; online: <http://www.bzga-whocc.de/pdf.php?id=000254efcd83a4158f57c86c386c4fad>
- Witte, Sonja 2014: Vom Wandel der Unschuld. Sexualität und Postnazismus. In: Extrablatt 9, S. 8–15

Julia König, J.W. Goethe Universität, Institut für Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung, Theodor W. Adorno Platz 6, 60629 Frankfurt am Main
E-Mail: j.koenig@em.uni-frankfurt.de



in 4|2015 „*Alles Arbeit I*“ schreiben u.a.

Uli Grober: Halde Hoheward darf nicht sterben | *Rolf Euler*: Mythos „Harte Arbeit“ | *Manfred Walz*: Das Krokodil im Stahlwerk | *Peter Strege*: Butterplatz Nr. 17 | *Wolfgang Schaumburg*: Haupttendenz im echten Leben | *Robina Cronauer*: Seit wann muss Arbeit eigentlich Spaß machen? | *Sebastian Müller*: Industrialisierungswahn im Ruhrgebiet angegriffen | *Hartmut Dreier*: Menschen in Marl verabschieden sich vom Bergbau – auf eigene Kosten | *Romani Rose*: Solidarität und Kunst: zu Otto Pankok | *Uri Avnery*: Gedanken am Strand

ABO 18 € jährlich mit 4 Ausgaben
Kostenloses Probeexemplar oder Abo bestellen bei: AMOS-Redaktion, c/o Hartmut Dreier, Schumannstr. 6, 45772 Marl.
www.amos-zeitschrift.de

AMOS erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet

in 1|2015 „*Alles Arbeit II*“ schreiben u.a.

Harry Jablonowski: Demontagen im Ruhrgebiet – Arbeitskultur im Sinkflug? | *Robert Bosshard*: Fluchtkapital | *Hartmut Dreier*: Die frühere Vorzeigestadt Marl nach dem Bergbau: Industriestadt eigener Art – mit Natur und Kultur | *Peter Strege*: Washtag | *Robina Cronauer*: All work and no play makes Jack ... what? – Über die Selbstverpflichtung zum „Ernst des Lebens“ | *Lennart Nuschke*: Die Notwendigkeit der Effizienz | *Matthias Schnath*: Der Geist im Modernisierungstrichter | *Mark S. Burrows*: Die Gefährdung des Bildungssystems in den USA | *Julian Vazquez*: Pflege in Deutschland – Hineinstolpern in einen Traditionsbetrieb | *Omar Ayobi*: Künstlerische Darstellung von Flucht auf dem Mittelmeer – Animierte Illustration | *Manfred Weule*: Afrika gibt es nicht

AMOS wird

herausgegeben von Wolfgang Belitz, Benjamin Benz, Robert Bosshard, Hartmut Dreier, Rolf Euler, Friedrich Grotjahn, Rolf Heinrich, Ute Hüttmann, Wolf-Dieter Just, Jürgen Klute, Carl-D.A. Lewerenz, Axel Lippek, Heinz Listemann, Anna Musinszki, Hermann Schulz, Peter Strege, Manfred Walz, Renate Wangelin.

Manfred Walz zeichnet für jedes Titelblatt ein Original. Und in jedem Heft die Kolumnen von Wolfgang Belitz und Hermann Schulz.



Christian Lüders & Manfred Kappeler

Abschaffen oder seinen ideologisch-technokratischen Gebrauch verhindern?

Eine Kontroverse über den Begriff „Prävention“,
seine Bedeutungen und Wirkungen

Das hier abgedruckte Gespräch führten Christian Lüders (Deutsches Jugendinstitut) und Manfred Kappler (Redaktion der „Widersprüche“) im November 2015. Die Transskription der Tonbandaufzeichnung machte Brigitte Henning, Berlin.

K: Herr Lüders; die Nr. 94 der „DJI Impulse“ (2/2011) hat den Titel „Mythos Prävention“. Warum Mythos, welcher Mythos-Begriff steckt dahinter?

L: Das ist in kritischer Intention geschrieben, weil wir auf der einen Seite beobachten, dass der Präventionsbegriff völlig entgrenzt verwendet wird, zur Universalantwort auf alle Probleme mutiert, von allen und jedem, unkritisch, unreflektiert benutzt wird, und wir dem auf der anderen Seite ein Gegengewicht entgegenstellen, ohne ihn völlig aufgeben zu wollen. Was wir versuchten, war der überbordenden und vielfach überzogenen Inanspruchnahme der Präventionsidee einen sachlichen Kern, genauer: einen fachlich begründbaren Kern entgegenzuhalten. Es war sozusagen der Versuch, in klassischer Weise angesichts eines zum Mythos mutierten Begriffes ein Stück Aufklärung zu betreiben – gleichsam die Idee vor ihrem Missbrauch und ihrer Entgrenzung zu retten.

K: Also würden Sie sagen, dass Prävention zur Mythologie der Sozialen Arbeit gehört?

L: In der Theorie und der Praxis nicht überall, aber überwiegend ja. Leider.

K: Und vielleicht in dem Sinne: Wir schützen Kinder und Jugendliche vor Gefahren, die ihnen in ihrer biografischen, aber auch in ihrer Generationenzukunft drohen – und vielleicht auch in dem Sinne Mythos, weil uns die Zukunft nicht verfügbar ist?

L: Ja, die Zukunft ist uns nicht verfügbar, wir kommen aber nicht drum herum, sie mitzugestalten. Zukunft ist uns nicht verfügbar, ist nicht technisch kontrol-

lierbar, ist nicht linear herstellbar. Alles richtig. Und trotzdem müssen wir uns ihr stellen in irgendeiner Weise. Wir können nicht so tun, als ob sie uns nicht mindestens als Vorschein – um einen Begriff von Ernst Bloch aufzunehmen – im problematischen wie im guten Sinne auf dem Tisch liegen würde.

K: Ich habe mir mal die analytischen Befunde aus allen Beiträgen des Heftes angeschaut. Zusammengefasst lautet die Bilanz eigentlich: Den Präventionsbegriff kann man nicht aufrechterhalten. Und dann habe ich mir angeschaut, was konkret zur Prävention gesagt wird und festgestellt, das sind nur Postulate, die da geäußert werden. Überwiegend ganz unspezifisch, eher allgemein formuliert. Oder es sind pädagogische Forderungen, die allesamt auf Bedingungen und Ziele eines möglichst optimalen Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen in der Gesellschaft bezogen sind und für die es keine Bindung an Prävention und auch keine Präventionsbegründung geben muss, die man m. E. auch nicht an Gefahrenszenarien binden kann und soll. Ich habe mich gefragt: Warum wird dieser Begriff dann beibehalten? Zum Beispiel wenn Thomas Rauschenbach gleich in der Einleitung davon spricht, dass es in der Kinder- und Jugendhilfe diese positive Öffnung gibt, hin zu den Frühen Hilfen usw. Ich verstehe nicht, was das mit Prävention zu tun haben soll. Das sind doch wichtige Entwicklungen in der Kinder- und Jugendhilfe, die völlig unabhängig davon mit einem Fortschritt von erziehungswissenschaftlicher Erkenntnis und Praxisreflexion zu tun haben. Warum wird dann am Präventionsparadigma festgehalten?

L: Jetzt kann und will ich nicht alle Texte in dem impulse-Heft im Detail zu meiner eigenen Sache machen, weil es da auch erkennbare Differenzen gibt. Den Präventionsbegriff abschaffen, das war Ihre erste These. Ja, wenn man das so will und das radikalisiert, könnte man das tun. Das scheint mir nicht hilfreich, auch nicht erkenntnisförderlich zu sein. Das wäre ein klassisches Beispiel dafür, eine formulierte Kritik so zu überziehen, dass das, worum es geht, verschwindet. Damit ist das Problem nicht gelöst. Ich entkomme einigen Problemen und Paradoxien, die wir im Kontext der Präventionsidee beschrieben haben, nicht, wenn ich einfach so tue, als ob Prävention es nicht mehr gäbe und ich sie gleichsam semantisch abschaffe. Meine These wäre: Das geht nicht. Ulrich Bröckling hat vor über 10 Jahren m.E. treffend formuliert: „Ohne Vorbeugung könnte und wollte heute niemand leben“. An ihrer Aktualität hat diese Aussage nichts verloren.

Was die analytischen Aussagen angeht, kann man darüber diskutieren. Ich lerne daraus, wir müssen noch schärfer formulieren. Der Punkt, um den es mir und uns geht, ist der Versuch, eine Handlungslogik, die Struktur eines Handlungstypus nachzuzeichnen, die Probleme und darin eingebetteten Paradoxien, die Voraussetzungen zu benennen und Kriterien zum professionellen Umgang damit

zu formulieren. Dahinter steht die Überzeugung, dass man diesem Denk- und Handlungsmuster heute nicht entkommt. In der Sozialen Arbeit, aber auch in anderen Feldern, in denen Präventionskonzepte Anwendung finden, entkommt man diesem Typus des Handelns nicht. Wenn dies zutrifft, dann wäre es aus meiner Sicht die oberste Aufgabe, dieses Denken und Handeln zu verfächlichen. Das heißt, seine Voraussetzungen klar zu machen, seine Risiken zu explizieren, seine Paradoxien zu bearbeiten, seine unverzichtbaren Reflexionsnotwendigkeiten sichtbar zu machen und es so weit wie irgend möglich eben nicht einer unreflektierten, lebensweltlich begründeten Praxis und Konzeptbildung zu überlassen, um dann noch zu behaupten, es sei gutes pädagogisches Handeln. Klar zu machen wäre, wie anspruchsvoll dieser Typus fachlichen Denkens und Handelns ist und die professionellen Voraussetzungen dafür sichtbar zu machen. Insofern gilt es auf der einen Seite – ja – die Kritik zu formulieren, die Voraussetzung, die Bedingungen, die Schwierigkeiten, auch die Naivitäten benennen, aber zugleich auch zu erkennen, man kann Prävention gar nicht abschaffen, weil das Handeln auf die Zukunft hin orientiert ist und man sich deshalb auch der Frage stellen muss, wie man sich auf ggf. unerwünschte Zukünfte beziehen soll und kann. Das ist etwas, was man nicht abschaffen kann – auch nicht in pädagogischen Kontexten. Ein ganz einfaches Beispiel: Wenn ich im sozialpolitischen bzw. pädagogischen Zusammenhängen arbeite, will ich nicht, dass Kinder in Armut aufwachsen. Dann tue ich alles, um das zu verhindern bzw. Beiträge zur Vermeidung zu leisten.

K: Warum nennen Sie das Prävention, wenn es darum geht, gesellschaftliche Verhältnisse herzustellen, in denen Kinder nicht in Armut aufwachsen müssen?

L: Ich würde sozialpolitische Maßnahmen und eine gerechtere Reichumsverteilung nicht als Prävention bezeichnen – obwohl diese übrigens sehr wohl präventive Wirkungen entfalten können. Aber dort, wo es dann um die intendierte Vermeidung von unerwünschten Entwicklungen geht – z.B. im Kontext pädagogischer Förderung zur Vermeidung von Schulversagen – handelt es sich um Prävention. Um was denn sonst? Man darf das nicht in einem engen technologischen Sinne denken – nach der Art, wenn ich das mache, kommt das dabei raus. Das wäre naiv. Es bleibt aber ein Denken und Handeln, das auf die Vermeidung wie auch immer gearteter und definierter unerwünschter Entwicklungen abzielt.

K: Herr Lüders, Sie schlagen vor, den Präventionsbegriff genau zu überlegen, ihn zu diskutieren und dann zu entscheiden, was man als fachliches präventives Handeln machen will. Nun gibt es ja die Kritik an den problematischen Wirkungen des Präventionsdenkens, an der Präventionslogik überhaupt, schon sehr lange. 1983 ist, glaube ich, der Sammelband von Manfred Max Wambach *Der Mensch als Risiko* erschienen. In den siebziger Jahren schon hat Robert Castel für Frankreich diese

Präventionsstrategien bezogen auf die Soziale Arbeit in Frankreich beschrieben. Und die „Widersprüche“ haben 1987 ein Heft dazu gemacht. Ich habe 1999 im „Hamburger Forum für Kinder und Jugendarbeit“ eine Kritik am Umgang mit Prävention in der Praxis der Kinder- und Jugendhilfe veröffentlicht. Und so geht es weiter. Das heißt, sagen wir mal in den vergangenen 25 bis 30 Jahren hat es sozialwissenschaftliche und erziehungswissenschaftliche Grundlagenkritik am Präventionsbegriff, am Präventionsdenken und am Präventionshandeln gegeben. Man hätte also – das ist jetzt meine These – schon vor Jahrzehnten wissen können, welche Wirkungen, die Sie vielleicht als Nebenwirkungen bezeichnen würden, mit diesem Denken in Theorie und Praxis verbunden sind. Bis dahin, dass es inzwischen eine Semantik der Prävention gibt, eine „Präventionssprache“, die auch wiederum das Denken und Sprechen von Generationen von Kollegen und Kolleginnen bestimmt und sich auf ihr Handeln auswirkt. Ich meine diese Sprache der Dramatisierung, auf die Helga Cremer-Schäfer schon in den Neunzigern hingewiesen hat. Das Wissen über die Probleme mit der Prävention ist also schon ziemlich alt. Und auch vom DJI ist es 2011 in „Mythos Prävention“ bestätigt worden. Wie kann man sich erklären, dass die veröffentlichten Problemanzeigen zur Prävention offensichtlich von der Sozialen Arbeit, von der Kinder- und Jugendhilfe, über Jahrzehnte ignoriert worden sind und erst in jüngster Zeit langsam in die Diskussion kommen und dass, wie Sie mir berichtet haben, auch Ihre eher pragmatische Kritik heftige ablehnende Reaktionen hervorgerufen hat? Ist das nicht ein Hinweis darauf, dass Ihr Vorschlag, die Diskussion zu verfachlichen, um eine fachlich begründete Option für präventives Handeln zu gewinnen, eine Illusion ist? Ich habe in meiner Studie „Der schreckliche Traum vom vollkommenen Menschen“ (2000) die Bedeutung des eugenischen Paradigmas in der Geschichte der Sozialen Arbeit untersucht und festgestellt, dass es seit dem Beginn des präventiven Denkens in der frühen Neuzeit gegen die diversen Präventionsprogramme, zu deren folgenreichsten die eugenische Bevölkerungspolitik gehören, Warnungen gegeben hat. Die hat es immer gegeben. Die Soziale Arbeit im Ganzen hat die aber nie aufgenommen, hat sie immer ignoriert. Das hat mich zu der Auffassung gebracht, dass die Soziale Arbeit auf eine Weise konstruiert ist, solche gesellschaftlichen Funktionen hat, dass ein Umgang mit Prävention, dem es gelingt, ihre problematischen Wirkungen zu vermeiden – wie Sie ihn fordern – nicht möglich ist.

L: Ich teile erst mal Ihre Diagnose: In der Tat, die Soziale Arbeit hat die Präventionskritik nicht im Kern aufgenommen. Beim Nachdenken über die Gründe wende ich mich kritisch gegen die Kritik. Meine These wäre: Die Kritik am Präventionsbegriff war zu radikal, hat Verschwörungstheorien entwickelt und ist damit

über das Ziel hinausgeschossen. Dies führte dazu, dass sie für Anforderungen im professionellen Alltag nicht mehr anschlussfähig war, denn wie gesagt, wer praktisch-professionell handeln muss, entkommt den Präventionsparadoxien nicht. Der Präventionsgedanke ist in modernen Gesellschaften – man kann die historische Entwicklung dazu bei Michel Foucault wunderbar nachlesen – so tief habituell verankert, dass er schnell und kritiklos in den politischen Debatten, in den öffentlichen Debatten und den Professionen verwendet werden kann. Und wir kennen ausreichend viele Propagandisten, die plausibel argumentieren, dass früher anfangen, frühzeitig intervenieren der richtige Ansatz wäre und dass Vorbeugen besser als Heilen sei. Damit kann man sogar Werbung machen. Zugleich haben Sie völlig recht: Nicht nur im historischen Rückblick, sondern bis in die Gegenwart hinein wurden und werden unter dem Vorzeichen Prävention schreckliche, unerträgliche und abstruse Eingriffe bis hin zur Vernichtung „unwerten Lebens“ möglich und gerechtfertigt. Aber die daraus abzuleitenden Einwände prallen ab, wenn man die Kritik überzieht und sich nicht der Unvermeidbarkeit und der praxisentlastenden Funktion präventiven Denkens und Handelns stellt, um dieses dann zu limitieren. Das ist ohne Zweifel ein schwieriger und anspruchsvoller Weg; ich sehe nur keine Alternative – zumindest nicht in modernen Gesellschaften. Vor diesem Hintergrund setze ich gleichsam auf immanente Kritik und Reflexion. Also etwas vereinfacht gesagt: Lasst uns die Struktur dieses Denk- und Handlungsmusters und seine Paradoxien explizieren, lasst uns verstehen, was man tut, wenn man präventiv handelt, welche Prämissen dabei nicht selten implizit am Werke sind, wie man überhaupt dazu kommt, Ereignisse, Zustände, Entwicklungen, Prozesse etc. als unerwünscht zu definieren, welche Mechanismen und Mächte dabei eine Rolle spielen und so weiter und so fort. Es ist ein Versuch. Sie können das selbstverständlich als naiv kritisieren und darauf hinweisen, dass, nachdem die Geschichte gesprochen hat, dies alles böse sei und ich möglicherweise ein Illusionist sei. Ich setze dem entgegen: Ich habe Prävention nicht erfunden, sondern sie ist in vielfältigen Formen eine gesellschaftliche Realität. Vor diesem Hintergrund ist es eine Aufgabe von Reflexion und Wissenschaft, die Logik der Praxis aufzuklären, sie zu unterstützen, sich klarzumachen, was man da tut, die Mechanismen und Voraussetzungen des eigenen Handelns, die eigene Rolle und Funktion zu verstehen, und jetzt sage ich noch mal, die schlimmsten Naivitäten zu vermeiden. Und wir dürften uns einig sein, dass noch erheblicher Aufklärungsbedarf besteht. Der Unterschied zwischen uns beiden ist: Sie sagen, man soll es abschaffen, weil die Funktionsimperative der Sozialen Arbeit so sind, das kann nicht funktionieren. In Klammern: Was wäre die Alternative? Das müssen wir jetzt nicht diskutieren. Und ich sage: Man kann das Präventionsdenken

nicht abschaffen. Man kann nur aufklären und versuchen zu begrenzen, unter Umständen auch verweigern.

K: Schau'n wir mal. Also in einem der Texte habe ich gelesen – ich glaube in der Einleitung – unter der Hand habe sich ein Präventionswahn entwickelt, bei dem am Ende alles Prävention sei und ohne Prävention nichts ist. Warum unter der Hand? Also das würde ja unterstellen, blind und ohne Bewusstsein, ohne Zutun. Das kann ich mir nicht so richtig vorstellen, dass das so passiert, weil auch die Präventionsstrategien und -projekte ausgedacht werden müssen. Das geht ja nicht ohne Denken. Und – ja, das ist meine Frage: Was bedeutet dieses „unter der Hand“, als wäre es jemandem „so passiert“.

L: Natürlich müssen Projekte konzipiert werden, es gibt politische Entscheidungen, Förderbewilligungen usw. Völlig richtig. „Unter der Hand“ meint an dieser Stelle etwas anderes. „Unter der Hand“ meint, dass die „Vorbeugen ist besser als Heilen“-Idee, also die Präventionsidee, mittlerweile in einer Weise zu einer lebensweltlichen Gewissheit geworden ist, dass man sie gleichsam ohne weiteren Begründungsbedarf als argumentative Ressource nahezu überall in Anspruch nehmen kann. Es gibt also eine nicht mehr reflektierte öffentliche, politische und professionelle Gewissheit, auf die man sich berufen kann. Ihre Attraktivität liegt in ihrer Selbstverständlichkeit und den damit einhergehenden Gewissheiten. Und weil diese nicht mehr expliziert und problematisiert werden müssen, entfalten sie ihre Wirkung gleichsam unter der Hand.

K: Ja, das ist der Grund, warum wir in der Widersprüche-Redaktion zu der Auffassung gekommen sind, man sollte der „Prävention vorbeugen“, wie das ein bisschen wortspielerisch formuliert worden ist. Also das „unter der Hand“ ist eine Konsequenz des Begriffs und die Akteure der Prävention haben versäumt, sich diese Konsequenz klarzumachen. Aber auch, wenn man sie sich klarmacht, verschwindet sie ja nicht. Ich glaube, dass sich in dem „Unter-der-Hand“ widerspiegelt, dass die Präventions-Logik eine Semantik hervorgebracht hat, die nicht aus Unachtsamkeit oder so entstanden ist, sondern weil sie mit diesem Begriff zusammenhängt, gewissermaßen von ihm hervorgebracht wird. Begriffe strukturieren unser Denken. Denken, Sprechen und Handeln hängen zusammen. Ich glaube nicht, dass es möglich ist, aus dem Begriff quasi auszusteigen bzw. ihn trotz aller Kritik an seinen Implikationen weiter zu verwenden, in der Hoffnung, ihre Wirkungen vermeiden zu können. Deswegen war mir diese Formulierung „unter der Hand“ so wichtig. Wie kommt es, dass praktisch flächendeckend ein so unreflektierter „unbegriffener“ Umgang mit Prävention sich in der Kinder- und Jugendhilfe und der Sozialen Arbeit insgesamt etablieren konnte, wie Sie es gerade beschrieben haben?

L: Nun ja, ich habe es angedeutet: Das präventive Denken ist der Moderne gleichsam inhärent und die Kinder- und Jugendhilfe bzw. die Soziale Arbeit bedient sich dessen. Hinzu kommt, dass mit dem Präventionsgedanken in der Kinder- und Jugendhilfe ein Modernisierungsschub verbunden war. Man muss nur ein wenig in der Geschichte der Kinder- und Jugendhilfe bzw. der Sozialpädagogik und Sozialen Arbeit blättern und rund 25 Jahre zurückgehen. Wie kaum ein anderer Text hat dies der Achte Jugendbericht auf den Punkt gebracht. Prävention wurde damals als eine zentrale Strukturmaxime einer modernen Kinder- und Jugendhilfe ausgewiesen und eindeutig in Stellung gebracht: Prävention versus Reaktion, Intervention Repression und Kontrolle. Dieses Denken ist bis heute wirksam und passt nach wie vor – wie oben schon gezeigt – in die Zeit.

Die Differenz liegt – glaube ich – zwischen uns beiden an einem interessanten strategischen Punkt. Ich kann ja vielen Ihrer Einwände zustimmen. Nur ziehe ich aus ihnen andere Schlüsse und setze auf kritische Aufklärung und fachliche Begrenzung. Ob man mit dieser Strategie erfolgreich sein wird, ist eine ganz andere Frage; aber zumindest kann man den Versuch unternehmen. Die Differenz liegt möglicherweise in der Alternative. Meine These wäre: In dem Moment, in dem ich die Konsequenzen ziehe, die Sie ziehen, nämlich den Begriff abzuschaffen, produziere ich an dieser Stelle unvermeidlich Sprachlosigkeit. Dann hätte der Mythos gleichsam endgültig gewonnen. So habe ich Aufklärung nie verstanden. Meine Vorstellung ist: Ich arbeite mich an einem in modernen Gesellschaften tief verankerten Problem ab und versuche, es mit den Mitteln der Kritik zu limitieren. Der Verzicht darauf würde entweder in eine Apologie naiver Präventionsvorstellungen münden oder aber Sprachlosigkeit erzeugen – was zuletzt aufs Gleiche hinausläuft.

K: Gut. Ich will gleich mal versuchen, darauf einzugehen, weil ich schon sehe, wenn ich jetzt die einzelnen analytischen Befunde des „Mythos Prävention“ nehme, dann sind wir uns bezogen auf Kritikpunkte immer ganz schnell auch einig. Aber wenn ich jetzt sagen würde, – das wäre jetzt der nächste Punkt gewesen – es besteht die Gefahr, dass der „biografische Blick nach vorne“ – das ist so eine Formulierung aus einem der Texte – mit der Erwartung verknüpft wird, mit Prävention sämtliche Wechselfälle des Lebens in den Griff zu bekommen. *L:* Genau.

K: Und sie an die Stelle von anderen Jugendhilfeaktivitäten zu setzen, mit der Absicht, Einsparungen bei den mit einem individuellen Rechtsanspruch versehenen Hilfen zur Erziehung zu erzielen.

L: Genau.

K: Das sind alles Zitate aus „Mythos Prävention“, die sich gegen Prävention als Strategie des Einsparens richten.

L: Die Kritik richtet sich gegen ein naives technologisches Verständnis von Prävention, das glaubt, große Einsparpotenziale versprechen zu können. Es richtet sich gegen ein Verständnis von Prävention, das glaubt, instrumentell Zukunft zu gestalten zu können usw.

K: Damit sind die „Schattenseiten“ von Prävention beschrieben?

L: Genau.

K: Daraus ergibt sich eine Kritik am angeblichen „Präventionsbedarf“ und an „Präventionsversprechen“ als taktische Begründungen für fast jede zusätzliche Aktivität, die man noch irgendwie machen will im Interesse der Kinder und Jugendlichen, die aber im SGB VIII Katalog keine Finanzierungsgarantie haben. Z.B. in der Kinder- und Jugendarbeit nach § 11. Ich mache hier noch ein bisschen weiter – und komme später auf ihren Punkt mit der „Sprachlosigkeit“ zurück – denn wir haben das noch nicht diskutiert, dass die Kinder- und Jugendhilfe, wenn sie den Präventionsansatz benutzt, immer das Präventionsversprechen abgibt, abgeben muss. Es muss versprochen werden, ein drohendes Problem in den Griff zu bekommen. Es muss überzeugend dargestellt werden, dass mit diesem Präventionsansatz die Gefahr gebannt oder mindestens reduziert werden kann. Und dieses Präventionsversprechen kann eigentlich niemand abgeben. Es zeigt sich immer wieder, dass die vielen unbekanntenen Implikationen im Prozess dazu führen, dass nicht erreicht bzw. eingehalten werden kann, was am Anfang versprochen wurde. Ganz abgesehen davon, dass Präventionseffekte m.E. nicht wirklich evaluiert werden können und immer nur retrospektiv „zuschrieben“ werden. Es sei denn, man macht so kurze Zeitsegmente bezogen auf Problemsituationen, die ich gar nicht im Bereich von „Prävention“ ansiedeln würde. Das Präventionsversprechen muss, um die Politik und die Leute, die das Geld geben, zu überzeugen, abgegeben werden. Und dann wird man auch noch in die Verantwortung für die Ergebnisse genommen. Das ist ein Thema, das sich durch die Artikel in „Mythos Prävention“ zieht. Die Konsequenz daraus ist immer nur: Wir müssen sehr viel genauer evaluieren, wir müssen im Sinne auch Ihres Begriffs von Fachlichkeit die Dinge eingrenzen und mit der Evaluation erreichen, dass das, was Prävention leisten kann, auf den Punkt gebracht wird und das, was sie nicht leisten kann, die falschen Versprechen, die damit verbunden sind, ausgeschaltet werden können. Aber dieses Präventionsversprechen verselbstständigt sich ja. Das ist meine Beobachtung. Es verselbstständigt sich in diesem Dramatisierungsdiskurs. Ein Beispiel: Als in Berlin-Neukölln, wo viele türkische und arabische Jugendliche leben, vor einigen Jahren aus Einsparungsgründen ein Jugendclub geschlossen werden sollte, sagte der Leiter in einem taz-Interview sinngemäß: „Meine Arbeit in diesem Jugendclub ist Terrorismusprävention. Hier kommen sehr viele arabische und türkische

Jugendliche hin, und die Gesellschaft wird schon sehen, was sie davon hat, wenn sie einen Jugendclub schließt, in dem diese Jugendlichen davon abgehalten werden, Terroristen zu werden.“ Er war von seiner Argumentation überzeugt und hat nicht gemerkt, dass er die Jugendlichen damit als potenzielle Terroristen stigmatisiert hat. Das ist doch völlig irre. Diese Präventionsversprechen in Dimensionen, die von niemandem mehr kontrollierbar sind, verselbstständigen sich, obwohl die damit verbundenen negativen Wirkungen schon in den 70er Jahren, bezogen auf die damals inflationär verwendete Begründung von Aktivitäten der Jugendarbeit als „Drogenprävention“, genau beschrieben und veröffentlicht wurden. Genützt hat es nichts. Inzwischen sind die mit dem gleichen Muster argumentierenden Programme kaum noch zu überschauen. Spitzenreiter ist schon seit vielen Jahren die „Gewaltprävention“. Das zeigt ja auch ein Artikel in „Mythos Prävention“. Das ist ja unglaublich, was gerade in Sachen Gewaltprävention produziert wird an Bildern, an Versprechungen, an Hoffnungen und an Stigmatisierungen. Glauben Sie, dass man das alles runterholen kann auf eine Verfachlichung des Präventionsbegriffs? Dass man diese Eigendynamik, die da drin steckt, diese Spirale von Dramatisierung und Stigmatisierung – dass man das einfangen kann und dass man das auf den Punkt bringen kann, den Sie sich wünschen?

L: Das ist eine empirische Frage. Und die Antwort heißt redlicherweise Nein. Es wäre reichlich vermessen, angesichts der gesellschaftlichen Verhältnisse und Diskurse zu erwarten, dass unsere Kritik an diesen Dynamiken zeitnah viel ändert. Aber sollen wir deshalb schweigen und was wären die Alternativen? Man kann nur immer wieder vor der leichtfertigen Nutzung der Verdachtslogik warnen, die Stigmatisierungslogik aufdecken, die Gefährdungslogik als unberechtigt entlarven. Ich gebe zu, dass ich mir zwischendurch kurz vor Verzweiflung die Haare raufe. Erwiesen wird damit aber nur die Mächtigkeit des Präventionsdiskurses. Und weil dieser so mächtig ist, kann man ihn nicht einfach abschaffen und an dieser Stelle intellektuelle Sprachlosigkeit setzen. Natürlich haben Sie recht, wenn man die üblichen Präventionsversprechen wirklich ernst nehmen würde, wenn man die Versprechen und Bemühungen als Gewährleistungen nehmen würde, dann ist das Scheitern eigentlich gleich eingeplant. Interessanterweise, und das finde ich schon eine bemerkenswerte Entwicklung, wissen das aber alle. Aber das gemeinsame Spiel läuft so. So werden im Übrigen Angebote, Programme und Initiativen über lange Zeit möglich, deren Abschaffung für mich nur zynisch wäre.

K: Das finde ich eine ganz tolle Mitteilung von Ihnen. Es war doch so: Am Anfang war bei den Akteuren ein strategisch-taktisches Bewusstsein von den „Präventionsversprechen“ noch da. Ich erinnere mich, als Mitte der Neunzigerjahre dieses AGAK-Programm als Bundesmodellprogramm für die neuen Bundesländer

implementiert wurde, zunächst mit 30 Millionen, dann die Verlängerung auf 50 Millionen. Einen der regionalen Koordinatoren oder Bereichsleiter kannte ich. Eines Tages haben wir telefoniert und ich fragte ihn: „Wie geht es denn jetzt weiter mit eurem AGAK-Programm, das läuft doch jetzt aus. Und ihr habt ja alle möglichen Projekte der Jugendarbeit damit finanziert“. Da hat er zu mir gesagt: „Ach weißte, da müssen die Jungs nur mal wieder richtig auf den Busch klopfen, dann geht das schon weiter“. Und im weiteren Gespräch kam dann heraus, dass er durchaus gesehen hat, dass durch die Abwicklung der Jugendclubs, die formal von der FdJ noch geleitet wurden in den letzten DDR-Jahren, sich aber inhaltlich weitgehend vom Staatsjugend-Verband verselbstständig hatten, dass durch diese komplette Abwicklung der Jugendarbeit in der ehemaligen DDR ein Kahlschlag geschaffen worden ist und Jugendarbeit sich nur noch neu entwickeln konnte über Mittel aus dem AGAK-Programm. Er hat gesagt: „Na ja, das ist natürlich alles Quatsch mit dieser Gewaltprävention und mir ist vollkommen klar, was das alles bedeutet“. Das wussten alle, bis in die Ministerien hinein, 1995/96 war das, glaube ich. Und für diesen Anfangspunkt kann man natürlich sagen, das war eine strategisch-taktische Geschichte. Weil nur über diesen Weg Geld bekommen werden konnte, um in der ehemaligen DDR wieder Jugendarbeit in Gang zu setzen.

L: Der Bund hätte gar nicht anders finanzieren können, wenn er nicht so einen Weg gefunden hätte.

K: So – jetzt muss man sich vorstellen, diese Strategie wird gefahren und die Projekte haben erstmal dieses Label. Und jetzt häufen sich die Berichte. Also es gibt Berichtspflichten. Alle paar Monate muss irgendwie berichtet werden, wie bezogen auf den Ansatz, für den das Geld bewilligt worden ist, die Sache funktioniert. Und diese Berichte, die schaffen eine Art historischen Bodensatz in den Ministerien und in den Köpfen der nachfolgenden Referenten, Sachbearbeiter usw. Das heißt, der ursprüngliche Ansatz „Wir machen hier Jugendarbeit und wir Akteure wissen, dass das mit der Gewaltprävention eine aufgesetzte Argumentation ist und ein taktischer Weg, um die Knete zu kriegen“, geht in der Geschichte irgendwann verloren. Diese Berichte schaffen Bilder und Sichtweisen, die sich schließlich verselbständigen und die bleiben. Sie beeinflussen das Denken der Professionellen auf allen Ebenen und prägen ihre Sprache. Als historisches Beispiel möchte ich an die „Karriere“ des unseligen Verwahrlosungs-Jargons erinnern, die nach dem gleichen Muster verlief und nur durch die ersatzlose Streichung des Verwahrlosungsbegriffs beendet werden konnte – leider nur vorübergehend, wie es gegenwärtig scheint. Ich stimme Ihnen aber an folgendem Punkt zu: Z.B. heute eines der erfolgreichsten Streetworker-Projekte in Berlin, nämlich Gangway, abzuschaffen, wäre eine Katastrophe. Wäre völlig unsinnig.

L: Ja, genau.

K: Aber jetzt, nachdem sich 20 Jahre lang diese Sprachmuster, diese Denkmuster etabliert haben, führen die in den Projekten, die einfach eine gute professionelle Alltagsarbeit machen, ein verselbständigt Leben. Und ich merke das, wenn ich mit den Kolleginnen und Kollegen rede, dass dieser Rückbezug „Überlegt doch mal, wie ist denn Gangway damals in den Neunzigern gegründet worden“, vor allem bei den Jüngeren nicht mehr vorhanden ist. Gangway macht tolle Begleitung, Beratung und kulturelle Arbeit usw. Da zu arbeiten, ist für junge KollegInnen ein Privileg. Und die gehen mit dem Bewusstsein dorthin, Prävention zu leisten, obwohl sie die Jugendlichen bezogen auf deren Probleme im Hier und Jetzt unterstützen, wenn es gut geht mit positiven Wirkungen für das unmittelbare Morgen. Warum diese Arbeit mit „Prävention“ begründen? Sie hat ihren Wert in sich. Und doch haben Sie recht. Gangway, das aus der Konjunktur von „Gewaltprävention“ entstanden ist, abzuschaffen, oder was einmal über das AGAG-Programm an Jugendarbeit in den neuen Bundesländern entstanden ist, abzuschaffen, weil es mit „Prävention“ begründet wurde und wird, wäre natürlich Wahnsinn. Aber man muss diese Begründung da rauskriegen. Man muss heute sagen: „Passt mal auf, das war eine historische Situation, in der wir zu dieser Argumentation gegriffen haben, die ist obsolet. Wir müssen davon weg. Wir machen hier Jugendarbeit, Jugendkulturarbeit und, und, und, --- weil Kinder und Jugendliche das brauchen. Das sind alles Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, die mit Prävention nichts zu tun haben und nicht damit begründet werden müssen. Warum halten wir das aufrecht? Und ich will noch was sagen: In den Köpfen von heutigen PolitikerInnen und FunktionsträgerInnen der Jugendbürokratie wird „Prävention“ wie eine gegebene selbstverständliche Naturtatsache gesehen. Die haben nicht den kritischen Blick wie Sie, Herr Lüders, oder wie ich, die wir aus dieser Geschichte kommen. Ich halte das für eine Gefahr. Man kann Parallelgeschichten dazu in der Geschichte der Sozialen Arbeit entdecken. Ich habe schon das eugenische Paradigma angesprochen. Wenn Sie sich anschauen, wie sich das Eugenische Denken in der Sozialen Arbeit etabliert hat, lange vor 1933 und dass das 1945 nicht zu Ende war, sondern weitergegangen ist bis in die Siebziger – das kann man doch nicht ignorieren.

L: Der Verweis auf eugenisches Denken ist einschüchternd und verhindert jede weitere Differenzierung.

K: Ein historisches Beispiel.

L: Ja, es ist ein historisches Beispiel, an dem es erst mal nichts wegzudiskutieren gibt. Schwierigkeiten habe ich mit der Analogisierung zu heute. Dann wird daraus ein moralisierender Hammer, der alles ohne Unterschied auf die böse

Seite stellt. Zudem kann ich mich nicht ganz des Eindrucks erwehren, dass bei Ihrer Argumentation sowohl in Bezug auf die Politik bzw. politische Administration als auch die Praxis ein paar verschwörungstheoretische Versatzstücke sich festgesetzt haben.

K: Wir können auch bei den Jugendämtern bleiben.

L: Ich möchte nicht pauschal auf den Behörden, den die Programme offiziell finanzierenden und politisch entscheidenden Verwaltungen herumhacken, weil ich seit über 20 Jahren mich in Ministerien auf unterschiedlichen Ebenen bewege. Und ich erlebe dort sehr, sehr Unterschiedliches. Ich wurde mit solchen Verdichtungen, solchen Engführungen von Möglichkeiten, wie Sie sie beschreiben, konfrontiert, ich habe aber geschicktes strategisches Denken erlebt, das sich politische Muster zu eigen machte, um Dinge durchzusetzen, die möglicherweise ganz andere Zwecke haben. Und dann stehen diese Argumentationsfiguren zur Prävention im Raum und man nutzt sie natürlich. Da sind strategisch geschickt mit allerlei argumentativen Wendungen Programme und Rahmenbedingungen auf den Weg gebracht worden, die ich nach wie vor nicht missen möchte und die ich auch bereit bin, durchaus als veritable Fortschritte zu betrachten. Deswegen wäre ich sehr vorsichtig mit Verselbstständigungsthesen.

K: Ja. Nur die ganze Präventionssemantik ist eine aufgesetzte Geschichte, die hätten die gar nicht nötig.

L: Nun ja, so ganz entkommt man der Präventionslogik eben doch nicht. Diese ist ein Stück weit – auch für Projekte wie Gangway – konstitutiv, weil man in der praktischen Arbeit ständig mit der Frage konfrontiert wird, welche zukünftigen Entwicklungen eher erstrebenswert erscheinen und welche eher vermieden werden sollen und was dafür als jeweils förderlich bzw. hinderlich betrachtet werden muss. Und selbstverständlich gibt es dabei Konstellationen, die besser vermieden werden – und sei es nur, dass Knast und ähnlich wenig erfreuliche Dinge vermieden werden sollen. Schon stellt man sich präventionslogischen Fragen: Was muss man tun, um dies oder jenes zu vermeiden? Pädagogische Arbeit ist in gesellschaftliche Machtverhältnisse eingebunden und unterliegt ziemlich wirksamen Definitionsprozessen. Die Jugendlichen kriegen unter Umständen ganz schnell Ärger in bestimmten Konstellationen. Pädagogische Praxis kann dies fachlich reflektieren und nicht intendierte Nebenfolgen aufspüren und zu vermeiden (sic!) suchen. Aber sie entkommt dieser Logik nicht vollständig.

K: Ja. Also das würde jetzt zu weit führen. Wenn ich mich erinnere, wie wir 1968 und danach darüber geredet haben, wie es gelingen könnte, mit unserer Sozialen Arbeit Jugendliche aus dem Proletariat vor Deklassierung zu schützen.

L: Eine Präventionsaufgabe.

K: Ja. Aber wir haben den Präventionsbegriff und diese Semantik und diese Logik nicht nötig gehabt, um das zu beschreiben, was Sie meinen. Mit dem Deklassierungsbegriff hatten wir einen analytisch gewonnenen direkten Bezug auf soziale Strukturen, auf grundlegende gesellschaftliche Probleme und den Ansatzpunkt für eine Gesellschaftskritik, die uns in unserer Praxis leitete. Klar, der Deklassierungsbegriff würde heute nicht mehr treffen, weil es die proletarischen Jugendlichen und das Proletariat wie noch 1968 so nicht mehr gibt. Aber es gibt natürlich auch heute die Möglichkeit, in der Sozialen Arbeit auf einer Grundlage von kapitalismuskritischen Strukturanalysen eine gesellschaftskritische Praxis zu entwickeln mit dem Ziel zu verhindern, dass Jugendliche kriminalisiert werden, ohne solche Praxis mit „Prävention“ legitimieren zu müssen.

L: Jetzt machen Sie einen argumentativen Taschenspielertrick. Da halte ich mal dagegen. Erstens spielen Sie Prävention gegen Gesellschaftskritik aus. Das sehe ich überhaupt nicht ein. Wieso denn? Nein, Präventionskritik und Gesellschaftskritik gehören zusammen, bedingen einander. Das geht gar nicht anders, und das kann man nicht gegeneinander ausspielen.

K: Passiert dennoch.

L: Natürlich.

K: Aber wenn die jetzt mit Prävention begründete Praxis gesellschaftskritisch begründet würde, dann würde, was Sie selber vorhin beschrieben haben – von diesem Präventionswahn, der von der Realität abhebt, – nicht passieren.

L: Da haben Sie einen festen Glauben in Bezug auf die Gesellschaftskritik. Ich bin da etwas skeptischer: Man kann in vielfältiger und avancierter Form kritisch philosophieren, die Gesellschaft bleibt trotzdem im Kern unverändert.

K: Aber das hebt doch die Kritik nicht auf.

L: Das habe ich nicht behauptet, dass die sich aufhebt oder überflüssig wird. Gerade deshalb beharre ich auf meiner Kritik eines überzogenen Präventionsverständnisses. Ich will nur nicht das gegeneinander ausspielen. Nein, nein, Kritik ist völlig berechtigt.

K: Das war jetzt eine entsprechende Retourkutsche.

L: Mir ist noch ein zweiter Punkt wichtig: Wenn die Kritik an Deklassierungsprozessen rund um 68 nicht als intellektuelle *l'art pour l'art* betrieben wurde, wenn also mit dieser Kritik in irgendeiner Weise politische und praktische Veränderungsprozesse mitgedacht worden sind, dann kommt man doch nicht umhin zu erkennen, dass dieser Kritik eine Präventionslogik inhärent ist – auch wenn das so nicht benannt wurde. Man war sich einig, dass Deklassierungsprozesse kritikwürdig und – wenn man nicht zynisch war – vermeidungswürdig waren. Genau aus dieser Annahme und der damit verbundenen moralischen Empörung lebte

die Kritik. Und man dachte darüber nach, wo man ansetzen muss, um derartige Prozesse zu vermeiden. Präventionsdenken pur würde ich das bezeichnen. Und jetzt gibt es zwei Varianten: Entweder ich stelle mich dem und reflektiere das oder ich versinke in Sprachlosigkeit an dieser Stelle und diskutiere das nur noch im Kontext von Gesellschaftstheorie. Das fände ich fatal.

K: Ja. Zur Sprachlosigkeit komme ich gleich noch.

L: Sie sehen, dass das ein zentrales Argument ist.

K: Ich habe noch zwei Punkte, die ich gerne noch mit Ihnen besprechen sollte. Ich glaube, dass dieser Präventionswahn oder dieses Erfolgsmodell des präventiven Denkens in der Sozialen Arbeit etwas mit Identitätspolitik zu tun hat. Sie haben vorhin selber gesagt, man wollte weg von der sozialen Klempnerei und immer nur Reparaturwerkstatt sein und immer sich auf der Seite der Defizite bewegen. Da kann man jetzt alle möglichen Schlagworte bringen. Und seit einiger Zeit bemüht sich ja die Soziale Arbeit und die Kinder- und Jugendhilfe sozusagen in die Offensive zu kommen. Jetzt gerade vor ein paar Wochen gab es in Berlin eine Tagung, so ein kleiner Jugendhilfetag in Berlin-Mitte, unter der Überschrift „Wie können wir das gesellschaftliche Image der Sozialen Arbeit verbessern“. Da gibt es ganz viele Ebenen, auf denen, wie ich glaube, Identitätspolitik betrieben wird. Und dieses gesellschaftliche Ansehen soll auch über die Selbstdefinition „Soziale Arbeit leistet Prävention“ gestärkt werden. So habe ich auch einen Text in „Mythos Prävention“ verstanden. Da steht, was Sie jetzt auch schon ein paarmal gesagt haben, Prävention sei ein Strukturelement moderner Gesellschaften.

L: Genau.

K: Ich denke, dass man sich mit dieser These gut inszenieren kann als ein Akteur der Prävention und damit als „primärer Definierer“ auftreten kann für alle möglichen in der Öffentlichkeit als Gefahren und Gefährdungen, als potentielle Bedrohungen gewerteten Situationen, denen mit Prävention begegnet werden soll. Ich glaube, das ist bezogen auf unser Thema ein wichtiger Punkt. „Wir verstehen uns gegenüber der Öffentlichkeit, den Medien als Fachleute, als Experten für Prävention, als primärer Definierer für die Gefahren und Bedrohungen, die im Zusammenleben der Menschen in der modernen Gesellschaft entstehen“. Verführt diese Position nicht zu alledem, was wir gemeinsam kritisieren? Ist das nicht auch ein identitätspolitisches Projekt, das Dimensionen aufmacht, die wir noch gar nicht diskutiert haben? Ich halte es für sehr schwer, gegen diese Identitätspolitik Ihr Anliegen der Verfälschung des Präventionsdiskurses irgendwie durchzusetzen. 1999 habe ich geschrieben, wenn die Kollegen und Kolleginnen von Prävention sprechen, dann leuchten ihre Augen, weil sie glauben, damit dem ewigen „Reparaturbetrieb“ in der Sozialen Arbeit zu entkommen. Diese Hoffnung

steckt da drin. Ich glaube, dass das tendenziell unkritisch macht, wenn Professionelle in der Sozialen Arbeit ihr berufliches Selbstverständnis daraus ableiten.

L: Man kann dieser These ja schlecht widersprechen. Da ist was Wahres dran. Und diese ewige Selbstvergewisserung der Sozialen Arbeit, wer wir eigentlich sind, was unsere Aufgaben und Funktionen sind, die Professionalisierungsdebatten und die ewige Suche nach der eigenen Identität – also ich wundere mich immer wieder und finde das auch nur begrenzt anregend. Es gibt ja Autoren und Autorinnen, die weitgehend davon leben, die Bedrohung der eigenen Professionalität analytisch aufzubereiten und in immer neuen Wendungen darzustellen.

K: Seit 50 Jahren.

L: Das ist ein irritierendes Phänomen. Ihrer Diagnose würde ich vor diesem Hintergrund ein Stück weit Recht geben, dass es nichts gibt in der Sozialen Arbeit, das mit diesem Themenkomplex berufsständischer und identitäts- bzw. fachpolitischer Interessen nicht verwoben ist. Zugleich muss man aufpassen, und das würde ich schon stark machen wollen, dass es sich darauf nicht reduzieren lässt. Weil dieses Denk- und Handlungsmuster Prävention eben kein Muster ist, das die Soziale Arbeit für sich entdeckt hat, um sich sozusagen berufsständisch und identitätspolitisch zu stabilisieren, sondern es handelt sich um ein weithin und in ganz unterschiedlichen Kontexten nutzbares gesellschaftliches Muster. Nehmen wir das Gesundheitssystem. Diese Art von Identitätsproblemen gibt es dort gewiss nicht. Und trotzdem wird auch dort ununterbrochen auf Prävention rekurriert bis hin zu den Debatten um das sogenannte Präventionsgesetz. Genau an solchen Stellen zeigt sich auch, warum die Trennung von Präventionskritik und Gesellschaftstheorie bzw. -kritik so fatal wäre. Genau hier hat Gesellschaftstheorie anzusetzen, um zu klären, was das für eine Gesellschaft ist, die dermaßen das Präventionsdenken generalisiert und gläubig auf Prävention setzt. Ich denke beispielsweise dabei an die Debatten um den aktivierenden Sozialstaat, trotz aller Unterschiede an die Arbeiten von Stephan Lessenich, Ulrich Bröckling, Hartmut Rosa und viele andere. Viel von dem, was in der Sozialen Arbeit geschieht, muss man genau in solchen Kontexten reflektieren. In Bezug auf unser Thema: Die Präventionsdiskussion loszulösen von den Diskursen und Praktiken eines aktivierenden Sozialstaats, das geht nicht, das gehört unweigerlich zusammen. Deswegen will ich das auch nicht gegeneinander ausspielen.

Also: Wir haben es einerseits sicherlich mit berufsständischer Identitätspolitik zu tun. Es ist aber auch gleichsam ein Element davon, dass Soziale Arbeit Funktionserfordernisse in einem vorhandenen – ich sag jetzt mal Vergesellschaftungsmodell moderner sozialstaatlicher Gesellschaften erfüllt. Das Hin- und Herchangieren zwischen Reaktion und Prävention ist dabei eines der zentralen

Merkmale. Und insofern muss man sich dann in der Tat auch Modelle von Sozialstaatlichkeit anschauen. Und das finde ich interessant zu diskutieren: Welche Entwicklungen lassen sich beobachten?

K: Ja. Das erleben wir ja auch mit den „Widersprüchen“. Diese Diskussion wird ja in der Redaktion ständig geführt: Aktivierender Sozialstaat und die damit zusammenhängenden Fragen. Auf dem Hintergrund diskutieren wir ja über Prävention. Noch eine Frage, bevor ich zur Sprachlosigkeit komme oder zu den Alternativen, die ich mir vorstelle, wie man damit umgehen kann: Sie haben von den Ambivalenzen im Umgang mit dem Präventionsbegriff gesprochen. Die haben wir jetzt an vielen Punkten miteinander diskutiert und bezogen auf das, was mit Ambivalenzen und Paradoxien gemeint ist, sind wir uns doch einig.

L: Ja.

K: Nur nicht bezogen auf den Punkt, dass es Ambivalenzen und Paradoxien des Präventionsbegriffs sind. Sie haben ein paarmal gesagt, der Präventionsbegriff werde missbraucht.

L: Das liegt in der Logik.

K: Ja, und da gibt es in Ihrem Text in „Mythos Prävention“ einen Kasten mit einem herausgehobenen Satz – hier: „Der Präventionsbegriff ist davon bedroht, für fast jede Maßnahme als Begründung herhalten zu müssen“. Diese Formulierung erscheint mir so, als wenn alles, was wir jetzt besprochen haben, von außen an den Präventionsbegriff herangetragen wird. Aber was ist die andere Seite der Ambivalenz? Wir haben jetzt immer die Ambivalenzen und die Paradoxien besprochen, aber wenn wir den Ambivalenzbegriff nehmen, muss es eine andere Seite geben, die positiv zu formulieren ist. Und da wollte ich Sie fragen, was ist die andere Seite der Ambivalenz? Denn die Mühe habe ich mir gemacht, alle Texte durchzugucken. Und die andere Seite habe ich eigentlich auf der konkreten Ebene, auf der Praxisebene, nicht gefunden. Nur bezogen auf Postulate.

L: Die andere Seite ist natürlich nach wie vor die (pädagogische) Praxis, die sich darum bemüht, durch Förderung, durch Begleitung, durch Unterstützung, durch Beratung etc. zukünftig unerwünschte Konstellationen erfolgreich zu vermeiden.

K: Und dann ist noch die Frage – okay, also das nehme ich erstmal so.

L: Man kann ja nun wirklich nicht behaupten, dass diese Praxis ständig scheitert. Sie kann keine Garantien geben, aber erstaunlich erfolgreich ist sie dennoch immer wieder – vor allem wenn man sich ihre immanenten und externen Grenzen sowie ihre „Technologiedefizite“, um einen Begriff von Niklas Luhmann und Karl Eberhard Schorr aufzunehmen, vor Augen führt. Man kann doch nicht wegdiskutieren, dass es Praxen gibt, die heute agieren, um morgen erfolgreich Probleme

zu vermeiden, um jungen Menschen Autonomiegewinne zu ermöglichen, statt Einschränkungen hinnehmen zu müssen, um ihr eigenes Leben gestalten und ihre eigenen Glücksvorstellungen realisieren zu können. Ich sage bewusst nicht: nur zu funktionieren. Das bleibt als positive Seite erhalten.

K: Und das ist ganz stark gegenwartsbezogen.

L: Das geschieht heute und ist für morgen unter Umständen immer noch folgenreich. Die darin eingelagerten Paradoxien und Unsicherheiten sind nicht aufhebbar. Und man muss es aushalten, dass es Fälle gibt, wo es nicht gelingt, und dass es Fälle gibt, die gelingen. Aber die gelingen, sind schon auf der positiven Seite. In jedem Fall handelt es sich um mehr oder weniger ungedeckte Schecks auf die Zukunft. Aber dazu gibt es im pädagogischen Handeln keine Alternative, weil dieses so oder so auf Zukunft bezogen ist.

K: Auf welche Zukunft? Also das ist hier –

L: Auf die des Subjektes. Nicht auf meine.

K: Auf die Zukunft dieses Subjektes. Ob es Kind oder Jugendlicher

L: Ja, wie auch immer.

K: Und irgendwann erwachsen sein wird.

L: Ja.

K: Also eine biografische Perspektive.

L: Ja.

K: Wie es an einer Stelle der Beiträge heißt, also kein Zukunftsmanagement der Gesellschaft, sondern eine biografische Perspektive pädagogischen Handelns. Und das habe ich, glaube ich immer gemacht, in den 25 Jahren meiner Praxis als Sozialarbeiter/Sozialpädagoge. Aber das war für mich pädagogisches Handeln. Und ich frage mich die ganze Zeit, was ist das eigentlich, dass ich nicht auf die Idee gekommen bin, das als Prävention zu bezeichnen mit all den Geschichten, die wir jetzt besprochen haben, die da dran hängen. Sondern dieses pädagogische Handeln war immer ganz konkret situationen- und personenbezogen innerhalb von Zeitsegmenten, die für die Beteiligten auch überschaubar waren. Und ich habe jetzt den Eindruck, dass Sie diese Begriffe Pädagogisches Handeln und Präventives Handeln fast synonym setzen.

L: Nein. Präventives Handeln ist ein Aspekt pädagogischen Handelns. Wenn wir uns über die immanenten Strukturen, die Widersprüche, die Paradoxien, die Ambivalenzen pädagogischen Handelns einig sind und das nicht technologisch linearisieren, didaktisieren, formalisieren wollen, wenn wir uns also darüber einig sind, dann sind wir uns in meiner Wahrnehmung auch ganz schnell einig, dass pädagogisches Handeln erstens immer zukunftsbezogen ist und zweitens dass darin Momente eingelagert sind, die darauf abzielen, wie

auch immer begriffene unerwünschte Versionen von Zukunft zu vermeiden. Pädagogischem Handeln wohnt also präventives Denken und Handeln als ein Moment gleichsam inne.

K: Okay. Also damit hätte ich keine Schwierigkeiten. Wir müssen dann nur versuchen zu erklären, warum und wie es sich von diesem konkreten Punkt abgelöst hat. Wie konnte es geschehen, dass in so einem Umfang dieser Präventionswahn entstanden ist? All das, was Sie vorhin auch selber beschrieben haben –

L: Bin ich sofort dabei.

K: Ja. Wie konnte das geschehen, dass – das hängt m.E. mit der Logik des Präventionsdenkens zusammen. Die hat mit einem pädagogischen Handeln, das Unerwünschtes für heute und für morgen in konkreten Situationen mit konkreten Menschen zu vermeiden sucht, ihren Ausgangspunkt. Aber wie kommt es zu dieser Legierung von „Gefahr“ und „Zukunft“, die ja den Präventionsbegriff prägt und zu seiner ideologischen Aufblähung?

L: Das ist für mich nur gesellschaftspolitisch aufklärbar – und hängt am Rande erwähnt auch mit der – um Ihre Formulierung zu verwenden – der Aufblähung (wir haben es vor einigen Jahren mal Entgrenzung genannt) pädagogischen Denkens und Handelns zusammen. Der bis heute anhaltende Glaube an die Macht von pädagogischer Beeinflussung und Bildung ist dafür nur ein Beleg. Einher ging dies mit der Erfahrung, dass die traditionellen Lösungen an ihre Grenzen kamen. Es war ja nicht mehr bestreitbar, dass man z.B. mit den klassischen repressiven Mitteln nichts löst. Die Kritik an der Repression und Reaktion mündete in die Forderung, „früher anzusetzen“ und „das Übel an seinen Wurzeln zu bekämpfen.“ Es waren die aus der Repressionskritik hervorgehenden Modernisierungsimpulse, die die Präventionsidee allseits konsensfähig gemacht haben. Man könnte dies an den Schriften der damaligen Protagonistinnen und Protagonisten bis in das Detail nachzeichnen. Da hat eine Gesellschaft ein Stück weit aus der Kritik gelernt und andere Formen sozialer Kontrolle entwickelt und mit viel Geld ausgebaut. Interessant finde ich dabei den internationalen Vergleich, denn wenn man z.B. die USA oder Großbritannien ansieht: dann wird schnell erkennbar, dass dort offenbar andere Konsequenzen gezogen worden bzw. Lernprozesse mittlerweile rückgängig gemacht worden sind. Und bei aller berechtigten Präventionskritik sei angemerkt, dass ich vor diesem Hintergrund die vergleichsweise starke Betonung von Pädagogik und Prävention in Deutschland – z.B. im Zusammenhang mit dem Jugendstrafrecht – bei Weitem vorziehe.

Die Mächtigkeit der Präventionsidee ist für mich also nicht ein für das Feld der Sozialen Arbeit spezifischer Prozess, sondern ist nur als ein Moment eines gesellschaftspolitischen Lernprozesses verstehbar, in dessen Verlauf Prävention

sich zu einer allgemeinen Diskursformel und einem Dispositiv entwickeln konnte, das heute über nahezu alle politischen Lager hinweg Konsens findet.

K: Verbunden mit der gesamten Risikosemantik.

L: Mit all dem, mit Risikosemantik, mit Risikoin szenierungen, Verdachtslogik – mit all dem, was dazugehört – selbstverständlich.

K: Ja. Gut, ich glaube, da hat sich einiges geklärt. Das ist auch ein Standpunkt. Das fand ich sehr spannend. Jetzt nochmal zu Ihrer Frage, wenn man den Präventionsbegriff streicht, dann landet man in der Sprachlosigkeit. Und ich habe ja schon in verschiedenen Punkten ein bisschen was dazu gesagt, bezogen auf meine lange Praxis, die ich hatte als Sozialpädagoge und Sozialarbeiter, in der Heimerziehung, der Bewährungshilfe, der Drogenarbeit, der Offenen Jugendarbeit. Ohne dass ich die Präventionssemantik drauf hatte, bin ich bei der Begründung meiner Arbeit, bei der Auseinandersetzung mit an ihr geübter Kritik, nie in Sprachlosigkeit versunken.

L: Das war jetzt auch nicht so gemeint. Es geht um den Diskurs und nicht um ein persönliches Sprechen.

K: Wie könnte man dieser Präventionssemantik etwas entgegensetzen und wie könnte man die These „der Prävention vorbeugen“, den Präventionsbegriff abschaffen, umsetzen?

L: Da bin ich jetzt der Falsche, ich kann da keine Auskunft geben.

K: Aber Sie können ja versuchen, etwas dazu zu überlegen. Ich glaube, dass wir zum Schluss einen gemeinsamen Ansatzpunkt gefunden haben. Etwa so: Man braucht die Präventionssemantik nicht in der Verständigung über ganz konkrete Situationen, bezogen auf Probleme, die man gemeinsam definieren kann. Auf diese Weise können die mit „Prävention“ verbundenen problematischen Weiterungen, die wir diskutiert haben, vermieden werden. Ich könnte mich mit Ihnen jetzt, bezogen auf eine konkrete pädagogische Situation verständigen, ohne dass wir dabei über „Prävention“ bzw. „präventive Wirkungen“ nachdenken müssten.

L: Natürlich, sofort.

K: Also man kann in der Praxis und im Alltag relativ mühelos darauf verzichten. Ich will es auch nicht, weil ich das Negative, was dem Präventionsbegriff anhaftet, nicht legitimieren und verbreiten will. Dann glaube ich, dass man, vieles von dem, was mit der großen Bedeutungsaufladung des Präventionsbegriffs zusammenhängt, herunterholen kann auf eine Ebene, wo ich diesen Metadiskurs der Prävention nicht brauche. Das gilt eigentlich für alle Bereiche des Lebens immer dann, wenn es um den Umgang mit Problemen des Alltagslebens geht. Ich glaube, gerade da, wo es sich um ganz unmittelbare Formen von Behinderung, Beängstigung, Bedrohung handelt, gibt es Möglichkeiten der Kommunikation

und auch Antworten, die mit Prävention nichts zu tun haben und auch nicht als solche konstruiert werden sollten. Das Präventionsdenken ist historisch in der Frühaufklärung, von Leibniz ausgehend, aus dem Bedürfnis heraus entstanden, die wirtschaftlichen Folgen von Schicksalsschlägen wie Unwetter, Überschwemmungen, Brand abzumildern. Dabei handelte es sich um den berechtigten Wunsch nach Sicherheit im Alltag. Wenn man den nicht so ideologisch auflädt, wie es im Moment hier in Bayern die Regierung bezogen auf die Flüchtlinge macht, sondern das Bedürfnis, in Sicherheit leben zu können, nicht Gewalt ausgesetzt zu sein, die tatsächlichen Lebensbedürfnisse erfüllen zu können, dann kommt man auf eine konkrete Ebene von Bedrohungssituationen oder Marginalisierungssituationen und kann über Möglichkeiten nachdenken, ihnen jetzt und nicht in irgendeiner Zukunft abzuweichen. Ich habe in meiner sozialarbeiterischen Praxis den Meta-Diskurs über Prävention jedenfalls nicht gebraucht.

L: Das stimmt doch nicht, dass Sie ihn nicht gebraucht haben. Sie beziehen sich permanent darauf. Ich kenne Aufsätze von Ihnen, wo Sie in der Sache präventiv argumentieren – auch wenn Sie den Begriff vermeiden. Und auch Ihre Argumentation gerade hier impliziert doch letztendlich präventives Denken. Wer in Sicherheit leben möchte, um Ihr Beispiel aufzunehmen, muss sich darum kümmern, dass zukünftige Gefahren vermieden werden, vor allem, dass sie sich nicht realisieren. Wir beide müssen doch anerkennen, dass das damit zusammenhängende Denken in präventiven Logiken in der Welt ist und mächtig und wirksam ist. Und jetzt gibt es zwei Varianten. Entweder ich beziehe mich darauf, versuche die Diskurse und Praxen auf ihren sachlichen Kern hin einzuhegen und über die hypertrophen Aufblähungen aufzuklären

K: Das ist klar.

L: Oder aber ich schaffe den Begriff ab und kopple mich von der gesamten Debatte ab mit dem fatalen Effekt, dass damit das Denk- und Handlungsmuster selbst noch lange nicht aus der Welt ist und ich nur nicht mehr darüber sprechen kann.

K: Okay, jetzt habe ich was verstanden. Sie assoziieren mit unserer Forderung, „den Präventionsbegriff abschaffen“, sich nicht mehr mit ihm auseinanderzusetzen.

L: Das muss ich doch.

K: Nein. Das ist damit nicht gemeint. Sondern damit ist gemeint, ihn zu dekonstruieren, wie wir das ja auch mit vielen anderen Begriffen versuchen. Dabei stoßen wir auf seine Paradoxien und impliziten Wirkungen usw. – darum geht es.

L: Das tue ich ja die ganze Zeit. Aber ich schaffe ihn nicht ab.

K: Nein. Sie sagen aber – Sie sagen nicht, das ist der Präventionsbegriff, sondern Sie sagen, er ist bedroht, er wird missbraucht usw., das heißt, so verstehe ich Sie, Sie wollen ihn retten.

L: Der Begriff als solches interessiert mich ehrlich gesagt nicht wirklich. Ich brauche ihn, weil er mir ermöglicht, die mit ihm bezeichneten Denk- und Handlungsmuster zu kommunizieren. Wenn ich den Präventionsbegriff streichen würde, bleiben noch die entsprechenden Denk- und Handlungsmuster samt ihren immanenten Strukturproblemen und Paradoxien, z.B. die permanente Vorverlagerung von Interventionen. Deshalb geht es mir nicht vorrangig um den Begriff, aber um die damit bezeichnete Denk- und Handlungslogik, die sich – soweit absehbar – nicht auflösen und abschaffen lässt. Wie Sie vorhin schon zugegeben haben, präventives Denken und Handeln ist in der Welt allgegenwärtig und fast universell verfügbar und mit ihm das Etikett. Zugleich – und da passt vielleicht der Begriff der Rettung besser – bin ich im Zweifelsfall in politischen und pädagogischen Kontexten bereit, mich auf die Seite von Prävention zu schlagen, weil ich diese Option in vielen Kontexten immer noch überzeugender finde als das allzu schnelle Setzen auf Strafverschärfung, Einschluss und repressiver Kontrolle. Man mag aus einem kulturkritischen Blick dies manchmal anders sehen.

K: Man müsste den Begriff nicht abschaffen, ihn nicht dekonstruieren, wenn es ihn nicht gäbe. Aber Sie haben eben den Begriff Etikettierung benutzt. Und ich glaube, dass dieser Präventionsbegriff selber ein Etikettierungsbegriff ist. Und zwar für das, was Sie wollen. Sie wollen die Struktur des pädagogischen Handelns aufklären.

L: Ja.

K: Und das, an diese Struktur des pädagogischen Handelns mit dem Präventionsbegriff heranzugehen, bedeutet meines Erachtens, diese Struktur selber zu etikettieren mit allem, was in dem Begriff drin steckt. Und deswegen bin ich der Meinung, wir müssen uns da Alternativen einfallen lassen. Auch in dem, was wir sagen, was wir veröffentlichen, in dem was wir forschen, in dem wie die Evaluation damit befrachtet wird. Das ist ja eines der Hauptgeschäfte von so vielen Forschungsinstituten. Ich glaube, dass das DJI mit dem Versuch in „Mythos Prävention“, den Präventionsbegriff zu konzentrieren, alle seine problematischen Seiten zu beleuchten, ihn praktikabel machen will, weil Ihr glaubt, dass es unmöglich ist, auf ihn zu verzichten, weil er für Euch eine Struktur moderner Gesellschaften beschreibt, ein Strukturbegriff ist.

L: Exakt.

K: Die Redaktion der Widersprüche hält ihn dagegen für einen ideologischen Begriff, der mit Ideologiekritik zu dekonstruieren ist. In dieser grundsätzlich verschiedenen Wertung des Begriffs liegt m.E. unser Dissens. Durch einen der Artikel in „Mythos Prävention“ ist mir klar geworden, wie sehr der Präventionsbegriff zurzeit das ganze Evaluationsgeschäft befrachtet und bedrückt. Ich glaube, man

könnte da raus. Ein Institut wie das DJI und eine Zeitschrift wie die „Widersprüche“ und viele, viele andere könnten sich daran beteiligen, da rauszukommen. So wie sich viele auch daran beteiligt haben, das Präventionsdenken zum Mainstream in der Sozialen Arbeit zu machen. Das ist ja nicht einfach „über uns gekommen“. Es ist von Menschen gemacht und etabliert worden, also kann es auch von Menschen wieder abgeschafft werden. Z.B. hat der Bielefelder Sonderforschungsbereich in den frühen 80er Jahren unglaublich dazu beigetragen, „Prävention“ nach oben zu schaffen und aufzublasen und zu dem zu machen, was wir in unserem Gespräch übereinstimmend festgestellt haben. Nach all dem, was wir heute über die problematischen Langzeitfolgen des Präventionsparadigmas für die Soziale Arbeit, speziell für die Kinder- und Jugendhilfe wissen, könnten wir uns jetzt vornehmen, aus dem ganzen Präventionsgeschäft – und m.E. ist es hauptsächlich ein Geschäft – auszusteigen und uns nicht weiter daran zu beteiligen.

L: Wir können jetzt mal ein bisschen träumen – fünf Minuten lang. Also angenommen, ich lasse mich auf die These ein zu sagen, wir arbeiten daran, um diesen Begriff aus der Welt zu bringen, ihn dekonstruieren – wobei Letzteres aus meiner Sicht erst mal kein Problem darstellen dürfte, stellen sich für mich zwei Fragen: Das Erste wäre die Machtfrage, und ich fürchte, dass ich dazu zu viel Michel Foucault gelesen habe, um in Bezug auf die zeitnahe Veränderbarkeit von Dispositiven und Diskursen allzu große Erwartungen zu hegen. Schlimmer noch: Politisch und praktisch stärke ich mit der gründlichen Dekonstruktion der Präventionsidee Positionen, von denen ich gehofft habe, dass sie hinter uns liegen. Der ewige Reflex, auf Strafverschärfung zu setzen, wäre so ein Fall.

K: Ich gebe zu, das ist praktisch ein Torschuss.

L: Das Zweite ist das systematische Argument, und das sehe ich schlicht anders als Sie. Angenommen es gelingt, die Präventionsidee nachhaltig zu desavouieren, den Begriff sozusagen zu einer ernsthaft nicht mehr vertretbaren Diskursformel werden zu lassen – was im Übrigen mehr wäre als Dekonstruktion.

K: Ja, das stimmt.

L: Was wäre damit gelöst? Wie vorhin schon angedeutet, sind damit die damit einhergehenden Denk- und Handlungsprobleme nicht aus der Welt.

Ich mache das an einem schon angerissenen Beispiel deutlich. Wir haben uns vorhin über die paradoxen Strukturen pädagogischen Handelns verständigt, denken da sehr ähnlich. Zugleich führen wir seit Jahren eine breite öffentliche Diskussion, lange Zeit fast schon euphorisch, in Bezug auf die gesellschaftspolitischen Leistungen von Lernen und Bildung. Auch dort finden Sie – übrigens ohne Rekurs auf den Präventionsbegriff – vielfältige Begründungen für Frühe Hilfen, Förderung und Bildung – und mittlerweile auch eine breit ausgebaute

Praxis. Wir haben es mit einer phänomenalen Ausweitung der pädagogischen Sphäre im öffentlichen und staatlichen Auftrag zu tun, um möglichst frühzeitig alle Bildungspotenziale zur Entfaltung zu bringen. Bildung mutiert auf diese Weise zu einer fast schon universellen Antwort auf ganz heterogene Herausforderungen, und Sie wissen selbst, dass damit alles – u.a. auch Exklusion, Armut und ähnlich unerwünschte Lebenslagen – vermieden werden sollen. Bildungspolitik sei die beste Sozialpolitik, heißt es dann, und das Wunderbare ist, dass man bei alledem ganz ohne explizite Präventionssemantik auskommt. Die zugrunde liegende Logik, das wäre meine These, ist jedoch in wesentlichen Momenten, vor allem wenn es um die Vermeidung gesellschaftlicher Probleme geht, identisch. Wir haben nichts gelöst, wenn wir den Präventionsbegriff auf die Müllkippe kippen.

K: Da stimme ich Ihnen vollkommen zu. Aber der Präventionsbegriff legitimiert diese ständige Entgrenzung und Ausweitung.

L: Ich weiß nicht genau, was da legitimiert wird.

K: Wenn Sie diese ganze Präventionsdebatte über Kinderspielzeug betrachten, das was Silbereisen über die Vorverlagerung der Prävention ins Pränatale geschrieben hat, die Suchtprophylaxe oder diese absurde Drogenprävention?

L: Spielzeug im Kindergarten?

K: Spielzeug im Kindergarten und Präventionsgespräche mit werdenden Müttern und neuerdings die in einen sexualpädagogischen und sexualmoralischen Rollback umgeschlagene Debatte über die Prävention von sexueller Gewalt, in der es schon längst nicht mehr um den konkreten und wirksamen Schutz von Kindern und Jugendlichen geht. Immer wenn die Ebene des konkreten Schutzes vor konkreten Gefahren verlassen wird, entwickelt sich ein nicht mehr zu kontrollierender Gefahren- und Präventionsdiskurs, in dessen Verlauf zwangsläufig alle die von uns festgestellten problematischen Wirkungen entstehen. Ich habe in meinen 56 Jahren in der Sozialen Arbeit noch kein einziges Mal das Gegenteil erlebt. Das gilt auch für die von Ihnen beschriebene ständige Vorverlagerung pädagogischen Handelns, die doch mit der Behauptung, damit den Heranwachsenden in der Zukunft drohenden Gefahren vorzubeugen, legitimiert wird. Und wenn man genauer hinschaut, geht es dabei oft genug gar nicht um das viel beschworene „Kindeswohl“, sondern um die ideologische Absicherung und praktische Durchsetzung von normativen Erwartungen der Dominanzkultur, also um das „Wohlverhalten“ der zukünftigen Erwachsenen.

L: Nein, das ist mir zu kurz gesprungen. Das ist eine Dimension. Das andere ist der allerorten grassierende Optimierungswahn, der pädagogisch hergestellt werden muss. Ich spitze das ein wenig zu: Verloren gegangen sein mag die begründete Hoffnung auf grundlegenden gesellschaftlichen Wandel. Nicht verloren gegangen,

ganz im Gegenteil, ist die Idee, via möglichst früher und guter Pädagogik und Bildung gesellschaftliche Probleme, wenn nicht zu lösen, so doch mindestens zu entschärfen. Und selbstverständlich reichen die damit einhergehenden Machbarkeitsphantasien bis in den pränatalen Bereich hinein – unterfüttert durch allerlei Zeitfenstertheorien. Ich habe gerade schon auf die jüngeren Bildungsdiskurse verwiesen. Was Bildung plötzlich alles ermöglichen soll – bis hin zum Abbau sozialer Ungleichheit. Wir haben meines Erachtens eine hypertrophe Diskussion und Erwartungshaltung über das, was mit Erziehung und Bildung in dieser Gesellschaft alles machbar ist. Angesetzt wird dabei auf der individuellen Ebene, nicht auf der gesellschaftlichen Ebene. Das Kuriose in der gegenwärtigen Diskussion um Prävention besteht für mich darin, dass nicht wenige Kritiker von Prävention stattdessen auf Bildung setzen. Meine These wäre, solange Bildung in der mittlerweile allerorten selbstverständlich gewordenen instrumentellen Weise als Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen gedacht wird, stellt sich für mich die Frage, was damit gewonnen wäre. Diskutieren können wir dann wieder über die Ambivalenzen des pädagogischen Optimierungswahns und der Visionen individueller Gestaltbarkeit, denn in der Eröffnung von Bildung sind auch Chancen enthalten. Wir müssten dann über die Ambivalenzen, die Janusköpfigkeit von Prävention, Bildung und die personenbezogenen Optimierungsstrategien, die dahinter stehenden Machbarkeitseuphorien und ihre gesellschaftlichen Kontexte diskutieren.

K: Das nehmen wir jetzt als Schlusswort. Gut. Herr Lüders, das war sehr schön mit Ihnen zu diskutieren, hat Spaß gemacht.

L: Das beruht ganz und gar auf Gegenseitigkeit.

*Christian Lüders, Nockherstr. 2, 81541 München
E-Mail: lueders@dji.de*

*Manfred Kappeler, Schmidt-Ott-Str. 11 B, 12165 Berlin
E-Mail: drkappeler@arcor.de*

express

Niddastraße 64, 60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.express-afp.info

ZEITUNG FÜR
SOZIALISTISCHE BETRIEBS- &
GEWERKSCHAFTSARBEIT



Probelesen?!
kostenfreies
Probexemplar anfordern!!

Ausgabe 1/16 u.a.:

- Werner Volz: »Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen?« – über den Gesetzesentwurf aus dem Hause Nahles
- Sara Katsani: »Charité ist überall« – über ver.di-Beschlüsse zur Krankenhauspolitik
- Martin Krauß: »Und nicht vergessen: Anders vorwärts« – die Arbeiterolympiade in Ffm 1925
- Anton Kobel: »Prognosen und Versprechen auf Rechnung« – über Bedrohungen für deutsche Sozialsysteme durch TTIP, CETA und TISA
- Sören Niemann-Findeisen: »Autoproduktion in Dixieland« – über transnationale Organisation am Beispiel USA

Foto: Kai Horstmann



Immer auf dem
Laufenden über das
aktuelle Geschehen in
Lateinamerika

LATEIN AMERIKA
NACHRICHTEN

// Die Monatszeitschrift

Aktuelle Berichte,
Reportagen,
Kommentare und
Interviews zu Politik,
Gesellschaft und
Kultur

PROBEABO

// 3 Monate lesen für 10 Euro
// endet automatisch

// solidarisch // kritisch // unabhängig

Lateinamerika Nachrichten
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin
www.lateinamerika-nachrichten.de

Sebastian Schneider

Grenzen der Partizipation heute: Objektivierung, affirmative Wendung und die Ambivalenz von Ermächtigung und Unterwerfung



Partizipation im Widerspruch zwischen historischer Verpflichtung und affirmativer Wendung

Partizipation scheint heute in der Pädagogik, aber auch darüber hinaus eine allgemein anerkannte Norm von Vergesellschaftung zu sein. Für den Bereich des Politischen stellt Thomas Wagner fest, dass „... Partizipation im Sinne einer Beteiligung an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen letztlich den irreduziblen Kern einer Demokratie markiert ...“ (Wagner 2012: 17). Somit können die „... neuen Partizipationsverfahren grundsätzlich als ein Moment der Demokratisierung ...“ (ebd.) verstanden werden. Partizipation verspricht letztlich die erweiterte und verbesserte Verwirklichung eines politischen Grundprinzips. Doch was bedeutet „Partizipation“ als pädagogisches, mithin gesellschaftliches Prinzip und wo liegen ihre Schwierigkeiten und Grenzen?

Um diese Frage klären zu können, wird Partizipation hier zunächst in engem Zusammenhang mit Emanzipation begriffen (1.) und am Beispiel der Pädagogik Janusz Korczaks illustriert, wie dies umgesetzt werden kann (2.). Die Grenzen solcher Formen von Partizipation werden auf Grundlage einer an die ältere Kritische Theorie anschließenden Perspektive herausgearbeitet (3.). Im Anschluss daran wird vor dem Hintergrund aktueller gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen und solcher in der Pädagogik nach Maß und Möglichkeit der Verwirklichung von Partizipation heute gefragt werden (4.). Dazu gehören auch die affirmativen Potentiale von Partizipation, wodurch schließlich der eingangs skizzierte Zusammenhang in Frage gestellt wird (5.). An diese Infragestellung anschließend wird eine diskurs- und machtanalytische Perspektive eingenommen, welche zunächst eine Verwerfung von Partizipation als auf Emanzipation zielendem Projekt nahe zu legen scheint (6.). Um dieser Falle zu entgehen, wird auf eine ähnlich gelagerte

Debatte um den Begriff der Bildung zurückgegriffen und vorgeschlagen, Partizipation mit einer bestimmten (selbst-)kritisch-reflexiven Haltung zu betreiben (7.). Dazu gehört auch der Umgang mit den sich aus den verschiedenen theoretischen Perspektiven ergebenden Widersprüchen (8.).

1. Zu Partizipation als Ent-Objektivierung

Wagner verweist auf die Citizenship-Debatte (vgl. Wagner 2012: 20). Diese versteht Partizipation als Teilnahme an kollektiven Entscheidungsprozessen in allen gesellschaftlichen Bereichen, inklusive der Herrschaftsverhältnisse und Macht-hierarchien. Sie wird berechtigter Weise als eine Perspektive auf und ein Kampf um Emanzipation verstanden (vgl. Wagner 2012: 20). Eines ihrer wesentlichen Elemente liegt in einem Kampf um die „... Erstreitung oder auch Verteidigung von politischen Bürgerrechten ...“ (Wagner 2012: 20/21). Damit soll keineswegs suggeriert werden, Emanzipation beschränke sich auf diesen Kampf. Vielmehr sind politische Bürgerrechte mit vielfältigen anderen Formen von Macht und Herrschaft verknüpft. Wagner benennt jedoch einen wichtigen Zusammenhang: die Ausrichtung von Partizipation auf Emanzipation. Die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft kann als eine Geschichte von Kämpfen um politische Bürgerrechte und andere Formen der Teilnahme begriffen werden. Zunächst hatten nur Vollbürger politische Bürgerrechte, wie beispielsweise das aktive und passive Wahlrecht. Vollbürger war, wer besitzend, männlich, weiß, erwachsen, gesund und gesetzestreu war – ausgeschlossen blieb, wer von dieser Norm abwich. Dagegen haben unter anderem die Arbeiter- und Frauenbewegung, sexistisch und rassistisch Diskriminierte sowie viele andere soziale Bewegungen versucht, ihre gleichberechtigte politische Teilnahme zu erstreiten und die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse, von denen sie betroffen waren, zu bekämpfen. Diese Herrschaftsverhältnisse können sich überlagern und verstärken, aber auch relativieren; ein Zusammenhang, der heute unter dem Begriff der „Intersektionalität“ (Winker/Degele 2010: 11ff.) diskutiert wird. Ein wesentliches Moment zur Legitimierung dieser Macht- und Herrschaftsverhältnisse ist die Zuschreibung der Fähigkeit zu rationaler Entscheidung, welche Frauen*, People of Colour, Kindern und sogenannten ‘Verrückten’ verweigert wurde. Diese Konstruktionen der ‘Anderen’ waren konstitutiv für die Selbstkonstruktion der besitzenden, männlichen, weißen, erwachsenen, gesunden und gesetzestreu Individuen als rationale Subjekte. Die ‘Anderen’ wurden als triebhaft der Natur zugeordnet und tendenziell als Objekte ver- und be-handelt. Ihre vermeintliche Irrationalität und Unfähigkeit zur Selbstbeherrschung legitimierten ihren Ausschluss von gleichbe-

rechtigter Teilnahme an Gesellschaft. Michael Winkler stellt mit Bezug auf die Pädagogik fest, Partizipationsabsichten wollten Kinder und Jugendliche aus dem „Objektstatus“ befreien, der ihnen gesellschaftlich zugeschrieben wird (Winkler 2000/196). Partizipation zielt demnach auf Emanzipation, auf Teilhabe an Macht und Abschaffung von Herrschaft, auf eine Entwicklung des Individuums weg vom Objekt hin zum Subjekt, auf Subjektivierung.¹

2. Korczaks Praxis der Ermächtigung von Kindern zu Subjekten

Janusz Korczak (1878 oder 1879 bis 1942) erkannte den Objekt-Status von Kindern zu seiner Zeit sehr deutlich. Ihnen die Verfügung über ihr Leben zu verweigern, sie zu schlagen und mit Angst zu disziplinieren schien zu Beginn des 20. Jahrhunderts normal. Dem entgegen setzt Korczak in seinen Heimen eine Pädagogik, die auf der Achtung vor dem Kind als erstem Prinzip basiert. Diese sind für ihn eben keine ‘unfertigen’ Menschen, sondern Menschen, die sich nur in einem Punkt von Erwachsenen unterscheiden: der Menge der Erfahrung (Korczak 1999: 77). Ansonsten haben sie die Kompetenz, über ihre Belange selbst zu entscheiden und sollen diese möglichst weitgehend verwirklichen können. Zur Begrenzung persönlicher Abhängigkeit nach dem patriarchalen Muster wird ein stark formalisiertes reziprokes System von Regeln installiert, dem auch die Erwachsenen sich unterwerfen müssen: „Bis heute war alles vom guten Willen und den Launen des Erziehers abhängig. (...) Diesem Despotismus müssen Grenzen gesetzt werden“ (Korczak SW 4: 273). So werden soziale Konflikte und die Schwierigkeiten des Aufwachsens in den wöchentlichen Sitzungen des „Kameradschaftsgerichts“ verhandelt. Dieses ist vom Strafgericht der bürgerlichen Justiz klar zu unterscheiden, denn das Ziel des Gerichts ist eine Kultur des Verzeihens und der Schutz der Schwachen. Ihm liegen 109 Paragraphen zugrunde, wobei §1-§99 einen Freispruch bedeuten. § 100 verzeiht als erster nicht mehr, §500 stellt die Verwerflichkeit einer Handlung fest und macht dies im Rahmen des Heims öffentlich. Erst §1000 verurteilt schließlich zum Verweis aus dem Heim (vgl. Korczak SW 16: 135-139).

In diesem Heim hatte, neben einigen anderen Institutionen, die Zeitung, in der die Kinder ihre Ansichten veröffentlichen können, besondere Bedeutung. Sie ermöglichte Partizipation, weil in dieser Zeitung soziale Regeln und Konflikte von den Betroffenen in einem kollektiven Prozess gemeinsam verhandelt wurden.

1 Der Grund für die Verwendung des Begriffs der Subjektivierung an dieser Stelle klärt sich in Kapitel sieben.

So werden die Kinder ermutigt, ihre Stimme zu erheben und zugleich real an der Macht im Heim beteiligt (Winkler 1999: 321/322). Dies kann durchaus als eine gesellschaftliche Wiederaneignung von Konflikten begriffen werden, die der von Nils Christie (1986) konstatierten Enteignung von Konflikten durch die Expert*innen der Justiz entgegenläuft. Korczak gilt daher zu Recht als einer der Pädagogen, welcher die Partizipation der Kinder am Erziehungsprozess am konsequentesten verwirklicht hat. Winkler stellt fest, Korczaks Pädagogik der Achtung habe zum Ziel sicherzustellen, dass: „... das Kind nicht bloß Adressat von Erziehung wird, sondern selbst in das Erziehungsgeschehen als Subjekt einzutreten vermag ...“ (Winkler 1999: 318).

3. Die Grenzen der Ermächtigung zum Subjekt

Hinter dieses Ziel kann Pädagogik nicht mehr zurück. Nicht zuletzt Korczaks Ermordung im Rahmen der Shoa verdeutlicht uns die Notwendigkeit, Subjektivität und die damit einhergehenden Rechte zu verteidigen. Dies besonders dann, wenn wir mit Moïse Postone die Shoa als eine besonders radikale Form der Ausstreichung von Subjektivität, der Reduktion von Menschen auf Objekte, der Objektivierung begreifen: „Der erste Schritt dazu war die Entmenschlichung ... die Juden als das zu zeigen, was ‘sie wirklich sind‘ ... Abstraktionen. Der zweite Schritt war dann, diese Abstraktheit auszurotten, ..., jedoch noch zu versuchen, dem Prozess die letzten Reste des konkreten gegenständlichen ‘Gebrauchswerts’ abzugewinnen: Kleider, Gold, Haare, Seife.“ (Postone 2005: 193).

Folgt man dieser an Marx und die ältere kritische Theorie angelehnten Perspektive, dann ist die Objektivierung, die radikale Entmenschlichung, welche die Shoa bedeutet, auch die Zuspitzung eines gesellschaftlichen Grundwiderspruchs der Moderne. Der Grundgedanke von Adorno/Horkheimer war, dass „... Aufklärung im umfassendsten Sinn fortschreitenden Denkens ...“ Horkheimer/Adorno (2003/1944: 9) einerseits enorme Fortschritte ermöglicht. Sie bedeutet das Ende einer scheinbar gottgegebenen ständischen Ordnung mit persönlichen Herrschaftsverhältnissen und die Möglichkeit vernünftiger gesellschaftlicher Verhältnisse. Andererseits verselbstständigt sich in derselben Bewegung die instrumentelle Vernunft: als partikuläre ökonomische Rationalität, als scheinbar objektive Wissenschaft und verwaltete Welt. Sie erscheint, obwohl sie wesentlich ein gesellschaftliches Verhältnis ist, den Individuen als Naturgesetz. Weil sich Mythos und Aufklärung nicht voneinander trennen lassen, gehen damit neue Ideologien wie Rassismus und Antisemitismus einher. Die Idee des freien mündigen Subjekts kann unter diesen Bedingungen nicht verwirklicht werden, auch wenn

sie als Anspruch beständig präsent bleibt (vgl. Horkheimer/Adorno 2003/1944). Als radikale Zivilisationskritik kann diese Analyse heute ohne Zweifel noch Aktualität beanspruchen, denn mit der Idee der Verselbstständigung folgen Adorno/Horkheimer der Verkehrsfigur von Marx. Unter den Bedingungen kapitalistischer Produktionsweise, und damit auch in der heutigen Gesellschaft, wird die Ökonomie zum „... automatischen ... Subjekt ...“ (Marx 1983 [1867]: 109), welches den Gang der Geschichte zumindest maßgeblich mitbestimmt. Die Individuen werden vor dem Wertgesetz zu austauschbaren Objekten, die Objekte der Ökonomie hingegen werden zum Subjekt. So gesehen gibt es eine grundlegende Tendenz unserer Gesellschaft zur Objektivierung, zur Reduktion der Menschen auf ihre ökonomische Verwertbarkeit. Dies bedeutet aber auch, dass Partizipation als Versuch, Individuen von einem – zumindest tendenziellen – Objekt-Status zu einem Subjekt-Status zu ermächtigen, sich inmitten eines gesellschaftlichen Grundwiderspruchs befindet. Sie versucht die Verwirklichung einer gesellschaftlichen Norm, deren vollständige Verwirklichung unter den gegebenen Bedingungen unmöglich ist.

4. Zu Möglichkeit und Wirklichkeit von Partizipation heute

Im Vergleich zu den autoritären politischen und pädagogischen Verhältnissen zur Zeit Korczaks ist es um den Subjekt-Status von Kindern heute deutlich besser bestellt. In der Bundesrepublik gibt es für sie zahlreiche juristisch verbindlich verankerte Rechte. Die UN-Kinderrechtskonvention, welche die Bundesrepublik 1992 ratifiziert hat, definiert grundlegende Rechte von Kindern. Neben der „Schaffung gesicherter Lebensgrundlagen“ und dem „Schutz vor Gewalt“ gehören dazu auch „Beteiligungsrechte“, also Partizipation (vgl. Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland 2007: 9).

So geben in Studien in der Bundesrepublik viele Kinder (74,6%) an, das Gefühl zu haben, in ihrer Familie viel oder sehr viel mitbestimmen zu können. Allerdings findet schon dies meist dort seine Grenze, wo die Eltern einen Teil ihrer Verfügungsmacht abgeben müssten. Und in Bezug auf die Schule sinkt dieser Wert drastisch, auf 14,5% (vgl. Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland 2007: 61-76). Andreas Walther nimmt in Bezug auf die Schule an, dass die Ursache dafür in dem Widerspruch liegt, einerseits im Unterricht das Ideal des/der aktiven Bürger*in präsentiert zu bekommen, aber andererseits im Alltag der Institution mit dem Ausschluss von realer Gestaltungsmacht konfrontiert zu sein (Walther 2010: 124). Die Idee von Partizipation und Mündigkeit ist immerzu präsent, wird aber kaum wirklich für Subjekte erfahrbar umgesetzt. Die „Kältestudien“,

wie sie Karl-Heinz Dammer, Andreas Gruschka, Marion Pollmanns und andere betreiben, erforschen die Verarbeitung solcher Widersprüche durch Kinder und Jugendliche, wenn etwa die in der Schule geforderte Praxis der Konkurrenz untereinander die normativen Ansprüche des bürgerlichen Bildungsideals, wie etwa die Gleichheit der Schüler*innen, systematisch unterläuft (vgl. Dammer 1999: 196/197, Gruschka 2004, Pollmanns 2000).

Walters Beispiel der Hilfeplangespräche in der Jugendhilfe erinnert an die schulische Situation. Ihre Beteiligung an der Festlegung der für sie notwendigen Hilfe ist eine Form von Partizipation, die „viele Jugendliche ... als Farce erleben“ (Walther 2010: 125), da die wichtigen und grundlegenden Entscheidungen offensichtlich schon feststehen, bevor sie gefragt werden. Wagner ordnet diese Form des Partizipations-Rituals unter dem Begriff der „Post-Demokratie“ (Wagner 2012: 23) in eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung ein. Einerseits werden formal partizipatorische Strukturen ausgebaut und andererseits die Teilnehmenden zugleich auf der Ebene der zentralen Entscheidungen entmachtet und das asymmetrische Verhältnis bestätigt. Für die politische Ebene formuliert Wagner prägnant:

„Während das konventionelle politische ‘Kerngeschäft‘ (insbesondere auf nationaler oder auch transnationaler Ebene) zunehmend von politischen und ökonomischen Eliten, Politikberatern, Lobbyisten und finanzkräftigen Think-Tanks vorbehalten bleiben soll, werden der sich immer weniger repräsentiert fühlende ‘Bürger‘ und seine ‘Bürgerin‘, ganz nach dem Vorbild prädemokratischer Zeiten, auf die Gefilde der ‘kleinen Politik vor Ort‘, auf die Beteiligung in der Kommune und in sozialen Diensten verwiesen.“ (Wagner 2012: 26).

Die Schule als Institution lässt Kinder heute zumeist nur über relativ nebensächliche Fragen wie die Farbe des Klassenzimmers und die Auswahl von Projekttagen mitbestimmen. So zeigt sich, dass sie in den meisten Fällen von vordemokratischen Zuständen direkt in die Post-Demokratie übergegangen ist.²

2 Dies zeigt den problematischen Charakter der Postdemokratie-These. Sie neigt dazu vergangene demokratische Zustände zu suggerieren, die es so nie gegeben hat. Gerade Schulen lassen sich in weiten Teilen noch mit dem Konzept der verwalteten Welt von Adorno/ Horkheimer erfassen. Ich beziehe mich dennoch auf den Begriff der Postdemokratie, da er den formalen Ausbau bei gleichzeitiger materialer Aushöhlung von Partizipation beschreibt. Dies stellt vor allem normativ, auf der Ebene der Anrufungen und Ansprüche, einen signifikanten Unterschied zur verwalteten Welt dar, unabhängig von der Frage, wie groß die umverteilte Entscheidungsgewalt ist.

5. Die affirmativen Potentiale von Partizipation

Doch lässt sich so die Verwirklichung von „Partizipation“ in der Pädagogik und darüber hinaus beschreiben? Als ein Versuch, das uneingelöste Ideal vom freien und mündigen Subjekt doch noch und für alle Menschen zu verwirklichen? Ist Partizipation ein emanzipatorischer Ansatz, der zwar auf relativ unwichtige Felder abgeschoben wurde, aber letztlich den objektivierenden Tendenzen von Ökonomie und Verwaltung eindeutig entgegensteht?

Wohl kaum, denn Partizipation wird zunehmend in einem engen Zusammenhang mit Zwang und Drohung verwendet. Im Rahmen des Umbaus des Sozial- zum Workfare-Staat sind Begriffe wie Partizipation und Empowerment zunehmend auch Teil der Legitimation autoritärer Praktiken geworden (Wagner 2012: 21/22). Bestes Beispiel dürften die „Mitwirkungspflichten“ von Menschen, die ALG II beziehen, sein. Das Verweigern dieser Form von Partizipation wird mit existenziell bedrohlichen Mittelkürzungen sanktioniert (Bundesagentur für Arbeit: 15,60). Winkler weist daraufhin, dass Pädagogik davon keineswegs unberührt bleibt: „... das Stichwort lautet ‘geschlossene‘ oder auch ‘gesicherte Unterbringung‘, in diesen Einrichtungen „... bleibt Mitwirkung auf reine Funktion beschränkt.“ (Winkler 2000: 192). Um diesen Aspekt auf den eingangs skizzierten Widerspruch von Subjektivierung und Objektivierung zurückzubeziehen, könnten wir hier von einer selbstgesteuerten und damit subjektivierten, aber dennoch erzwungenen (Selbst-) Objektivierung sprechen. Der Zusammenhang von Subjektivierung und Objektivierung lässt sich damit nicht mehr nur als Gegensatz denken, Partizipation ist nicht mehr eindeutig Teil einer Bewegung vom Status als Objekt zu dem als Subjekt.

Ist Partizipation damit als Begriff und Element pädagogischer Praxis, welche sich einem guten Leben für alle Menschen verpflichtet fühlt, verloren? Auch Wagner stellt diese Frage und kommt anhand einer ganzen Reihe von Beispielen aus der Sozialen Arbeit zu einem anderen Schluss. Pädagogische Praxen können Individuen sehr wohl Erfahrungen ermöglichen, welche das Potential zu einer Ermächtigung aus gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen in sich tragen (Wagner 2012: 30/31).

Handelt es sich dann bei den oben angeführten Beispielen einer Partizipation als Postdemokratie oder als Repression wirklich um Partizipation? Vielleicht ließe sich die Sache der Partizipation angemessener als ein Prozess denn mit einem Zustandsbegriff beschreiben. Für Reinhard Fatke geht es bei diesem Prozess darum, „... einen Teil der Verfügungsgewalt über die eigene Lebensgestaltung von den Erwachsenen an sich zu nehmen.“ (Fatke 2007: 20). Dann wäre die postdemokra-

tische Tendenz eine mangelhafte Form von Partizipation, weil sie nur über relativ unbedeutende Fragen Verfügungsgewalt abgibt, und das zu einem instrumentellen Zweck. Und autoritäre Strukturen wie die sogenannte 'gesicherte' Unterbringung oder das Workfare-Regime wären eher das Gegenteil von Partizipation, denn sie geben keine Verfügungsgewalt über das eigene Leben, sondern nehmen diese. Es wäre dann zu trennen zwischen der guten und der schlechten Partizipation, zwischen der echten und der falschen, zwischen der auf Emanzipation zumindest verweisenden und derjenigen, welche auf eine Einbindung in Herrschafts- und Gewaltverhältnisse zielt.

6. Das Ende eines emanzipatorischen Projektes?

Doch selbstverständlich macht es sich diese Trennung zu einfach. Eine Perspektive auf Subjektivierung, welche sich an Michel Foucault anschließt, begreift das Subjekt selbst als ein zentrales Element moderner Machtverhältnisse. Sein Begriff der „Gouvernementalität“ (Foucault 2006: 162) bezeichnet ein Ensemble von Formen und Techniken der Macht. Er ermöglicht es, die Entstehung des modernen Subjekts und des modernen Staates als miteinander verwobene Entwicklungen zu begreifen, wie Thomas Lemke (1997: 151) bemerkt hat. Ein zentrales Element von Gouvernementalität ist das, was Foucault die „Pastoralmacht“ nennt. Und diese „... wird nur auf 'freie Subjekte' ausgeübt und nur sofern diese 'frei' sind.“ (Foucault 1994: 255, Hvhb. im Orig.).

Diese Perspektive steht im Gegensatz zu den oben getätigten Überlegungen, die Subjektivierung, Subjekt-Werdung aus einer an Marx angelegten Perspektive im Widerspruch zur Objektivierung begriffen hatten. Nun wird es zentral, Subjekte nicht mehr als vorgängige Entitäten zu begreifen, welche je nach historischer Epoche anders in Machtverhältnisse verwickelt werden. Vielmehr ist aus dieser Perspektive die Form des Subjekts selbst ein Produkt von Machtverhältnissen, eine konstitutive Soziale Form der Moderne.

Konsequenter Weise verwerfen Jan Masschelein und Kerlyn Quaghebeur dann auch die Idee, Partizipation sei Herrschaft entgegengestellt und diene der Befreiung des Individuums. Sie begreifen sie vielmehr als Teil der Gouvernementalität. Als solche bestehe sie sowohl aus einem bestimmten Wissen, Diskursen über Charakter und Funktion von Partizipation sowie konkreten Strategien, Techniken und Taktiken (Masschelein 2003: 73). Diese funktionieren im Gegensatz zu anderen Formen von Herrschaft nicht durch eine mehr oder weniger präzise angewendete Repression. Es gehe hier nicht primär um die Beschränkung von Freiheit, sondern gerade darum, den Subjekten bestimmte Freiheitsspielräume zu

eröffnen. Das gesellschaftliche Wissen über Partizipation, adressiere die Subjekte „... to behave as active, competent, independent, self-determining human beings“ (Masschelein 2003: 75). Dabei begreifen Masschelein und Quaghebeur die Betonung des Ideals als wichtigen Teil des Regierens durch Partizipation (Masschelein 2003: 75/76). Dies bedeutet gerade sich als von anderen, ebensolchen Individuen getrennt für sich selbst individuell verantwortlich zu fühlen. Eine „... kulturelle Aufwertung individueller Selbstverantwortung...“, bei der zugleich „... kollektive Solidaritätsansprüche de-thematisiert“ werden (Walther 2010: 118).

Muss also das Konzept der Partizipation aus dieser Perspektive als ein von Herrschaft durchdrungenes verworfen werden? Wird Emanzipation so undenkbar, Herrschaft theoretisch total gedacht, emanzipatorisches Handeln unmöglich?

7. Emanzipation als Entsubjektivierung?

Doch so eindeutig lassen sich Partizipation, Subjektivierung und Subjekt auch aus einer diskurs- und machtanalytischen Perspektive keineswegs denken. Judith Butler schließt an die Perspektive von Foucault an und weist darauf hin, dass die notwendige und beständige Reproduktion des Werdens-zum-Subjekts immer zugleich Unterwerfung und den Gewinn von Handlungsfähigkeit bedeutet (vgl. Butler 2001: 7-34). Sie bemerkt dazu: „... daß das Subjekt selbst Schauplatz dieser Ambivalenz ist, in welcher das Subjekt sowohl als Effekt einer vorgängigen Macht wie als Möglichkeitsbedingung für eine radikal bedingte Form der Handlungsfähigkeit entsteht (sic!)“ (Butler 2001: 19). Das beständige Werden-zum-Subjekt ist also auch in dieser Perspektive kein sich bruch- und widerspruchslos einfügendes Element. Vielmehr benötigt die Macht die Autonomie des Subjekts zu ihrer Reproduktion und zugleich liegt in dieser Autonomie aber auch die Möglichkeit der Veränderung (vgl. ebd. 20/21). Dann lassen sich aber auch Subjektivität, Autonomie und Partizipation im emphatischen Sinne nicht mehr von denen im herrschaftsförmigen Sinne trennen. Vor diesem Hintergrund macht es auch Sinn, bereits für Partizipation im emphatischen Sinne (wie in Kapitel zwei) als Ermächtigung zum Subjekt, den kritischen Begriff der Subjektivierung zu verwenden.

Im Anschluss an Butlers Perspektive scheint es hilfreich, sich auf eine ähnlich gelagerte Debatte zu beziehen, in der ebenfalls die Frage verhandelt wird, ob – und wenn ja wie – sich aus einer Diskurs- und machtanalytischen Perspektive Emanzipation denken lässt. Jan Masschelein und Norbert Ricken haben in einem Essay 2003 die provokante Frage formuliert: „Do We (Still) Need the Concept of Bildung?“ (Masschelein/Ricken 2003) und kamen zu dem Schluss, „... that we should abandon the concept of Bildung ...“ (ebd.: 139), da der Begriff zu sehr in

Macht und Herrschaft verstrickt sei. Demgegenüber argumentiert Jenny Lüders in ihrer Auseinandersetzung mit dieser Frage (Lüders 2007), der Begriff sei zu wirkmächtig, um ihn verwerfen zu können. Sie führt also ein strategisches Argument an und versucht, den Begriff der Bildung auf Grund seiner Wirkmächtigkeit, seiner Bedeutung im Diskurs umzudeuten, ihn neu zu denken; beteiligt sich an der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um seine Bedeutung (Lüders 2007: 14/15).

Im Anschluss an Lüders scheint es bei einem ebenfalls sehr wirkmächtigen Begriff wie Partizipation sinnvoll, dieselbe Bewegung zu versuchen. Es muss dann darum gehen, ihn mit dem Einnehmen einer „Haltung der Kritik“ (Foucault 1992: 8) zu verbinden. Lemke verdeutlicht diese Haltung mit Foucaults Ambivalenz in Bezug auf seine Verteidigung der Rechte von Schwulen und Lesben. Diese Verteidigung ist notwendigerweise damit verbunden, ein bestimmtes herrschaftsförmiges Wissen über den Zusammenhang von Identität und Sexualität zu akzeptieren. Trotzdem bleibt es unumgänglich, sie zu betreiben, denn aus der bestehenden Wissensordnung mit ihren Machteffekten kann ohnehin nicht herausgetreten werden. Daher gilt, dass: „... die Wahrheit ... verhandelt werden (muss) mit den Mitteln der Wahrheit um schließlich das Regime der Wahrheit zu verändern“ (Lemke 2011: 35). Die „Haltung der Kritik“ (Foucault 1992: 8) zeichnet sich gerade dadurch aus, dass sie nicht bei dieser Verteidigung stehen bleibt, sondern darüber hinaus versucht, die Grenzen, welche die diskursive Ordnung dem Subjekt setzt, zu verschieben (Lemke 2011: 35/36).

Doch worin bestehen die Grenzen im Falle pädagogischer Partizipation und wie könnte eine solche Umdeutung des Begriffs der Partizipation aussehen? Maschelein und Quaghebeur haben auf die Bedeutung des normativen Ideals vom autonomen, souveränen, handlungsfähigen Subjekt für das Funktionieren der zeitgenössischen Formen von Partizipation hingewiesen (Maschelein 2003: 75). Es würde dann gelten, dieses Ideal umzudeuten. Die dringlichste und augenfälligste Möglichkeit dazu ist die aktuell oft recht enge Verbindung von Partizipation mit dem neoliberalen Produktivitätsideal. So verhandelt beispielsweise das Berliner Bildungsprogramm für frühkindliche Betreuung das Thema Partizipation unter der Überschrift „Bildung heißt Beteiligung und Leistung“ (Berliner Bildungsprogramm: 17). Eine Haltung der Kritik einzunehmen könnte dann bedeuten, genau diese Verbindung zunächst einmal für sich selbst zurückzuweisen. Dazu würde selbstverständlich aber auch gehören, diejenigen Punkte erkennen zu können, an denen sich bei Kindern und Jugendlichen Ansätze zu einer „Haltung der Kritik“ (Foucault 1992: 8) zeigen. Diese könnte bedeuten, sie auch an den Punkten zu bestärken, an denen sie nicht autonom, souverän, handlungs- und leistungsfähig sein wollen und gemeinsam mit ihnen nach neuen Formen von Kollektivität und

Solidarität zu suchen. Das muss kein Widerspruch dazu sein, die Rechte von Kindern und Jugendlichen auf Partizipation zu erkämpfen und zu verteidigen. Es wäre vielmehr eine Ergänzung dieses Kampfes, indem von Anfang an auf die neuen, damit verbundenen Ausschlüsse reflektiert würde und versucht würde, diese zu minimieren.

8. Zur Notwendigkeit und den Bedingungen einer reflexiv-kritischen Haltung zu Partizipation

Das Verhältnis von Partizipation und Emanzipation scheint nach dem bisher gesagten hoch ambivalent. Einerseits verweist Partizipation in Anbetracht einer gesellschaftlichen Ordnung, welche notwendig dazu tendiert, Individuen zu Objekten zu degradieren, eindeutig auf Emanzipation. Korczaks Tod, als besonders brutale Form der Objektivierung begriffen, verdeutlicht uns die Notwendigkeit der Ermächtigung von Individuen zu Subjekten, auch durch Partizipation. In diesem Sinne folgt sie T.W. Adornos kategorischem Imperativ, unser „Denken und Handeln so einzurichten, dass Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe“ (Adorno 1982 [1966]: 358). Auf der anderen Seite ist Partizipation in bestimmten Formen längst Teil einer immer zumindest tendenziell objektivierenden Ordnung, als Postdemokratie oder neoliberale Repression. Zugleich hat die Ermächtigung zum Subjekt in den letzten Jahren ihre eindeutig progressiv-emanzipative Bedeutung verloren und wird heute vielfach in einem notwendigen Zusammenhang mit Unterwerfung begriffen. Die Verringerung dieser Unterwerfung könnte hier eine „Haltung der Kritik“ ermöglichen. Diese müsste versuchen, Partizipation einerseits als das Erkämpfen und Verteidigen von Kinder- und Jugend-Beteiligung zu begreifen. Andererseits müsste sie versuchen, die damit verbundenen machtförmigen Wissensbestände und Identitätskonzepte zu unterlaufen, ohne diese beiden Aspekte gegeneinander auszuspielen. Damit wäre zunächst nicht mehr geleistet, als die zahlreichen Fallstricke zu skizzieren, denen sich eine gesellschaftlicher Emanzipation verpflichtete Pädagogik gegenüberübersieht, wenn sie Partizipation diskutiert und praktiziert. Für die pädagogische Wissenschaft wäre diese Skizze der Versuch einer expliziten Einbeziehung der diskurs- und machtanalytischen Perspektive in den Modus reflexiver Kritik, wie ihn Helga Cremer-Schäfer und Christine Resch skizziert haben (vgl. Cremer-Schäfer/Resch 2012: 101).

Literatur

- Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze 2007. Gütersloh
- Adorno, Theodor W. 1982 [1966]: Negative Dialektik. Frankfurt am Main
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. 2003 [1944]: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Frankfurt am Main
- Bundesagentur für Arbeit: Merkblatt SGB II. Hg. v. Bundesagentur für Arbeit. Online verfügbar unter <http://www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/Veroeffentlichungen/Merkblatt-Sammlung/SGB-II-Merkblatt-Alg-II.pdf>, zuletzt geprüft am 23.08.2012, 10.20 Uhr
- Butler, Judith 2001: Psyche der Macht. Das Subjekt der Unterwerfung. Frankfurt am Main
- Christie, Nils 1986: Konflikte als Eigentum. In: Ders.: Grenzen des Leids. Bielefeld, S. 125-145
- Cremer-Schäfer, Helga/Resch, Christine 2012: „Reflexive Kritik“. Zur Aktualität einer (fast) vergessenen Denkweise. In: Anhorn, Roland; Bettinger, Frank; Horlacher, Cornelius und Rathgeb, Kerstin (Hrsg.): Kritik der sozialen Arbeit – kritische soziale Arbeit. Wiesbaden
- Dammer, Karl-Heinz 1999: Von der kritischen zur Kritischen Erziehungswissenschaft. In: Sünker, Heinz/Krüger, Heinz-Hermann (Hg.): Kritische Erziehungswissenschaft am Neubeginn?! Frankfurt am Main, S. 184-209
- Fatke, Reinhard 2007: Kinder- und Jugendpartizipation im wissenschaftlichen Diskurs. In: Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze. Gütersloh
- Foucault, Michel 1992: Was ist Kritik? Berlin
- 1994: Das Subjekt und die Macht. In: Dreyfus, Hubert L. und Rabinow, Paul: Michel Foucault – Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik. Weinheim, S. 243-261
- 2006: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität I. Frankfurt am Main
- Gruschka, Andreas 2004: Kritische Pädagogik nach Adorno. In: Andreas Gruschka und Ulrich Oevermann (Hg.): Die Lebendigkeit der kritischen Gesellschaftstheorie. Dokumentation der Arbeitstagung aus Anlass des 100. Geburtstages von Theodor W. Adorno, 4. – 6. Juli 2003 an der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main. Orig.-Ausg. Wetzlar: Büchse der Pandora
- Korczak, Janusz; Beiner, Friedhelm; Dauzenroth, Erich 1999ff.: Sämtliche Werke (SW). Gütersloh
- 2010: Sämtliche Werke Band 4, Wie liebt man ein Kind [u.a.] (SW 4) Gütersloh
- 2010: Sämtliche Werke Band 16, Themen seines Lebens (SW 16). Gütersloh
- Lemke, Thomas 1997: Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität. Hamburg
- 2011: Critique and Experience in Foucault. In: Theory, Culture & Society 28 (4), S. 26–48

- Marx, Karl 1983 [1867]: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, erster Band, Hamburg 1867. „Das Kapital“ und Vorarbeiten/Teil: Text. In: Karl Marx und Friedrich Engels: Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA), Abt. 2, Bd. 5. Berlin
- Marx, Karl; Engels, Friedrich 1983: Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA). Berlin
- Masschelein, Jan; Quaghebeur, Kerlyn 2003: Participation as strategy of Immunisation. In: Ästhetik und Kommunikation 34 (120), S. 73–76
- Masschelein, Jan; Ricken, Norbert 2003: Do We (Still) Need the Concept of Bildung? In: Educational Philosophy and Theory 35 (2), S. 139–154
- Pollmanns, Marion 2000: Die Welt als Wille oder Widerwille. Zur „Opfer“/„Täter“-Dialektik in der bürgerlichen Kälte. In: Pädagogische Korrespondenz 25, S. 44-57
- Postone, Moishe 2005: Deutschland, die Linke und der Holocaust. Politische Interventionen. Freiburg im Breisgau
- Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft Berlin 2014: Berliner Bildungsprogramm für Kitas und Kindertagespflege. Weimar/Berlin
- Wagner, Thomas 2012: „Und jetzt alle mitmachen!“ Ein demokratie- und machttheoretischer Blick auf die Widersprüche und Voraussetzungen (politischer) Partizipation. In: Widersprüche 132 (123), S. 15–38
- Walther, Andreas 2010: Partizipation oder Nicht-Partizipation? Sozialpädagogische Vergewisserung eines scheinbar eindeutigen Konzepts zwischen Demokratie, sozialer Integration und Bildung. In: Neue Praxis (2), S. 115–136
- Winker, Gabriele; Degele, Nina 2010: Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten. Bielefeld
- Winkler, Michael 1999: Begrenzte Souveränität. Überlegungen zum Verhältnis von Institution und Person – mit Bezug auf Janusz Korczak. In: Neue Sammlung 39, S. 307–323
- 2000: Diesseits der Macht. Partizipation in „Hilfen zur Erziehung“ – Annäherung an ein komplexes Problem. In: Neue Sammlung 40, S. 187–209

*Sebastian Schneider, Flughafenstraße 21, 12053 Berlin
E-Mail: sebastian.schneider_uni@yahoo.com*

Tief in Foucaults Werkzeugkiste gegriffen



Über: Marc Diebäcker 2014: *Soziale Arbeit als staatliche Praxis im städtischen Raum*. Wiesbaden: Springer VS (*Sozialraumforschung und Sozialraumarbeit*, 13), 295 Seiten

Ausgangspunkt der als Buch „leicht überarbeitete[n]“ (1) Dissertation von Marc Diebäcker ist die seiner Ansicht nach ungenügende politikwissenschaftliche und staatstheoretische Reflexion Sozialer Arbeit. Vor dem Hintergrund der Rekonstruktion relevanter Entwicklungslinien des staatskritischen Diskurses und den Herausforderungen gegenwärtiger Staatstheorie sowie gouvernementalitätstheoretischer Arbeiten im Feld Sozialer Arbeit will er „einen Beitrag zur politikwissenschaftlichen Theoretisierung Sozialer Arbeit“ (2) leisten. Dieser beansprucht „Soziale Arbeit als Praxisform umfassend in ihrem konstitutiven Spannungsfeld zwischen gesellschaftlichen und staatlichen Beziehungsverhältnissen“ (2) zu fassen. Im Unterschied zur bislang vorherrschenden sozialstaatlich-funktionalistischen Perspektive geht es Diebäcker dabei vor allem darum, im Feld materialistischer und poststrukturalistischer Theoriebildung die Produktivität der Foucault'schen „Gesamtperspektive auf Staat und Gesellschaft“ (8) fruchtbar zu machen für eine Konzeptionalisierung von Sozialer Arbeit als staatliche Praxis.

Mit dieser Theoretisierung von Staat als staatlicher Praxis bringt er eine „spezifische Lesart der Foucaultschen Gouvernementalität“ (3) in Anschlag, um so einerseits Differenzen und Ungleichheiten, mit denen Sozi-

ale Arbeit konfrontiert ist, als durch Macht und Herrschaft produzierte konflikthafte soziale Verhältnisse in den Blick zu nehmen. Zugleich sucht er Soziale Arbeit so

„nicht nur über sozialstaatliche Funktionen und die Gewährung bzw. Nichtgewährung personenbezogener Hilfeleistungen, sondern auch als eine in konkrete Machtbeziehungen eingreifende Interventionsweise zu denken [...], die in ihren Zielsetzungen auf die Normalisierung einzelner Subjekte oder Gruppen ausgerichtet ist, sich zu diesen in Beziehung setzt, über asymmetrische Machtbeziehungen interveniert und eine Veränderung der Adressat_innen bewirken will und soll“ (ebd.).

Da sich Mark Diebäcker – wie der Titel verrät – speziell für „Soziale Arbeit als staatliche Praxis im städtischen Raum“ interessiert, legt er seinem Buch eine „Kopplung von staats- und raumtheoretischen Perspektiven“ (ebd.) zugrunde. Eine stark interessegeleitete Rekonstruktion von Veränderungen in Feldern der Gemeinwesenarbeit, der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie der ressourcensteuernden Sozialplanung dient ihm dabei zunächst dazu, „die politisch-programmatische Kontextualisierung des Raumbegriffs sowie seine mangelnde Theoretisierung in der Sozialen Arbeit“ (8) zu problematisieren. Mit Blick auf sozialwissenschaftliche Raumkonzepte und Reaktualisierungen von Staat und Raum im Kontext der regulationstheoretisch inspirierten Scale-Debatte werden von ihm sodann staatliche Praktiken „in Relationen von territorialen Gebieten und räumlichen Maßstabsebenen“ (4) in den Blick genommen. Dabei geht es ihm darum, „einen mehrfach relationalen Zugang zu entwickeln, der die Beziehungen von Subjekten in den Mittelpunkt stellt“ (ebd.) und es erlaubt, „Wechselwirkungen ihrer Prakti-

ken in ihrer Verwobenheit von gesellschaftlichem und territorialem Raum“ (ebd.) zu analysieren. Und auch hier wieder sucht er die Produktivität der in materialistischer oder poststrukturalistischer Theoriebildung bislang eher selten rezipierten Reflexionen Foucaults zu Räumen und deren politischen Strukturierungsprozessen sowie auf sie bezogene Strategien des Ordens aufzuweisen.

Marc Diebäcker entwickelt dabei auf der Grundlage einer sorgfältigen exegetischen Auseinandersetzung mit den Schriften Foucaults eine eigene Lesart, die sich von der bisher im deutschen Sprachraum vorherrschenden, vorwiegend durch die Arbeiten Lemkes geprägten unterscheidet. Staatliches Handeln sucht er über die Konzepte von Wissen, Macht und Strategie sowie über die theoretischen Figuren der Politischen Technologien und des Sicherheitsdispositives zu erschließen, um unter Bezug auf Foucaults Zugänge zu Raum und Stadt dann Soziale Arbeit als zugleich staatliche wie raumrelationale Praxis zu konzeptionieren.

Seine Ausgangsthese ist, dass der Übergang vom Fordismus zum Postfordismus bzw. die Neoliberalisierung von Staat und Gesellschaft von einem veränderten staatlichen Umgang mit Armut, Marginalität und Abweichung gekennzeichnet sei. Neuartige gesellschaftliche Vorstellungen von Sicherheit und Ordnung würden für staatlich-strategisches Regieren von und mit Bevölkerung nutzbar gemacht. Mit Foucaults „Werkzeugkiste“ versucht er dann auch, städtische Transformationen, die von wettbewerbs- und aufwertungsbezogenen Politiken, Polarisierungstendenzen sozialer Ungleichheit sowie Sicherheits- und Ordnungspolitiken charakterisiert sind, als stärker lokalisiertes Regieren über Raum,

Sicherheiten und Abweichungen zu lesen, in das auch aufsuchende Soziale Arbeit als eine auf öffentliche Räume bezogene Interventionsweise einbezogen werde.

Die bisher wenigen, meist diskurs- oder programmanalytisch angelegten, empirisch ausgerichteten gouvernementalitäts-theoretischen Arbeiten unterliegen in ihrer Beschränkung auf die Untersuchung politischer Argumentationsmuster und „identitärer Anrufungsformationen“ (6) der Gefahr, „Vorstellungen einer staatlich-diskursiven Durchsubjektivierung im Sinne einer deterministischen Herstellung von Identitäten und Zustimmung“ (ebd.) Vorschub zu leisten. Demgegenüber kombiniert Marc Diebäcker in seiner Forschung eine „Analyse öffentlicher Diskursausschnitte mit einer Einzelfallstudie zu Sozialer Arbeit, um subjektorientierte Perspektiven und Praktiken stärker zu berücksichtigen und die empirische Nutzbarmachung der theoretischen Perspektive von Sozialer Arbeit als staatlich-räumliche Praxis zu ermöglichen“ (ebd.).

„Im Anschluss an den entwickelten Forschungsansatz von Sozialer Arbeit als staatliche Praxis im städtischen Raum“ (131) geht er dabei theoriegeleitet den Untersuchungsfragen nach, wie „Soziale Arbeit als Praxis in den theoretischen Konzepten von Wissen, Macht und Strategie zu fassen“ (118) und ihre Interventionspraxis „durch das Konzept der Politischen Technologien strukturiert“ (118f.) ist. Des Weiteren interessiert ihn, wie Soziale Arbeit „als raumrelationale Praxis in der Stadt [...] auf Differenzrelationen von Normalität und Abweichung bezogen und [...] in ein raumbezogenes Sicherheitsdispositiv eingebunden“ (119) ist. Diese übergreifenden Fragen hat er dann noch einmal sehr differenziert nach „untersuchungsleitende[n] Fragestellungen“

(132) für die Analyse der öffentlichen Diskursausschnitte sowie im Hinblick auf seine „Fallstudie zur Praxis Sozialer Arbeit“ (ebd.) aufgeschlüsselt.

Ausgewählt für seine empirische Analyse hat er den Wiener „Praterstern“ als eines der bedeutendsten innerstädtischen Entwicklungsgebiete des 2. Wiener Gemeindebezirks, das von 2005 bis 2010 einer umfassenden Umstrukturierung unterzogen wurde, aber bis heute ein Treffpunkt von Personen in prekären Lebenslagen darstellt, die von sozialen Problemen wie Arbeitslosigkeit, Wohnungslosigkeit oder Suchterkrankungen betroffen sind. Um den Praterstern auch „als Raum, der durch die staatliche Interventionsweise von Sozialer Arbeit mitstrukturiert wird und Soziale Arbeit selbst in ein komplexes räumliches Regulierungssetting einbettet“ (7), in den Blick zu nehmen, hat er im Rahmen einer Fallstudie das dort im Jahr 2008 als „Mobile Soziale Arbeit im öffentlichen Raum“ implementierte Projekt „SAM2 – sozial, sicher, aktiv mobil“ untersucht. In den Blickpunkt gerückt hat er damit die „Verbindungen, Übereinstimmungen, aber auch Unterschiede und Differenzen“ (ebd.) bezüglich der Trias öffentlicher Diskurs über den Praterstern als Rede über Raum, programmatischer Ausrichtung des Projekts SAM2 und der konkreten Praxis der Professionellen in jenem territorial umgrenzten Raum.

Entsprechend analysiert er in Kapitel 7 sorgfältig anhand von Protokollen des Gemeinderates und des Landtages der Bundeshauptstadt Wien den parlamentarischen sowie anhand von Artikeln der beiden großen Wiener Zeitungen „Die Krone“ und „Der Standard“ den medialen Diskurs über den Praterstern im Hinblick auf Differenzen und Gemeinsamkeiten. In Rückgriff

auf raumanalytische Kategorien und ausgewählte Schlüsselbegriffe Foucaults rekonstruiert er auf diese Weise nicht nur Problematisierungsmuster und ihnen zugrunde liegende Normensysteme, sondern auch die mit ihnen in Verbindung stehenden Beziehungsverhältnisse von Staat und Bevölkerungsgruppen sowie staatlichen Strategien zur Herstellung räumlich-territorialer Ordnungen.

Auch seine Fallstudie zu SAM2 beginnt er in Kapitel 8 mit einer programmanalytischen Untersuchung des fachlichen Konzepts der Wiener SAM-Projekte. Dieses sucht er als strukturierendes Bindeglied zwischen öffentlichem Diskurs und den Praktiken der Professionellen zu dekodieren. Interviews mit dem Teamleiter und vier Professionellen sowie eine Gruppendiskussion mit diesen dienen ihm dazu, die räumlich-machtbezogenen Konstruktionen der Professionellen sowie ihre Problematisierungen im Hinblick auf soziale Phänomene am Praterstern zu rekonstruieren. Neben den auf diese Weise in den Blick genommenen Zielen und fachlichen Begründungen der Professionellen zieht er auch teilnehmende Beobachtungen ihrer konkreten Interventionspraxis am Praterstern heran, um diese „mit der foucault’schen Perspektive der Disziplinarmacht [...] als eine spezifische Form des In-Beziehung-Setzens sowie des außenorientierten, zielgerichteten Handelns“ (220) zu analysieren. „Stärker normierende Interventionen“ (221) in Form der „Vermittlung von gesetzlichen Bestimmungen und Verboten“ (ebd.) sowie der „Kontrolle und Korrektur problematisierten Verhaltens“ (ebd.) werden von ihm mit Foucault „als eine auf juristische Macht bezugnehmende disziplinärführende Praxis“ (ebd.) gelesen. Diese erfolgten „nicht nur als Fremdführung, z.B.

als Aufforderung, das spezifisch problematisierte Verhalten zu unterlassen“ (ebd.). Vielmehr führten sie bei den so Ermahnten über Internalisierungsprozesse dann auch zu Praxen der Selbstführung.

Da SAM2 sich ja nicht nur auf den Personenkreis von Menschen in prekären Lebenslagen richtet, sondern gerade auch deren Konflikte mit anderen Nutzungsgruppen des Praterstern regulieren soll, analysiert Marc Diebäcker deren Praxis als eine „aufgrund der vielfältigen Ansprüche [...] überdeterminierte staatliche Interventionsform“ (223). Berufen sich dabei die Professionellen immer wieder auf das Prinzip der Allparteilichkeit, so dekodiert Diebäcker dieses „als Bindeglied zwischen sicherheits- und ordnungspolitischen und (nur schwach artikulierten) fachlichen Zielvorstellungen bzw. Prinzipien Sozialer Arbeit“ (224). Über ihre Einbindung „in eine territoriale Strategie staatlichen Handelns“ (ebd.) verheißt es der Sozialen Arbeit „gesellschaftliche und/oder staatliche Anerkennung“ (ebd.).

Zwar erkennt der Autor an, dass in den „gegenseitige[n] und durchaus weitgehende[n] Kontrollmechanismen“ (233) zwischen SAM2, Polizei und privatem Sicherheitsdienst „um Grenzziehungen und Prozesse von Ein- und Ausschließung auf unterschiedlichen räumlichen Maßstabsebenen gerungen und gekämpft“ (ebd.) werde. In der Problematisierung „strafende[r] Interventionen und Zwangsmaßnahmen“ von Polizei seitens SAM2 scheinen ihm „in der damit verbundenen eigenen Aufwertung [...] die Anteile von Sanktion und Normdurchsetzung ihren Klient_innen gegenüber allerdings abgespalten und die Wirkungen und ordnenden Effekte der eigenen Interventionen [...] in den Hintergrund“ (232) gerückt. Entsprechend liest

er „das Ineinandergreifen der unterschiedlichen Interventionsformen am Praterstern“ (ebd.) mit Foucault „als ein räumliches Gesamtensemble der Macht“ (ebd.), das als „regulatives Gesamtset“ (233) von „Interventionen aus der Nähe und Distanz [...] im Raum [...] zwar verdichtet, aber nicht deterministisch oder widerspruchsfrei“ (ebd.) sei.

„Vor dem Hintergrund städtischer Transformationen im Postfordismus“ (ebd.) glaubt er darin „Veränderungstendenzen einer aufsuchenden sozialarbeiterischen Praxis“ (ebd.) erkennen zu können, „die über die Situations- und Kontextgebundenheit der Wiener Fallstudie hinausweisen“ (ebd.). In dem Maße, wie „das Regieren städtischen Raums [...] über den Zusammenhang zwischen aufwertungsbezogener Stadtentwicklungspolitik sowie Sicherheits- und Ordnungspolitik“ (234) erfolge, sieht er „aufsuchende Soziale Arbeit zusammen mit Polizeiarbeit in eine sicherheits- und ordnungspolitische Doppelstrategie eingebettet“ (ebd.). Deren „über Körper und Verhalten“ (ebd.) verlaufende „neue Problematisierungsmuster von Gruppen und Subjekten“ (ebd.) koppelten „die Themen Sauberkeit und Sicherheit sowie Devianz und Kriminalität miteinander“ (ebd.) und legitimierten „über Schutz- und Präventionsfiguren juristische Regulierungen und personenbezogene Interventionen“ (ebd.). Mit der „Verschiebung von einer Adressat_innen- zu einer stärker territorial-räumlichen Orientierung“ (235) sieht er nicht nur eine Bedeutungssteigerung „kurzfristiger Interventionen zur Konfliktlösung gegenüber dem Aufbau und Pflegen langfristiger Beziehungen“ (ebd.) zu einer spezifischen Zielgruppe. Es vervielfachten sich mit dieser „vermittelnde[n] Tätigkeit“ (ebd.) zugleich „die Anspruchsgruppen an sozialarbeiteri-

sche Interventionspraxis“ (ebd.). Mit dieser „Entgrenzung aufsuchender Praxis in Richtung Allzuständigkeit“ (ebd.) unterliege diese selbst zunehmend „einem nicht genau zu spezifizierenden, panoptischen Kontrollmuster von Bevölkerung im territorialen Raum“ (ebd.). Zudem führe, wenn „Minderheitsinteressen und die Mehrheitsinteressen lokaler Bevölkerungsgruppen im territorialen Raum in einem zugespitzten Spannungsverhältnis gegenüberstehen“ (236), „die Involvierung einer lediglich und vermeintlich neutral vermittelnden Sozialarbeit [...] dazu, diese Mehrheitsverhältnisse mit zu organisieren und mögliche daraus hervorgehende Ausgrenzungsprozesse zu unterstützen“ (ebd.).

Im abschließenden Kapitel 9 greift Marc Diebäcker seine empirischen Ergebnisse der Analyse öffentlicher Diskursausschnitte zum Wiener Praterstern sowie der Fallstudie zum Projekt SAM2 nochmals auf, „um sie in Bezug auf das theoretische Erkenntnisinteresse von Sozialer Arbeit als Form räumlich-staatlicher Praxis übergreifend zu diskutieren. In diesem weiteren Abstraktionsschritt“ (239) sucht er seine in Auseinandersetzung mit zentralen Konzepten Foucaults theoretisch geleitet ausgearbeiteten Fragen auf diese Weise „abschließend“ (ebd.) zu beantworten. Wie vor dem Hintergrund des von ihm zuvor Entfalteten nicht anders zu erwarten, legt er so dar, wie Soziale Arbeit mit Foucault als staatliche Praxis verstanden werden könne, die durch den Komplex von *Wissen* bzw. Wissensgenerierung über „Geständnisprozeduren“ (240) sowie *Macht* – vor allem im Form einer „Fremd- und Selbstführungsrelation“ (ebd.), die „auch als Prozess von Objektivierung und Subjektivierung in der Nahbeziehung gefasst“ (ebd.) werden könne – und *Strategie* „beim Ordnen von Gruppen

im territorialen Raum“ (241) strukturiert werde. Sie folge dabei einem *politisch-technologischen Interventionsmodus* „der Distanz“ (243), der „aber in hohem Maße auf konkrete Machtbeziehungen und Praktiken im territorialen Raum verwiesen“ (ebd.) sei.

Aufsuchende Soziale Arbeit wird von ihm des Weiteren als eine spezifische *raumrelationale Praxisform* beschrieben. Diese organisiere nicht nur „multiskalare“ Hilfeleistungen. Vor dem Hintergrund der Unterscheidung „zwischen guten und schlechten Zirkulationen“ (247) suche sie zugleich territoriale Ordnungen unter der Maxime zu lenken, „erstere zu stärken sowie zweite abzuschwächen“ (ebd.).

Obwohl im Unterschied zum öffentlichen Diskurs „marginalisierte Personen aus der Perspektive von SAM2 überwiegend nicht in Kategorien von Delinquenz oder Kriminalität beschrieben und das Verhalten der Adressat_innen in Relation zu anderen am Praterstern als ungefährlich kodiert“ (249) werde, fungierten „die Relation zwischen problematisierten Adressat_innen und anderen Anspruchsgruppen sowie Fragen personaler Sicherheit in den Konstruktionen der Mitarbeiter_innen als wesentliche Bezugspunkte Sozialer Arbeit“ (250). Dementsprechend zeige sich die Einbindung aufsuchender Sozialer Arbeit ins „strategische Ordnen sozialer Beziehungen im Sicherheitsdispositiv“ (248) denn auch darin, „dass die von sozialen Problemlagen und sozialem Ausschluss Betroffenen [...] in spezifischen Relationen zu Mehrheiten der Bevölkerung in Beziehung gesetzt [...] sowie ihre Lebensführung und -situation über die Positionierung in Normalitätszonen staatlich verwaltet“ (251) würden.

Die in seiner empirischen Studie sichtbar gewordenen „Differenzen und Distink-

tionen der lokalen Machtbeziehungen“ (ebd.) sucht Diebäcker über „vier zentrale Strukturkategorien“ (ebd.) in Beziehung zu „gesellschaftlichen Ungleichheits- und Kräfteverhältnissen“ (ebd.) zu setzen:

1. *Klasse*, die ihren Ausdruck in Armut und Marginalisierung fände;
2. *Herkunft* bzw. *Nation*, die nicht nur „im territorialen Raum eine strukturierende Grenze zwischen Mehrheiten und problematisierten Minderheiten“ (ebd.) bilde, sondern auch „Selektionsprozesse sozialstaatlicher Hilfsangebote“ steuere;
3. *Geschlecht*, welches sich „als männliche Dominanz“ (ebd.) im territorialen Raum, auf der anderen Seite aber auch „in der diskursiven Problematisierung von ‚männlicher‘ Kriminalität am Praterstern oder in der Positionierung von Frauen als zu schützende Opfergruppe“ (ebd.) ausdrücke; und schließlich
4. *Körper*, insofern „das Regieren über Raum [...] auf körperbezogene Sichtbarkeits- und Unsichtbarkeitsrelationen“ (S. 252) setze.

„Vor dem Hintergrund neoliberaler bzw. postfordistischer Entwicklungstendenzen von Staat und Gesellschaft“ (ebd.) sieht er im Gegensatz zur Broken Windows-These und der „Debatte um Segregationstendenzen im Raum“ (ebd.) die Problematisierung von Devianz im Rahmen von Ordnungs- und Sicherheitspolitik nicht durch eine „Abwärtsspirale“ des Territoriums [...], sondern die initiierte Aufwertung und gewünschte ‚Aufwärtsspirale‘ [...] forciert“ (ebd.). Neben diesem Zusammenhang zwischen Aufwertungs-, Sicherheits- und Ordnungspolitiken sind für ihn „in der Organisation territorialer Ordnungen“ (ebd.) Grenzziehungen zwischen öffentlichen und privaten Räumen von Bedeutung. Einer-

seits manifestierte sich diese Trennungen von Privat und Staat „in institutionellen Praxisformen und juridischen Normen“ (ebd.). Zugleich bildeten sich jedoch in den Interventionen „ein verwobenes Set an staatlich-privater Kooperation, aber auch an gegenseitiger Kontrolle und Kritik ab“ (ebd.). Vor diesem Hintergrund dekodiert er nicht nur private Sicherheitsdienste, sondern auch Soziale Arbeit als „Ausweitung staatlicher Präsenz“ (ebd.) in Form einer „Integration privater Akteur_innen beim Regieren einer zu verändernden Ordnung am Praterstern“ (ebd.).

Neben dieser Grenzziehung identifiziert Marc Diebäcker auch in der „zwischen würdigen und unwürdigen Armen“ (253) ein weiteres zentrales Ordnungsmuster staatlicher Praxis beim Herstellen und Stabilisieren gesellschaftlicher Ordnung. Vermittelt sei dies mit einer „staatliche[n] Doppelstrategie von Sozialer Arbeit und Polizei“ (ebd.) im Zugriff auf die „moralisch problematisierten Armen“ (ebd.). Diese verdeutliche, dass es „beim strategischen Spiel um Ordnungen im gesellschaftlichen und territorialen Raum“ (ebd.) neben sanktionierender auch „der stark führenden und auf Zustimmung abzielenden Interventionen Sozialer Arbeit“ (ebd.) bedürfe. Demzufolge müsse staatliche Praxis „als ineinander verwobenes Ensemble von juridischer Macht, Disziplinarmacht und Sicherheitstechnologie konzipiert und analysiert werden“ (ebd.).

Hervorzuheben ist an Marc Diebäckers Buch nicht nur die exzellente didaktische Aufbereitung mit jeweils sehr guten Einführungen und Zusammenfassungen der einzelnen Kapitel sowie zahlreichen Verweisen. Wenn er in seinem Schlusssatz noch einmal betont, dass die „spezifisch materialistische Perspektive in Foucaults Denken sichtbar

zu machen, [...] einen wesentlichen Bezugspunkt für die Integration poststrukturalistischer und materialistischer Staatstheorie darstellen und [...] den gegenwärtigen Diskurs nachhaltig bereichern“ (256) könne, dann stellt seine Arbeit dafür ein muster-gültiges Beispiel dar – nicht zuletzt auch im Hinblick auf eine staats-theoretische Reflexion Sozialer Arbeit. Etwas irritierend ist allerdings schon, dass obwohl er in seiner spezifischen Lesart der Foucault'schen Gouvernamentalität in dieser Weise „den Staat über Beziehungen und Praxen zu analysieren sowie die Prozesse und Wechselwirkungen zwischen Regierenden und Regierten in den Mittelpunkt zu rücken“ (253) sucht, der Staat bzw. staatliche (Interventions-) Praxis immer wieder als Subjekt erscheint, das Strategien verfolgt und sich Technologien bedient. Stets sind dabei die das Über-subjekt Staat dekonstruierenden Teile von Marc Diebäckers Arbeit im Gedächtnis zu behalten.

Wenn Marc Diebäcker in seinem Schlusskapitel „die von Peters (2004) aufgeworfene Frage ‚Why Foucault? [...] zusammenfassend mit ‚Darum Foucault!‘ beantwortet“ (ebd.), dann klingt dies angesichts dessen, dass nicht immer ganz erkennbar ist, welche Vorteile denn die Foucault'sche „Werkzeugkiste“ gegenüber anderen Analyseinstrumentarien bietet, fast trotzig. Der Vergleich mit anderen Theorien ist jedoch nicht Gegenstand von Diebäckers Untersuchung. Deshalb sind die folgenden kritischen Anfragen auch solche jenseits einer Rezension. Sie sind eher gedacht, den konstruktiven Dialog von solidarischer Kritik und Gegenkritik fortzusetzen, der auch innerhalb der Redaktion der Zeitschrift Widerspruch geführt wird. Offen gelegt wurde dieser in ihrem Schlussbeitrag „Aus Anlass

des Heftes 100“, das den Titel „Was ist heute kritische Soziale Arbeit“ trägt.

In Weiterführung dieser Diskussion wäre zu fragen, welche Vorteile es bietet, „Wechselwirkungen zwischen Regierenden und Regierten in den Mittelpunkt zu rücken“ (253) gegenüber der (Neo-)Gramscianischen Analyse eines „geschichtlichen Blocks“ und seiner Strategien der Gewinnung und Absicherung von „Hegemonie“? Weiter wäre zu fragen, welche Vorteile gegenüber der von Henri Lefebvre (1991) innerhalb seiner Theorie der Produktion des Raumes entfalteten und mittlerweile vielfach aufgegriffenen und weitergeführten Analytik die Reflexionen Foucaults zum Raum bieten, die von Lefebvre dort (ebd.: 4) ja dahingehend kritisiert wurden, dass in ihnen die Überbrückung der Kluft zwischen theoretisch-epistemologischen und dem praktischen Raum unklar bliebe? Schließlich wäre zu fragen, was mit einer auf Foucault gestützten Diagnose von „einem nicht genau zu spezifizierenden, panoptischen Kontrollmuster von Bevölkerung im territorialen Raum“ (235) gewonnen wird gegenüber dem dialektisch materialistischem Versuch, soziale Phänomene zur Klarheit gesellschaftlicher Widersprüche zuzuspitzen?

Vor dem Hintergrund eines solchen hier nur knapp umrissenen analytischen Bezugsrahmens in Alternative zum Foucaults lässt sich dann zum Beispiel auch das von den Professionellen von ZAM2 in Anspruch genommene Prinzip der Allparteilichkeit so lesen, dass es darum geht, die unterschiedlichen gesellschaftlichen Möglichkeiten, eigene Interessen politisch zu artikulieren und zur Geltung zu bringen, auszugleichen. Allerdings lassen sich auf diese Weise Konflikte, die auf antagonis-

tischen Widersprüchen basieren, bestenfalls einem ausgeglicheneren Kompromiss zuführen. Deren Aufhebung erforderte gesellschaftliche Umwälzungen, an denen sich Soziale Arbeit zwar unterstützend zu beteiligen, die sie jedoch aus sich heraus nicht zu bewirken vermag. Solche Fragen aber waren nicht Gegenstand von Diebäckers Untersuchung. Damit sind sie auch für deren Rezension – wie schon gesagt – irrelevant. Im Rahmen einer Fortsetzung der

Diskussion um Kritische Soziale Arbeit sollten sie aber der in Mode gekommenen Konjunktur eines Denkens in der Tradition von Foucault nicht zum Opfer fallen.

Michael May
Hochschule RheinMain
Kurt-Schumacher-Ring 18
65197 Wiesbaden
E-Mail: Michael.May@hs-rm.de

Kritische Soziale Arbeit: Eingriffe und Positionen

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Leser und Leserinnen,

die Zeitschrift *Widersprüche* bietet seit Heft 133 den Arbeitskreisen Kritische Soziale Arbeit und vergleichbaren Initiativen den Raum und die Möglichkeit, über ihre Positionen, Vorhaben, Publikationen, Kampagnen und andere wichtige Ereignisse zu berichten.

Kurze Texte, knappe Dokumentationen und Ähnliches können wir direkt in diese Rubrik aufnehmen. Längere Texte können mit einem kurzen Aufriss sowie einem entsprechenden Link vorgestellt werden, so dass Leserinnen einen leichten Zugang zum kompletten Dokument haben. Terminankündigungen sind dabei in einer Vierteljahreszeitschrift nur dann sinnvoll, wenn auf Ereignisse hingewiesen wird, die einen entsprechenden Vorlauf haben.

Koordiniert wird diese Rubrik von Timm Kunstreich, mit dem auch weitere Details besprochen werden können. Die Kontaktadresse zum Senden der Beiträge lautet: TimmKunstreich@aol.com

Die Beiträge werden zu den folgenden Redaktionsschlüssen für die nächsten Hefte entgegengenommen:

Heft 141: 10.07.2016

Heft 142: 10.10.2016

Heft 143: 10.01.2017

Die Redaktion



Kampagne „AufRecht bestehen!“

Strafen bei Hartz IV: Wem nützt es, wenn andere ins Elend gestürzt werden?

Stellen Sie sich vor: Sie sind gut ausgebildet und haben Jahre lang gearbeitet. Völlig überraschend wird ihnen gekündigt und sie werden arbeitslos. Nach einem Jahr rutschen Sie in Hartz IV ab. Das Jobcenter verpflichtet Sie, an einem Motivationstraining teilzunehmen: „Machen Sie es wie die Hummeln – fliegen Sie obwohl es eigentlich unmöglich ist“, so lautet das Motto des Kurses. Nach einigen Tagen brechen Sie den Kurs völlig entnervt ab, da er für Ihr berufliches Weiterkommen überhaupt nichts bringt und Sie dort nur die Zeit totschlagen. Das Jobcenter kürzt ihren ohnehin zu niedrigen Regelsatz von 404 € auf 282,30 €. Heftig! Wie sollen Sie den Monat überstehen? Kurze Zeit später macht das Jobcenter ihnen ein „Stellenangebot“: ein Minijob ohne soziale Absicherung, mit miesem Lohn und ungünstigen Arbeitszeiten in den Abendstunden. Völlig unattraktiv für Sie. Doch das Jobcenter droht, ihren Regelsatz sogar auf 161,10 € zu kürzen, wenn Sie den Job nicht antreten ... Was tun?

Welche Pflichten sollen Hartz-IV-Berechtigte erfüllen müssen? Was soll passieren, wenn jemand seine Pflichten nicht erfüllt? Darüber kann man unterschiedlicher Meinung sein, darüber kann man streiten.

Klar ist aber: Die bestehenden Strafen, sogenannte Sanktionen, sind nicht akzeptabel. Sie sind viel zu heftig: Kürzungen um 30 oder 60 Prozent kann niemand verkraften. Junge Erwachsene bekommen bereits bei der ersten Pflichtverletzung den kompletten Regelsatz gestrichen. So werden Menschen ins Elend gestürzt. Selbst die Zahlung für die Miete wird gekürzt oder ganz gestrichen. Oftmals droht dann Wohnungslosigkeit. Wem soll damit geholfen sein? Dabei soll Hartz IV doch das Minimum garantieren, was ein Mensch mindestens zum Leben braucht. Ein Minimum darf man aber nicht kürzen, das Grundrecht auf Existenzsicherung muss immer gelten!

Sanktionen sind auch überflüssig: Es fehlt nicht an der Arbeitsbereitschaft der Erwerbslosen, es fehlen massenhaft gute Arbeitsplätze! Von Sanktionen profitieren jedoch die Unternehmen: Völlig unattraktive und prekäre Jobs mit niedrigsten Löhnen werden ertragen oder neu angenommen – weil ansonsten eine Sanktion droht. Warum überhaupt diejenigen bestrafen, die erwerbslos sind? Warum nicht die Unternehmen zur Kasse bitten, die Arbeitsplätze vernichten, nur um ihre Gewinne zu steigern?

Zunächst hatte Arbeitsministerin Andrea Nahles angekündigt, zumindest die überharten Strafen für junge Erwachsene abzumildern. Doch nun sollen plötzlich die überzogenen Strafen genau so bleiben wie sie sind. Stattdessen will die Regierung die Hartz-IV-Leistungen weiter beschneiden und die Rechte der Leistungsbezieher einschränken. Es reicht! Diese Regierungspläne dürfen nicht verwirklicht werden!

Wir fordern:

- Die bestehenden Sanktionen bei Hartz IV abzuschaffen!
- Keine weiteren Kürzungen, keine weiteren Verschlechterungen bei Hartz IV!
- Die Rechte der Leistungsbezieher gegenüber den Jobcentern zu stärken!

Sind auch Sie dieser Meinung? Dann unterstützen Sie unsere Forderungen! Etwa indem Sie ihrem Bundestagsabgeordneten schreiben. Das geht beispielsweise recht bequem über die Internetseite www.abgeordnetenwatch.de.

Die Kampagne „AufRecht bestehen!“ wird auf Bundesebene getragen von der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO) und dem Regionalverbund Weser-Ems, der Bundesarbeitsgemeinschaft Prekäre Lebenslagen (BAG PLESA), dem Erwerbslosenforum Deutschland, dem Netzwerk und der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS), Tacheles e.V. Wuppertal und den ver.di-Erwerbslosen.

Kampagne „AufRecht bestehen!“, V.i.S.d.P.: Martin Künkler, Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, Alte Jakobstr. 149, 10969 Berlin

Widersprüche

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

Gesellschaft als „Diskurs der Wünsche“ meint das Verfertigen des Sozialen im Prozess des sozialen Diskurses, nicht Unterwerfung unter vorgefertigte Normierungen.
Niko Diemer (1952 – 1992)

Wir über uns

1981/82 gründeten Mitglieder der Arbeitsfelder Gesundheit, Sozialarbeit und Schule des Sozialistischen Büros die Zeitschrift Widersprüche. In dieser Zeit des grünen Aufbruchs und der radikalisierten konservativen Wende versuchten wir eine erste Standortbestimmung als Redaktionskollektiv: „Verteidigen, kritisieren, überwinden zugleich“. Unter dieser Programmatik wollten wir als Opposition dazu beitragen, die materiellen Errungenschaften des Bildungs- und Sozialbereichs zu verteidigen, dessen hegemoniale Funktion zu kritisieren und Konzepte zu ihrer Überwindung zu konkretisieren. Zur Überzeugung gelangt, dass eine alternative Sozialpolitik weder politisch noch theoretisch ausreichend für eine sozialistische Perspektive im Bildungs- und Sozialbereich ist, formulierten wir unseren ersten Versuch einer Alternative zur Sozialpolitik als Überlegungen zu einer „Politik des Sozialen“. An der Präzisierung dieses Begriffes, an seiner theoretischen und politischen Vertiefung arbeiteten wir, als die Frage nach der „Zukunft des Sozialismus nach dem Verschwinden des realen“ 1989 auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Das Kenntlichmachen der „sozialen Marktwirtschaft“ als modernisiertem Kapitalismus im Westen und Kapitalismus „pur“ im Osten erleichtert uns zwar die Analyse, gibt aber immer noch keine Antwort auf die Frage nach den Subjekten und Akteuren einer Politik des Sozialen, nach Kooperationen und Assoziationen, in denen „die Bedingung der Freiheit des einzelnen die Bedingung der Freiheit aller ist“ (Kommunistisches Manifest).

Wer in diesem Diskurs der Redaktion mitstreiten will, ist herzlich eingeladen.